

Q U E

CAISSE

VIDE
SURVEILLANCE



Déposez vos cartes
1 JOUR



ICI



Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#38 64. Jahrgang 22. September 2017



5 453000 174663



3,50€

Diesel geht, Elektro kommt

Die „Dekarbonisierung“ des Autobestands hat tatsächlich begonnen. Ganz, ganz langsam. Ob sie weitergeht, dürfte mehr eine Frage der Infrastruktur als von Kaufprämien sein

Chape de plomb

Le rejet massif du droit de vote pour les étrangers aux législatives lors du référendum de 2015 a refroidi la ferveur politique de beaucoup de non-Luxembourgeois

Supplément *Placements*

Auf 12 Seiten geht es unter anderem um die Wende in der Geldpolitik und darum, wie die technologische Wende den Umgang zwischen Banken und Kunden verändert

Foto: Sven Becker

Diesel geht, Elektro kommt

Peter Feist

38 Prozent: Um so viel nahmen im zweiten Quartal dieses Jahres in der EU die Neuzulassungen von Autos mit „alternativen Antrieben“ gegenüber dem zweiten Quartal 2016 zu. Das teilte vor zwei Wochen der Europäische Automobilherstellerverband Acea mit und schrieb, schon im Quartal zuvor habe es dieses „positive Momentum“ gegeben.

Mit „alternativen Antrieben“ ist alles gemeint, was nicht ausschließlich mit Diesel oder Benzin fährt. Elektroautos fallen darunter und mit Erdgas (CNG) oder Flüssiggas (LPG) angetriebene ebenfalls. Aber auch Hybridfahrzeuge, in denen meist ein Benzin-, seltener ein Dieselmotor mit einem Elektromotor zusammenarbeitet, sowie Plug-in Hybridautos, deren Batterie für den elektrischen Antrieb nicht nur während der Fahrt vom Verbrennungsmotor nachgeladen wird, sondern auch per Stecker nachgetankt werden kann.

Dass so viel unter „alternativ“ fällt, lässt die Bilanz besser aussehen als wenn zum Beispiel nur Elektroautos betrachtet worden wären. Von den insgesamt 204 502 nicht allein mit Diesel oder Benzin angetriebenen Fahrzeugen, die bis Ende Juni neu auf die Straßen in der EU28 kamen, waren fast die Hälfte Hybridautos: 102 969. Rein elektrisch fuhren 22 047. Doch das waren immerhin 49,7 Prozent mehr als Ende des zweiten Quartals 2016. Und wenngleich alle Alternativ-Autos zusammen trotz des Zuwachses nur 5,1 Prozent aller neu verkauften PKW ausmachen und die Elektroautos 1,2 Prozent, ist der Trend weg vom Diesel und vom Benzin offenbar da, und er ist auch einer in Richtung Elektro.

Vorzeigbar Wie die Lage hierzulande ist, war der Acea-Statistik nicht zu entnehmen. Für Luxemburg seien „keine Daten verfügbar“ gewesen. Aber das liegt daran, dass das Statistikinstitut Statec solche speziellen Daten nicht sammelt, um sie weiterzugeben, und nicht etwa daran, dass die Luxemburger Bilanz nicht vorzeigbar wäre: Laut Zulassungsbehörde SNCA wurden von Anfang Januar bis Ende August 202 Elektroautos neu zugelassen, deutlich mehr als die 145 im ganzen Jahr 2016. Schaut man auf die Quartale wie der Europäische Autoherstellerverband, dann wurden in Luxemburg 37 neue Elektroautos im zweiten Quartal 2016 gezählt, im zweiten Quartal 2017 dagegen 97, also 162 Prozent mehr. Das hätte gar nicht schlecht in die Tabellen der Acea gepasst, wo etwa für Deutschland ein Elektro-Zuwachs um 153 Prozent steht oder für die Niederlande ein Plus um 168 Prozent. Selbst nach absoluten Zahlen steht Luxemburg nicht schlecht da: Für Irland zum Beispiel zeigt der Quartalsvergleich 27 Elektroautos für 2016 und 76 für 2017.

Doch so bemerkenswert der Elektro-Trend auch aussieht – im Land mit der europaweit höchsten Pro-Kopf-Motorisierung fallen auch 202 neue Batterie-Autos kaum ins Gewicht, die 855 Hybridautos, die bis Ende August neu auf die Straßen kamen, ebenfalls nicht. Die fünf erdgasbetriebenen schon gar nicht. Rechnet man all diese „Alternativ-Autos“ zusammen, und stellt sie den 30 635 Neuwagen mit Benzin- oder Dieselmotor gegenüber, ergibt sich für Luxemburg ein Alter-

Benzin statt Diesel

Zahl der Neuzulassungen 2017 bis Ende August je nach Kraftstofftyp

Diesel	17 304 (54,59%)
Benzin	13 331 (42,06%)
Hybrid	855 (2,7%)
Elektro	202 (0,64%)
Erdgas	5 (0,01%)

Quelle: SNCA



Einweihung einer Ladesäule diese Woche in Gasperich. Bis Jahresende sollen landesweit 150 dieser Säulen installiert sein, und 800 bis Ende 2020

nativ-Anteil von 3,3 Prozent an den Neuzulassungen, der anderthalb Mal kleiner ist als der EU-Durchschnitt von 5,1 Prozent laut Acea-Statistik.

Verunsichert Weil die Dinge so liegen, hat Ernest Pirsch, der Koordinator des House of Automobile, vielleicht nicht Unrecht, wenn er sagt: „Wir glauben nicht, dass der Verbrennungsmotor gar keine Zukunft hat“, und „ob die Lösung in zwanzig Jahren hundert Prozent Elektro sein wird, da bin ich mir nicht so sicher“. Worte wie „Dekarbonisierung“ oder „Entdieselung“ des Autobestands seien letzten Endes „politische Begriffe“. Dass der Dieselantrieb seit dem Abgaskandal des VW-Konzerns vor zwei Jahren in Verruf geraten ist, weil er nicht nur mit Trickserien oder gar Betrug der Hersteller in Verbindung gebracht wird, sondern seitdem eine Meldung nach der anderen über gefährliche Feinstaub- und giftige Stickoxidemissionen aus Dieselaautos erscheint, habe „die Autokunden verunsichert“. Das war auch einer der Gründe, weshalb vor einem Jahr die beiden Autohändlerverbände Adal und Fégarlux, der Leasing-Verband Mobiz und der belgische Händlerverband Febiac die „Kompetenzplattform“ House of Automobile (HoA) gebildet haben. Weil Luxemburg klein ist, werden die meisten Automarken über Importeure eingeführt, die in Belgien sitzen, doch wegen der hohen Kaufkraft hierzulande und des florierenden Leasing-Geschäfts ist der Luxemburger Markt wichtig genug, dass man sich auf Belux-Ebene argumentativ abstimmt gegenüber „politischen Begriffen“ und angesichts verunsicherter Kunden.

Und Tatsache ist, dass vor dem VW-Skandal, der nach und nach den ganzen Sektor erfasste, der Dieselmotor als regelrecht ökologisch galt. Das lag an dem im Vergleich zu Benzin höheren Energiegehalt von Diesel, der pro Liter mehr Fahrleistung ergibt und damit weniger CO₂-Ausstoß pro Kilometer. Damals redeten alle viel mehr vom Treibhausgas CO₂ als vom giftigen Stickstoffdioxid, von dem Dieselmotoren ohne gut funktionierende Abgasreinigung wesentlich mehr absondern als Benziner. „Aber vor zehn Jahren stieß ein Dieselmotor zehn Mal mehr Stickoxide aus als heute, und kaum einer sprach davon, während moderne Dieselantriebe jetzt nur 30 Prozent über Benzinern liegen“, klagt Ernest Pirsch.

Was den HoA-Koordinator, der jahrelang Fégarlux-Präsident war und in Hollerich einen Autohandel betreibt, nervös macht, ist der gerade in Luxemburg spektakuläre Trend „weg vom Diesel“. Schon im März, sechs Wochen nach dem Autofestival, hatte das HoA festgestellt, die Verkäufe von Dieselaautos sanken in Luxemburg schneller als im EU-Durchschnitt. Ende 2016 hatten 64,7 Prozent der Luxemburger Neuwagen einen Dieselmotor. Zwei Jahre vorher galt Luxemburg mit 72 Prozent noch als Diesel-Europameister. Dieses Jahr aber gingen die Dieselauto-Verkäufe noch weiter zurück. Unter den 30 635 Neuwagen mit Verbrennungsantrieb bis Ende August waren nur noch 54,6 Prozent Diesel-, aber 42 Prozent Benzinautos.

So schlimm kann das für die Autohändler zwar nicht sein, denn der HoA-Koordinator erklärt, „in allen Fahrzeugsegmenten nimmt das Angebot an Benzinern zu, vom Kleinwagen bis zum SUV“. Aber dann sagt er den Satz, den die Garagistenverbände schon immer gesagt haben: „Wir können nur verkaufen, was die Hersteller uns

bringen.“ Und mehr Benzin- anstelle von mehr Dieselaautos bringen die Hersteller unterschiedlich schnell heraus, selbst in der Kleinwagensparte, wo der Dieselmotor nie besonders gefragt war. VW zum Beispiel bietet im neuen Polo zwei Diesel mit 80 und 95 PS an, zumindest der stärkere soll ab Ende dieses Jahres auch im neuen Seat Ibiza eingebaut werden. Die Motoren werden einen SCR-Katalysator mit Adblue-Filter haben, was als derzeit bester Weg gilt, Stickoxide loszuwerden. Dagegen will Skoda, wie Seat Teil des VW-Konzerns, ab kommendem Jahr im Kleinwagen Fabia keine Dieselmotoren mehr einbauen. Vertraglich an Marken gebunden, wie die Autohändler sind, bilden sie das letzte Glied in der Kette von der Autofabrik zum Kunden. Sind die verunsichert, wird das Geschäft komplizierter.

„Ganz gute Initiative“ Doch weil Luxemburg nicht nur ein hochmotorisiertes Land ist, sondern auch eines der „kurzen Wege“, wenn man etwas von der Politik will, geht man im House of Automobile nicht etwa so weit zu verlangen, dass die Politik nicht ins Walten der Märkte hineinfunkeln soll, sondern stimmt sich mit ihr ab. Die Anreize zum Kauf von emissionsärmeren Autos, die die Regierung mit der Steuerreform eingeführt hat, vor allem für das Firmenwagen-Leasing, nennt Ernest Pirsch „eine ganz gute Initiative“. Die Händler hatten sie sich im Großen und Ganzen so gewünscht. Obwohl sie, davon ist Transportminister François Bausch (Grüne) überzeugt, am Rückgang der Dieselautoverkäufe noch mehr Anteil hat als „die allgemeine Dieseldebatte“.

Eine regelrechte Studie über die Auswirkungen der Anreize habe man zwar noch nicht anfertigen lassen, sagt François Bausch, denn dazu sei es „noch zu früh“. Aber „was sich bis Ende Juli getan hat, haben wir ausgewertet“. Und demnach habe der Rückgang beim Diesel viel zu tun mit dem „bestrafenden Faktor im geldwerten Vorteil auf Firmenwagen“, der seit 1. Januar gilt. „Das Leasing-Geschäft macht immerhin mehr als die Hälfte der Neuwagenverkäufe aus.“

Konkretere Zahlen nennt der Transportminister keine. Der Leasing-Verband Mobiz antwortete nicht auf eine Anfrage, die Entwicklung dieses Jahres zu kommentieren. Aber wenn die Aus-

Noch vor drei Jahren lag kaum anderswo in der EU der Dieselanteil an den neu zugelassenen Autos so hoch wie in Luxemburg. Jetzt sinkt er hier besonders schnell

wertung, von der der Minister spricht, die Lage korrekt beschreibt, dann würde sie auch zeigen, wie weit Luxemburg noch davon entfernt ist, vom Verbrennungsmotor Abschied zu nehmen.

„Bestrafender Faktor“ Mit der Steuerreform wurden 5 000 Euro Abschlag eingeführt, die Privatpersonen auf der Einkommensteuererklärung geltend machen können, wenn sie ein „Null-Emissionsauto“ kaufen. Zum anderen wurde der geldwerte Vorteil, der lohnabhängig Beschäftigten als virtueller Zusatzverdienst aufs Bruttogehalt aufgeschlagen und mitversteuert wird, wenn ihr Betrieb ihnen ein Firmenwagen zur Verfügung stellt, zwischen Benzin und Diesel aufgetrennt. Der „bestrafende Faktor“ ist dabei noch nicht stark: Höher als vor der Reform wird der geldwerte Vorteil nur auf diesel- oder benzinbetriebene Firmenwagen mit mehr als 150 Gramm CO₂-Ausstoß pro Kilometer veranschlagt. Selbst mit einem nicht zu üppig motorisierten 7-er BMW lässt sich das unterbieten.

Wer sich dagegen für ein kleineres Auto mit weniger CO₂-Ausstoß entscheidet, spart pro Jahr nicht nur mehr an Steuern als vor der Reform, sondern mit einem Benzinern noch mehr als mit einem Diesel. In der Rubrik bis 110 Gramm CO₂ pro Kilometer, in die zum Beispiel manche Jaguars und E-Klasse-Mercedes fallen, spart man, wenn der Anschaffungspreis des Autos 40 000 Euro betrug, gegenüber vor der Reform mit einem Diesel 562 Euro im Jahr auf der Einkommensteuer, mit einem Benzinern 936 Euro. In der nächsteffizienteren Rubrik bis 50 Gramm CO₂, in die es, sofern die Autos eine gewisse Größe haben sollen, im Grunde nur Plug-in Hybridfahrzeuge schaffen, können mit einem Dieselmotor-Hybrid 936 Euro im Jahr gespart werden, mit einem Benzinern-Hybrid 1 310 Euro. Die größte Steuerersparnis winkt für einen Elektro-

... beziehungsweise BMW

Die fünf meistverkauften Plug-in Hybridautos

2017 (bis Ende Juli)
Neuzulassungen gesamt: 388. Davon:

BMW 330e	59 (15,2%)
BMW 225xe Active Tourer	52 (13,4%)
Mercedes GLC 350e	37 (9,5%)
Volvo XC90 PHEV	34 (8,8%)
VW Passat GTE	25 (6,4%)

2016
Neuzulassungen gesamt: 170. Davon:

BMW i3 Rex	27 (15,9%)
BMW 225xe Active Tourer	24 (14,1%)
VW Golf GTE	20 (11,8%)
Volvo XC90 PHEV	17 (10%)
VW Passat GTE	14 (8,2%)

Quelle: Eafö

Die „Dekarbonisierung“ des Autobestands hat tatsächlich begonnen. Ganz, ganz langsam. Ob sie weitergeht, dürfte mehr eine Frage der Infrastruktur als von Kaufprämien sein

Firmenwagen: 1 872 Euro jährlich bei einem Neupreis des Autos von 40 000 Euro.

Trade-off Dass der kleine Aufschwung bei den Neuzulassungen von Elektro- und von Plug-in Hybridautos mit Stecker einiges mit den Anreizen für Firmenwagen zu tun hat, kann sich auch Ernest Pirsch vorstellen. „Ganz sicher gibt es einen Zuwachs im Leasing solcher Autos aufgrund der Anreize“, sagt HoA-Koordinator. Dass die bis Ende Juli meistverkauften Elektroautos die teuren Tesla Model S und Model X waren und erst auf dem dritten Platz das in Europa meistverkaufte Elektroauto des Jahres 2016 rangiert, der Clio-große Renault Zoé, deutet darauf ebenfalls hin. Dass an Plug-in Hybridautos vor allem statusträchtige von BMW und Mercedes gekauft wurden, ist ein Hinweis darauf, dass auch der Zuwachs in diesem Segment vor allem vom Firmengewinn gezogen wird und nicht etwa von der Massennachfrage. Wobei auch die Leasing-Nachfrage nach Elektro und Plug-in Hybrid klein ist, wenn, wie François Bausch sagt, der starke Rückgang der Dieselauto-Verkäufe vor allem an den Anreizen der Steuerreform liegt. Vermutlich entschieden viele Firmenwagenfahrer sich für einen Benzin in der Kategorie bis 110 Gramm CO₂, nehmen so fast 1 000 Euro Steuernachlass im Jahr mit und haben ein großes und starkes Gefährt in der Garage. Besonders schwer und PS-stark war der Luxemburger Fuhrpark im Europa-Vergleich schon immer (*d'Land*, 27.01.2017).

Aber damit ist Luxemburg noch weit entfernt von „Dekarbonisierung“ und „Elektromobilität“. Die meisten anderen Länder sind das auch, außer beispielsweise Norwegen, wo der Elektro-Anteil an den Neuzulassungen mittlerweile bei 35 Prozent liegt und in Oslo bei 40 Prozent. Generell gibt es mehr Elektro vor allem in Westeuropa: In Bulgarien nahmen die Elektro-Neuzulassungen zwischen Juni 2016 und Juni 2017 um tausend Prozent zu – von einem Auto auf elf. In Polen gab es ein Plus von 75 Prozent, doch mit 203 Autos kamen in dem 38-Millionen-Einwohnerstaat im zweiten Quartal dieses Jahres nur rund doppelt so viele neu auf die Straßen wie die 97 im 0,6-Millionen-Einwohnerstaat Luxemburg.



Tesla-Showroom in Bonneweg: Von keiner Elektro-Marke wird in Luxemburg derzeit mehr verkauft

Müssten, um hierzulande für echte Elektromobilität zu sorgen, die Kaufprämien wieder her, die die Regierung 2104 abgeschafft hatte? Auch, weil Steuerabschläge sozial regressiv sind? Im Rifkin-Bericht über die „dritte Industrielle Revolution“ steht, soll in Luxemburg ab 2025 kein Benzin- oder Dieselauto mehr neu zugelassen werden, komme man um Kaufprämien wohl nicht umhin.

Noch ein Abschlag Die Regierung denke daran nicht, erklärt der Transportminister. Stattdessen will sie den Trend zur „Dekarbonisierung“ dadurch verstärken, dass es ab 1. Januar nächsten Jahres neben den 5 000 Euro Steuerabschlag beim Neukauf eines Elektroautos 2 500 Euro Abschlag auf Plug-in Hybridautos geben soll. „Vorausgesetzt, das Auto emittiert höchstens 50 Gramm CO₂ pro Kilometer“, sagt François Bausch. „Große Plug-in Hybrid-SUV wollen wir nicht fördern.“ Zusätzlich „nachgebessert“ werde der Anreizkatalog, indem Betrieben, die ihre Dienstwagen nicht leasen, sondern kaufen und sich da-

bei für Elektroautos entscheiden, ein Steuerbonus von zwei bis acht Prozent gewährt werden soll, je nachdem, wie viele Autos ein Betrieb kauft und was sie kosteten. Maximal sollen das 50 000 Euro pro Auto sein können, das sei der Plan bisher; die definitiven Nachbesserungen werde Finanzminister Pierre Gramegna (DP) Anfang Oktober mit dem Budgetgesetzentwurf 2018 vorstellen.

Auf die große Masse der Autonutzer zielt die Regierung damit eher nicht. Aber es spricht vieles dafür, dass „Elektromobilität“ oder „alternative Antriebe“ sich nicht nur daran entscheiden, wie die Nachfrage gefördert wird, ob durch Abschläge, ob durch Kaufprämien, sondern auch auf der Angebotsseite. Ernest Pirsch hat schon Recht, wenn er sagt: „So groß ist das Angebot an Elektroautos im Moment noch nicht.“ Wenngleich es in den nächsten Jahren größer werden soll.

Wie Norwegen fördert Das Beispiel Norwegen aber zeigt, dass auch die derzeitige Elektro-Modell-

Ab Januar wird es einen Steuerabschlag auch beim Kauf von Plug-in Hybrids geben, kündigt François Bausch an: 2 500 Euro. „Große SUV werden wir aber nicht fördern.“ Ein Steuerbonus für Betriebe, die Elektroautos als Dienstwagen kaufen, ist ebenfalls vorgesehen

palette schon viel hergibt. Norwegen fördert die Nachfrage und das Angebot sehr konsequent: Für Elektro-Autobesitzer entfallen beim Kauf die Mehrwertsteuer und die Importsteuer. Dadurch kostet die Anschaffung eines E-Golf umgerechnet rund 27 000 Euro, die eines Benzin-Golf an die 32 000 Euro. Von der jährlichen Autosteuer sind Elektro-Besitzer befreit. Im Gegenzug sind die Akzisen auf Benzin und Diesel hoch. Auf Fährschiffen fahren Elektroautos gratis mit. Und: Die Lade-Infrastruktur wird ausgebaut. Allein in Oslo gibt es zurzeit rund 1 300 Ladestationen, Jahr für Jahr wächst ihre Zahl um rund 25 Prozent. Was nicht mehr reicht: Mittlerweile besitzen nicht wenige Leute ein Elektroauto, ohne es daheim nachladen können. Weil der Ladesäulenbau dem Kauf-Boom nicht nachkommt, rät die norwegische Elektroauto-Vereinigung mittlerweile davon ab, sich ein E-Mobil zu kaufen, falls man keine Steckdose in Reichweite hat.

Vielleicht führt in Luxemburg das landesweite Chargy-Netz aus 800 Ladesäulen mit je zwei Lade-

punkten, das bis 2020 installiert sein soll, zu einem Durchbruch. Im Moment sind 60 Säulen installiert, bis Ende des Jahres sollen es 150 sein. François Bausch erklärt, er sei im Gespräch „mit einem Konsortium großer deutscher Autohersteller, das an Autobahnen Hochleistungs-Ladesäulen einrichten will, an denen sich die Batterie innerhalb von nur zehn Minuten auf 80 Prozent nachladen lässt“. Das Konsortium habe angefragt, ob auch Luxemburg an den Säulen für seine Autobahnen interessiert sei.

Dass die Infrastruktur ein kritischer Punkt ist, sieht man auch an den Zulassungszahlen für „alternative“ Antriebe in Italien – nicht für Elektro-, sondern für Erdgasautos. An Batteriefahrzeugen wurden dort im zweiten Quartal dieses Jahres gerade mal 472 Stück neu zugelassen. Dem gegenüber standen 42 500 Gasautos. In der ganzen EU waren es 51 944, denn nirgendwo sonst ist das Gastankstellennetz so dicht wie in Italien.

Rifkin-Ziel Erdgas ist in Luxemburg kaum Thema, es hat sich schon vor Jahren unter anderem deshalb erledigt, weil damit Explosionsgefahr verbunden wurde. Heute soll es Elektro sein und Hybrid als Brückentechnologie. Das Ziel, ab 2025 weder Benzin- noch Dieselautos neu zuzulassen, geht so weit wie das in Norwegen, ist aber dort politisch verbindlicher, während es in Luxemburg ein „Rifkin-Ziel“ ist. Als kleines Land ist Luxemburg mit seinen Elektro-Ambitionen allerdings auch abhängig von den Infrastrukturanstrengungen der Nachbarländer: „Grenzpendler kommen mittlerweile aus Lüttich“, sagt Ernest Pirsch, „da würde die Hin- und Rückfahrt im Elektroauto sogar dann zum Problem, wenn die Batterie 300 Kilometer Reichweite hergibt. Solche Leute kommen dann im Dieselauto.“

Das Problem sieht auch der Transportminister. Zumal, um beim Beispiel Lüttich zu bleiben, „Belgien zurzeit nicht so gut ist mit dem Elektro-Infrastrukturausbau“. Viel dagegen geschehe in den Niederlanden, „und auch in Frankreich tut sich was“. Dass in Deutschland in zwei bis drei Jahren dank des Hersteller-Konsortiums ein Schnellladernetz auf den Autobahnen installiert sein könnte, werde „hoffentlich auch in der EU etwas in Bewegung bringen“.

Cherche
banque simple
et efficace...

Tous les projets méritent d'être réalisés.

La gestion de vos opérations bancaires est trop compliquée ? Chez ING, nous vous proposons un service simple et efficace, que ce soit en agence ou sur notre appli intuitive. Ne perdez plus de temps... et rejoignez-nous ! www.ing.lu/simple

ING Luxembourg SA, 26 Place de la Gare, L-2965 Luxembourg - R.C.S. Luxembourg B.6041 - TVA LU 11082217 - ing.lu

Leitartikel

Dorfdespoten

Romain Hilgert

Auch wenn es den Südgemeinden gelungen war, noch kurz vor den Gemeindewahlen einen neuen Kollektivvertrag für die Gemeindebeschäftigten zu unterzeichnen, so feuerte der Gemeindebeamtenverband FGFC diese Woche doch noch einmal eine Breitseite gegen viele ungenannte Gemeindeväter und -mütter ab. Aber es war schon richtig ist, dass der Verband im Gemeindewahlkampf daran erinnerte, dass Bürgermeister und Schöffen neben allerlei anderen Kompetenzen und Beschäftigungen auch Vorgesetzte von, je nach Gemeinde, mehr oder weniger zahlreichen Gemeindebeamten-, angestellten und -arbeitern sind. Jede Gemeindewahl verspricht also laut FGFC, den Gemeindebeschäftigten „eventuell eine neue politische Konstellation, sprich glattweg einen neuen Chef“.

Immerhin arbeiten rund 13 000 Leute bei den Gemeinden, und die Zahl der Beschäftigten hat in den vergangenen Jahren durch die immer neuen Dienstleistungen der Gemeinden, wie zuletzt den massiven Ausbau der Kinderbetreuung, deutlich zugenommen. Trotz mancher Versuche von Privatisierung, Outsourcing und PPP stehen in vielen Gemeinden nicht-öffentliche Personalangelegenheiten auf der Tagesordnung jeder Gemeinderatssitzung.

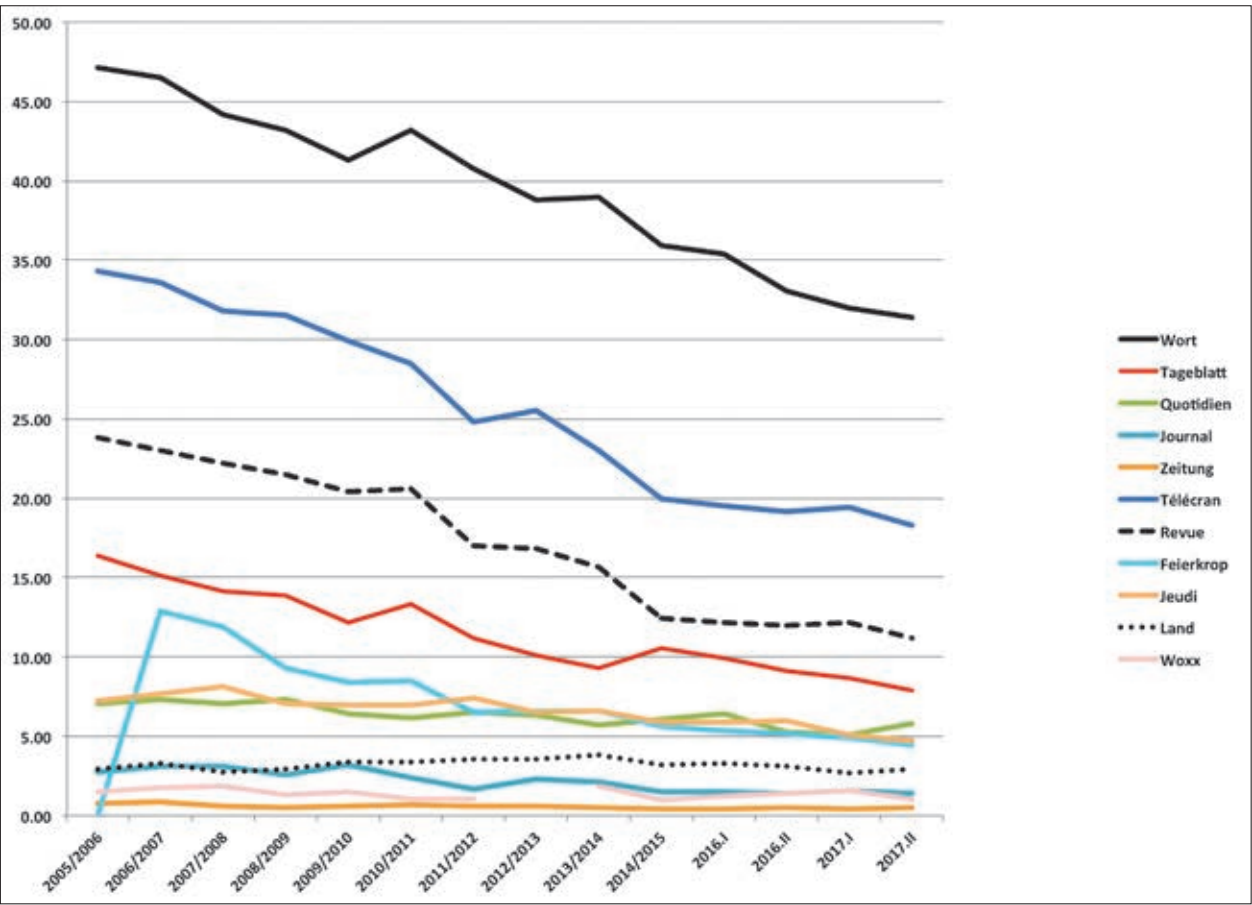
Doch offenbar nehmen nicht alle Bürgermeister und Schöffen die damit verbundenen Pflichten und Verantwortungen angemessen wahr. Die FGFC, die bereits vergangenes Jahr bei ihrer „Sozialrentée“ für viel Wirbel gesorgt hatte, spricht erneut von „Lokalfürsten“, die „teils hemmungslos ihre Dorfmacht ausüben“, die „noch arbeiten und denken wie vor 50 Jahren“.

Tatsächlich sitzen in den 105 Rathäusern des Landes nicht nur unter dem Personal die Besten und die Schlechtesten. Das heißt neben den aufopferungsbereiten Idealisten, den kompetenten und verständnisvollen Dienern der Allgemeinheit auch die kleinen Despoten ländlicher Majorzgemeinden, für die Gemeindebeamte noch immer eine Art Knechte und Mägde sind; die Berufspolitiker großer Proporzgemeinden, die alle Moden privatwirtschaftlicher Unternehmensführung versuchen und gleichzeitig rund um die Uhr Unterstützung bei der politischen Selbstdarstellung beanspruchen; die Pensionierten, die jeden Tag ihren Ruhestand im Rathaus verbringen; die Nebenberufler, die nie auftauchen und die Verwaltung sich selbst überlassen; und die heillos zerstrittenen Schöffen- und Gemeinderäte, wo jede Partei gnadenlos nach Alliierten in den Büros der Gemeindeverwaltung sucht.

Die FGFC wirft dem Gemeindeverband Syvicol vor, eine Art Unternehmerverband zu sein, der nicht auch die Gemeindebeschäftigten vertritt und alle Kritiken, wie vor einem Jahr, als „billige Behauptungen“ abwehrt, mit denen bloß „eine Atmosphäre des Misstrauens“ geschürt werde. Auch der Innenminister halte sich vorsichtig heraus, angeblich aus Respekt vor der Gemeindeautonomie.

Nicht alle Kandidaten, die am 8. Oktober als möglicherweise talentierte und populäre Politiker gewählt werden, erfahren alleine durch die Gnade ihrer Stimmzahl eine Erleuchtung, die sie zu sachverständigen und verantwortungsbewussten Leitern einer Gemeindeverwaltung macht. Zumindest ein Teil von ihnen nimmt deshalb an Kursen über Aspekte der Gemeindeführung teil, wie sie der Syvicol anbietet. Wie die anderen Gemeindemütter und -väter zu einem Minimum an Professionalismus und Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit dem Gemeindepersonal gebracht werden können, weiß aber auch die FGFC nicht so genau. Deshalb schwört sie etwas blauäugig auf das *New Public Management* und verlangt weiter einen „Gemeindeführerschein“, der in der Praxis entweder wirkungslos zu sein oder das passive Wahlrecht einzuschränken drohte.

Die Pressekrise ist unübersehbar geworden. Das geht aus den für das Anzeigengeschäft veranstalteten *Plurimedia*-Umfragen von TNS-Ilres hervor. Laut den diese Woche veröffentlichten Ergebnissen sinkt vor allem die Leserschaft der Tageszeitungen, aber auch der Familienmagazine unauffaltbar, ohne dass bisher ein Ersatzgeschäftsmodell im Internet zu finden wäre. Nach Meinungsverschiedenheiten mit dem vom Erzbistum beschickten Verwaltungsrat über die redaktionelle Ausrichtung teilte der Chefredakteur des *Luxemburger Wort*, Jean-Lou Siweck, am Donnerstag seine Kündigung mit. *rh.*



blog

Personalien

Personalien

Personalien

Gesellschaft

Politik

Soziales

Etienne Schneider,

Minister für Innere Sicherheit (LSAP), will weiterhin die Befugnisse der Polizei und der Bürgermeister zu Personen- und Fahrzeugkontrollen ohne Verdachtsmomente und zur Abriegelung des öffentlichen Raums ausweiten, um so den Terrorismus zu bekämpfen. Deshalb ließ er am Mittwoch vom Regierungskabinett Änderungsanträge zur geplanten Polizeireform verabschieden, die den Einwänden des Staatsrats Rechnung tragen sollen, der eine Bedrohung der von der Verfassung garantierten Bürgerrechte ausmachte. Der Minister wehrte sich aber gegen den Vorwurf, unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung „den Polizeistaat zu errichten“. *rh.*

Nico Wennmacher,

ehemaliger Vorsitzender der FNCTT-FEL, bereitete anstelle des amtierenden Präsidenten Jean-Claude Thümmel am Freitag im Verbandsorgan *Le Signal* die Mitglieder auf den vorgezogenen 66. Kongress am 14. Oktober vor, bei dem die Verbandsleitung ausgewechselt werden soll. Offenbar kennt er bereits den Ausgang der Wahlen unter den Mitgliedern des Verbandsrates. Denn er kündigt an, dass die neue „dynamische und kompetente Exekutive“ des Landesverbands nichts an „der kurz- und mittelfristigen Prioritätensetzung“ ändern, „die Personalvertretungen auf allen Ebenen tatkräftig unterstützen“ sowie versuchen werde, „die Mitgliederbetreuung zu verbessern und die Sektionen und Vereinigungen zu stärken und weiter zu dynamisieren“. *rh.*

Pierre Gramegna,



Finanzminister (DP), soll drei Tage nach den Gemeindewahlen, am Mittwoch, dem 11. Oktober um 9 Uhr, den Entwurf des Staatshaushalts für 2018 im Parlament hinterlegen. Vor seiner Budgetrede wird er das Dokument, wohl wieder in digitaler Form, der Berichterstatterin, seiner Parteikollegin Joëlle Elvinger, überreichen. Da es der Haushalt für den Wahlkampf um die alles entscheidenden Kammerwahlen nächstes Jahr wird und das Wirtschaftswachstum hoch ist, dürfte kaum mit einem weiteren *Zukunftspak* zu rechnen sein. *rh.*

Carole Dieschburg,

grüne Umweltministerin, verdächtigt die CSV-Abgeordneten Martine Hansen und Gilles Roth offenbar der Koprophilie, da sie schon zum zweiten Mal eine parlamentarische Anfrage über Wolfskot gestellt hatten. Die Ministerin antwortete ihnen am Dienstag entschieden auf Luxemburger Ökodeutsch: „D'Regierung gesäit kee Besoin, fir sech mat deem Kot, dee schon Objet war vun der parlamentarescher Ufro 3157, ze beschäftegen.“ *rh.*

Xavier Bettel,

Premierminister (DP), nahm am Dienstag an der Eröffnung der 72. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York teil. Im Namen des Gastgeberlandes hatte US-Präsident Donald Trump in seiner Ansprache gedroht, „to totally destroy North Korea“, und das Atomabkommen mit dem Iran „an embarrassment to the United States“ genannt. Xavier Bettel fand den diplomatischeren Ton: „La lutte pour la paix appelle au dialogue dans un esprit de compromis.“ *rh.*

Romain Schneider,

Entwicklungshilfeminister (LSAP), wird kommen Donnerstag bei der Vergabe von „Doctorates in Business Administrations – DBA“ an 17 Studenten des Business Science Institute (BSI) zugegen sein. Das im Wiltzer Schloss ansässige BSI besitzt allerdings weder eine staatliche Akkreditierung als Hochschulstätte, noch für sein Ausbildungsprogramm, geschweige für die Vergabe von Doktor-Titeln. Wie das Hochschulministerium dem *Land* auf Anfrage mitteilte, wird aus diesem Grund Minister Marc Hansen (DP) der Zeremonie nicht beiwohnen. Romain Schneider erklärte dem *Land*, er nehme daran „einerseits als früherer Wiltzer Bürgermeister teil, der großes Interesse an der Entwicklung des Campus im Wiltzer Schloss hat, andererseits als Kooperationsminister, weil eine Reihe Doktoranden aus Ländern kommt, die Partnerländer der Luxemburger Entwicklungszusammenarbeit sind, und es für mich interessant ist zu schauen, ob da ‚Joint ventures‘ möglich sind“. *pf*

Bahn-Carsharing

Am Nikolaustag starten die CFL ihr Carsharing-Angebot „Flex“. An zunächst 20 Bahnhöfen sollen dann insgesamt 84 Autos (50 Benziner, 34 elektrische) zur Verfügung stehen, die per Internet und App vorbestellt werden können. In der Startphase müssen die Autos zum Bahnhof, an dem sie entnommen wurden, zurückgebracht werden. Später sollen sie auch an anderen abgestellt werden können – was bei der Reservierung aber angegeben werden müsse, so die Vertreter der neuen CFL-Tochterfirma CFL Mobility. Inhaber einer *mKaart* oder eines Jahresabonnements des öffentlichen Transports erhalten für zehn Euro monatliche Grundgebühr dasselbe Angebot, das „Flex-Gold“-Kunden 20 Euro kostet: Die im Viertelstundentakt und pro Kilometer abgerechnete Fahrt ist dann preiswerter als die Nutzung der Autos ganz ohne Monatsgebühr. *pf*

Undemokratisch

Enttäuscht zeigen sich die in Stopp Ceta zusammengeschlossenen Gewerkschaften, Umwelt- und Drittweltvereine darüber, dass am gestrigen Donnerstag das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada provisorisch in Kraft trat, bevor es noch von den nationalen Parlamenten ratifiziert wurde. Das Abkommen sei sozial und ökologisch „höchst problematisch“, der Investorenschutz stelle das ganze Rechtssystem in Frage. Deshalb müsse die Abgeordnetenkammer Ceta verwerfen. *rh.*

Lieber reich und liberal

Etwa hundert, meist nicht mehr ganz junge Kopstaler Gemeindeinwohner waren am Mittwochabend ins *Wiirtspesch* zur Informationsversammlung über das für den 8. Oktober angekündigte Referendum gekommen. Dabei werden die Wähler gefragt, ob sie künftig lieber dem Wahlbezirk Zentrum als dem Süden angehören wollen. Bürgermeister Romain Adam (LSAP) versicherte, dass ein Wechsel voraussichtlich keine Nachteile bringen werde. CSV-Schöffe Thierry Schuman demonstrierte mit später beanstandeten *Powerpoint*-Karten, dass Kopstal und Bridel eher dem reicheren und liberaleren Zentrum als dem ärmeren und roten Süden verwandt scheint. In der anschließenden Debatte ging es dann gleich parteipolitisch her: Weshalb die Grünen einen Wechsel des Wahlbezirks vorschlugen, wo sie doch nicht einmal mehr eine Kandidatenliste für die Gemeindewahlen zusammenbekämen. Und ob der Wechsel des Wahlbezirks nicht die Chancen der Gemeinde erhöhen würde, einen Abgeordneten oder Minister zu entsenden, der endlich das Problem des Durchgangsverkehrs lösen könnte (Foto: TPC). *rh.*



Am Limit

Nicht nur verspätete Auszahlungen ihrer vorgestreckten Betreuungskosten über die *Chèques service* durch den Staat machen den Tageseltern in Luxemburg das Leben zunehmend schwer. Schon vor über einem Jahr hatten sie öffentlich gemacht, dass die staatlich subventionierten Tagessätze ihre realen Betreuungskosten kaum decken (siehe *d'Land* vom 29.1.2016). Diejenigen, die der Beschäftigung trotzt keine Nachteile bringen wollen, sehen nun neuen Unsicherheiten entgegen: Nach mehrmonatigen Verhandlungen soll zwar der Tarif der Dienstleistungsschecks zum beginnenden Oktober von 3,75 auf 4,25 Euro die Stunde angehoben werden, im Gegenzug verpflichten sich die Tagesmütter und -väter jedoch, die neuen Qualitätsanforderungen im Betreuungssektor zu erfüllen, so wie die konventionierten Einrichtungen auch. Für viele Tageseltern ist das nicht ohne: Denn anders als bei den großen Anbietern, die für die Weiterbildungen ihres Personals aufkommen und Stundenausfall ersetzen können, ist dies bei den Tageseltern nicht der Fall. Das Ministerium will die Tageseltern über die Neuerungen in den kommenden Wochen näher informieren. *ik*

Droit de vote des étrangers

Chape de plomb

josée hansen

Cccccchut ! On ne communique plus sur la question de l'accès au droit de vote des étrangers aux communales. Le Cefis (Centre d'étude et de formation inter-culturelles et sociales), qui suit le sujet scientifiquement depuis 1999, s'est vu interdire de communiquer par son ministère de tutelle jusqu'à la publication de son étude complète, d'ici le printemps prochain. Donc jusqu'à ce que les élections communales soient déjà largement oubliées. Il renvoie poliment vers l'Olai, l'Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration, dépendant du ministère de la Famille, qui donne tout aussi poliment quelques chiffres

généraux sur l'inscription des non-Luxembourgeois sur les listes d'électeurs jusqu'à la date butoir du 14 juillet : ils sont 34 638 à s'être inscrits, soit 22,8 pour cent des étrangers qui sont en droit de le faire (après cinq années de résidence). C'est une évolution de 5,8 points de pour cent ou de 3 701 personnes par rapport à la dernière échéance, de 2011. Assez pour qu'officiellement, on affiche un satisfecit : les campagnes colorées du gouvernement et des associations conventionnées, comme « je veux voter », ont bien fonctionné, plus d'électeurs se sont inscrits, donc tout va bien, on n'en parle plus.



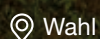
Primo-votants le 8 octobre : Daniel Da Silva, 36 ans, à gauche, et Chukwuemeka Ndukwe, 43 ans

SOLARSTROUM EISEN ASAZ FIR PROPPER ENERGIE

Zu Lëtzebuerg ginn et scho 6.000 subventionéiert Solaranlagen.
Gitt och Dir Energieproduzent - a gewannt mat der Sonn!

ENG SOLARANLAG, ENG CLEVER SAACH.

www.cleversolar.lu - Hotline 8002 11 90



Or, dans le détail, le résultat est moins glorieux, car sur les six dernières années, la population luxembourgeoise a augmenté de presque 80 000 personnes – et cette augmentation est surtout due à la migration. Jusqu'en octobre 2016, à huit mois de la date limite pour s'inscrire, le taux avait chuté par rapport à 2011, à 16,3 pour cent, notamment suite aux nombreuses naturalisations (4 000 par an), pour ensuite augmenter grâce aux campagnes et aux débats publics essayant de motiver les résidents non-Luxembourgeois à s'inscrire. Ils étaient 9 137 personnes à le faire en ces huit mois. On dispose en outre de chiffres sur les nationalités de ceux qui se sont nouvellement inscrits : 13 000 Portugais, 5 000 Français, 3 000 Italiens et Belges, 2 000 Allemands... Mais « on reste sur notre faim », note Sérgio Ferreira, porte-parole de l'Asti, qui n'a pas participé à la campagne institutionnelle, mais tenté de sensibiliser les gens par ses réseaux classiques. En tout, il y aura 284 577 électeurs le 8 octobre, soit moins de la moitié, 48 pour cent, de la population totale (mineurs compris). Donc, à nouveau, une minorité décide sur la majorité. Ce qui est particulièrement flagrant à Luxembourg-Ville, 115 449 habitants, dont 82 012 non-Luxembourgeois. Les nationaux y sont à moins de trente pour cent. En tout, 34 396 personnes y iront voter aux communales, dont 6 569 non-Luxembourgeois. On n'est plus loin du vote censitaire du XIX^e siècle. À Esch-sur-Alzette, 34 732 habitants, il y a 14 068 électeurs, dont 2 257 non-Luxembourgeois ; à Differdange, on compte 2 148 électeurs non-Luxembourgeois sur un électoral total de 11 113 personnes. À Larochette, la commune avec, proportionnellement, la plus grande population portugaise, 228 non-Luxembourgeois participent aux élections (sur une population étrangère de 1 265 personnes en tout). La « peur du bourgmestre portugais de Larochette » avait été une des grandes réticences des politiques autochtones face à l'introduction du droit de vote aux non-Luxembourgeois, pourtant imposée par le traité de Maastricht de 1992.

Les ONG, qui fréquentent au quotidien les étrangers, voient beaucoup de freins à la participation politique des non-Luxembourgeois à la vie démocratique : un dégoût généralisé de la politique ; les nombreuses contraintes pour les étrangers comme la clause de résidence de cinq ans ; des employés communaux pas forcément encourageants, ou le fait qu'il faille s'inscrire six mois avant les élections, alors même que la campagne électorale ne commence véritablement qu'à la rentrée. Certains craignent aussi de devoir voter par la suite, car une fois inscrit, le non-Luxembourgeois aura les mêmes obligations que le Luxembourgeois. Il sera obligé de participer à toutes les élections communales, tous les six ans. Mais, cette fois, et plusieurs experts ainsi que des témoignages personnels recueillis pour cet article, le confirment, beaucoup de non-Luxembourgeois étaient démotivés de s'impliquer davantage, se sentant offensés par le rejet massif des électeurs de leur accorder le droit de vote aux législatives, lors du référendum de juin 2015 (78,02 pour cent de non). « Il y en a beaucoup qui nous disaient : 'vous ne voulez pas de nous ? Vous voulez seulement notre force de travail et nos impôts ? Alors c'est ce que je vais faire...' » raconte Sérgio Ferreira. Après la claque du référendum, le gouvernement avait promis de tirer des leçons des résultats, de faire une analyse poussée des raisons de

Le rejet massif du droit de vote pour les étrangers aux législatives lors du référendum de 2015 a refroidi la ferveur politique de beaucoup de non-Luxembourgeois

ce rejet. Or, rien, n'a été fait depuis, à part le vote de la nouvelle loi sur la nationalité, en début d'année. La naturalisation est désormais prônée comme la voie royale vers l'accès aux droits démocratiques.

On a aussi voulu savoir ce qu'il en était des candidats non-Luxembourgeois, à quel point les partis se sont sentis concernés et ont motivé des candidats étrangers à se présenter avec eux, à quel point ils sont conscients de l'importance que la diversité de la population se reflète aussi dans leurs listes. Le résultat est mitigé, certains partis affichant même leur volonté de ne pas communiquer sur la nationalité de leurs candidats en renvoyant vers le nombre élevé de naturalisations. Selon les chiffres recueillis par le *Land* auprès des partis, en pourcentage, Déi Lénk sont ceux avec le taux le plus élevé de candidats non-Luxembourgeois, vingt pour cent, suivis des Verts, onze pour cent, du LSAP, 10,91 pour cent, puis du DP, 9,28 pour cent, et, en queue de peloton, le CSV, 4,2 pour cent¹. En chiffres absolus, ce sont les socialistes qui mènent la danse, avec 61 candidats étrangers (sur 559 candidats à travers le pays pour les communales), DP : 52 (sur 560) Verts : 52 (sur 466) ; Déi Lénk : 29 (sur 145) et le CSV 25 (sur 600 candidats).

Face à l'agressivité nationaliste d'une partie des opposants au droit de vote pour les législatives en 2015, face aussi à leur nombre écrasant (presque 80 pour cent), on n'entend plus guère de politique fustiger le déficit démocratique que représente le fait que 48 pour cent de la population soient, en principe, exclus de la prise de décision. Si on était pour une égalité radicale, la seule solution serait d'inscrire d'office les non-Luxembourgeois sur les listes à 18 ans, comme c'est le cas pour les nationaux, et de leur appliquer la même obligation de voter. L'Asti vient de demander un avis à un juriste pour en sonder la faisabilité, surtout la conformité avec les critères de l'accord de Maastricht. Ou alors de libérer les autochtones du vote obligatoire – ce qui aurait probablement comme conséquence des taux d'abstention proches de ceux dans nos pays voisins. Car les partis ont beau se surpasser en inaugurations d'écoles et d'autres infrastructures en période préélectorale : le restant de l'année, tout se passe comme si les vraies décisions étaient prises derrière des portes closes par des experts administratifs et des consultants et investisseurs privés.

¹Ces chiffres concernent les communes votant à la proportionnelle, les partis ne jouant pas de rôle officiel dans les communes votant au système majoritaire. L'ADR et le Parti pirate n'ont pas répondu aux demandes d'informations du *Land*.



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère du Développement durable
et des Infrastructures
Département de l'environnement



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Économie





Site potentiel pour un centre de données de Google

Bernard Thomas

Capitalisme d'État Le 31 décembre 1971, la commune de Bissen signe un acte de vente pour un terrain sur le Roost de 46,2 hectares. Elle le cède « pour le prix symbolique de un franc » à Luxwire SA (une filiale de Goodyear), lit-on dans le document original. Le maire et son collègue échevin et expliquent vouloir « encourager l'établissement sur son territoire d'une entreprise industrielle » afin d'« améliorer la structure et la stabilité économique sur le plan local et national. » La vraie valeur du terrain était alors estimée à 11,5 millions de francs luxembourgeois. Il avait été assemblé à la manière d'un puzzle à partir de 61 lots appartenant pour la plupart à des cultivateurs, cafetiers et commerçants du village. Pour la petite commune, ce don représentait un effort considérable qui la contraindra à plusieurs années de rigueur budgétaire.

Sur le Roost, le constructeur de pneus érigera une fabrique qui produira du treillis métallique. En 2011 Goodyear vend Luxwire SA (mais non le terrain) à Hyosung ; mais l'entreprise sud-coréenne arrêtera la production après seize mois, laissant 219 salariés sur le carreau. En fin de compte, Goodyear aura réussi à garder les mains propres de tout plan social, tout en sauvegardant sa belle réserve foncière sur le Roost. Si la firme américaine a depuis rétrocédé des petites parcelles à prix bas, elle a également su monnayer les terrains jadis reçus en cadeau. En décembre 2013, la commune a ainsi racheté 11,6 hectares à Goodyear pour le prix de 4,2 millions d'euros. Elle aura ainsi payé deux fois pour le même terrain.

Le 14 septembre 2016, Goodyear signe un acte de vente avec le ministre des Finances et celui de l'Économie pour la vente 14,1 hectares sur le Roost. Pour le prix de 22,58 millions d'euros, l'État acquiert le terrain de l'ancienne fabrique Luxwire. (De quoi financer un quart des 80 millions d'euros que Goodyear veut investir dans une nouvelle fabrique à Dudelange.) Au Roost devra naître un Automotive Campus, un centre de recherche autour de l'automobile lancé par Goodyear. Avec ses cinq grues, le chantier ressemble à un mini-Ban de Gasperich et le complexe pourrait un jour accommoder jusqu'à 4 000 employés. En juillet, l'État luxembourgeois concède un droit de superficie sur trente ans au groupe Giorgetti et à AG Real Estate via un « contrat de type DBFM » (lisez : *design, build, finance and maintain*). À partir d'un don public s'est ainsi mis en place une chaîne de plus-values dont auront profité une multinationale américaine, un assureur belge et un promoteur luxembourgeois. Elle s'étalera de 1971 à 2050. Autre longue durée : les noms des familles qui, en 1970, avaient vendu des lopins de terre à la commune (avant que celle-ci ne les cède gratuitement à Goodyear), reviennent un demi-siècle plus tard dans le dossier Google.

Projet Pascal Il y a deux ans, raconte le maire de Bissen, Jos Schummer, il aurait été approché de manière confidentielle par des techniciens et des experts immobiliers français, anglais et américains. Leur mission : réunir 25 hectares sur le Roost. Pour Schummer, il n'a jamais été clair si ces délégations (qui pou-

vaient réunir jusqu'à vingt personnes) travaillaient directement pour Google ou étaient simplement des intermédiaires. Pour une firme qui a prospéré grâce à la commercialisation des données personnelles de ses utilisateurs, Google entretient un culte du secret très développé. « Le dossier avait un pseudonyme : nous parlions du 'projet Pascal' [du nom du philosophe français du XVII^e siècle, *ndlr*]. Google n'aime pas que son nom apparaisse trop dans la presse ». Le mystérieux « projet Pascal » (qui a entretemps changé de titre de travail) devait être traité de manière hautement confidentielle. Au sein de la commune, un cercle restreint d'initiés était au courant de son existence : le maire et ses deux échevins, ainsi que le technicien et le secrétaire communal.

Les émissaires de Google proposent au maire de mener lui-même les discussions avec les propriétaires. Schummer, qui dégage un air de stoïcisme résigné, semblait un choix idéal. À la fin de sa carrière chez Creos, il s'occupait de l'acquisition de terrains, bref il avait l'habitude de négocier avec les paysans. Ce fut Schummer qui avait ainsi acheté un terrain dans sa commune natale (où il siégeait alors comme conseiller communal) pour son employeur. En novembre 2014, Creos y inaugurerait son centre régional en présence de Schummer, désormais maire. Mais, a posteriori, il n'est pas convaincu de l'efficacité de son rôle d'intermédiaire pour Google. « En fin de compte, je pense que c'était plutôt un désavantage qu'un avantage. Car les gens me demandaient toujours : 'Pourquoi ne pouvons-nous pas parler directement avec l'acheteur ?' »

Jacquerie solitaire Rapidement, le « projet Pascal » se grippe. Google avait identifié un terrain sur le Roost, derrière la laiterie Luxlait. Connectée à la fibre optique et à quelques pas d'un des principaux centres d'exploitation de Creos, le site semblait idéal. Or, une famille d'agriculteurs, qui y avait établi un petit *Aussiedlerhaff*, refusait de se relocaliser dans une autre commune. (Le fils devrait reprendre la petite exploitation.) La famille ne voulait voir sa ferme oblitérée par un *data center*. Elle craignait disparaître du village sans laisser de traces. En mai 2017, elle donne son veto définitif, renonçant ainsi aux millions d'euros offerts par Google.

Pour le ministre de l'Économie, Etienne Schneider (LSAP), la situation commençait à devenir embarrassante. En décembre 2016, ne pouvant manquer l'occasion de se profiler en *dealmaker*, il avait prématurément annoncé sur Twitter un « major investment project » de la part de Google. Face à l'enlèvement du dossier, les responsables ministériels prenaient la *lead* du « projet Pascal ». Le département de l'Environnement fait une analyse du Roost, un deuxième terrain, situé un kilomètre plus loin, derrière la nouvelle zone industrielle « Klengbusbiérg » est choisi. Le 26 juin, le directeur de l'Office national du remembrement (dépendant du ministère de l'Agriculture), Georges Fohl, contacte les premiers propriétaires du deuxième site. Il dit avoir initialement ignoré qui se cachait derrière le « projet Pascal ». Les Bissers sem-

blaient mieux informés que lui : dès ses premières rencontres, Fohl apprend que le « grand investisseur américain » est en fait Google – « tous semblaient le savoir », s'étonne-t-il. Le 6 juillet, la *Radio 100,7* annonce que Google planifie « le plus grand centre de données du pays ». La nervosité monte d'un cran.

Fohl, qui est par ailleurs maire de la bourgade de Garnich, doit convaincre une vingtaine de propriétaires. « Il l'a fait de manière beaucoup plus professionnelle que moi », concède Jos Schummer. Fohl était surtout mieux préparé. S'appuyant sur les données du Service d'économie rurale, il avait fait une analyse détaillée de chaque exploitation agricole. En parallèle, il rachète des parcelles dans un rayon de dix kilomètres autour de Bissen. Les paysans pourront acheter ces terrains à l'État avec une partie de l'argent gagné sur la cession de leurs anciens emplacements au Roost.

Le bluff de Schneider Face à la nervosité croissante de Google, les négociateurs luxembourgeois se fixent une « deadline » pour le 14 juillet, avant les vacances scolaires. Ils veulent ainsi donner un coup d'accélérateur aux négociations et éviter que les propriétaires n'aient trop de temps pour changer d'avis. Le 8 juillet, le ministre de l'Économie va devant les micros de *RTL-Radio* et annonce que Google aurait posé un ultimatum : les propriétaires auraient « jusqu'à vendredi prochain » pour se décider. « Ce sera le site où les propriétaires décideront les premiers à tous signer le compromis... *Do maache mir de Sack dann zou, déi kréien den Zouschlag* ». Ce bluff réussissait à faire monter la pression des pairs sur les derniers voisins indécis.

En trois semaines chrono, Georges Fohl, accompagné d'un assistant, réussit à convaincre quasiment tous les propriétaires. (Parmi eux, la famille qui avait refusé de vendre sa ferme sur le premier site retenu et qui détenait également un lopin de terre sur le second.) La plupart étaient des enfants et petits-enfants d'agriculteurs, trop distants par rapport au métier de leurs parents pour ne pas sauter sur l'occasion de monnayer les terrains à un prix impro-

« Le dossier avait un pseudonyme : nous parlions du 'projet Pascal'. Google n'aime pas que son nom apparaisse trop dans la presse. » Jos Schummer, maire de Bissen

bable. Tous avaient concédé de vendre, sauf une famille de paysans laitiers dont le fils veut reprendre les activités. Or, depuis des années, ces agriculteurs se trouvaient empêtrés dans une brouille familiale qui avait débouché sur une procédure d'indivision. Rachetant les parcelles aux deux autres héritiers et se substituant à eux dans la procédure judiciaire, l'État poussait la famille d'exploitants à vendre à son tour la parcelle de 1,8 hectare. Le projet Google alimentera un peu plus la spirale des prix des terrains agricoles. Dans la paysannerie luxembourgeoise, il y aurait dorénavant une « Zwouklassegesellschaft », regrette Fohl. D'un côté, les paysans subitement enrichis par un reclassement de leurs terrains et, de l'autre, ceux qui n'ont pas eu cette chance et se retrouvent marginalisés dans la lutte de concurrence pour l'accès aux terrains qui restent.

De Monni aus Amerika « Nous devons atterrir de nouveau sur nos pieds, s'exclame le maire. Les gens pensent qu'ils peuvent demander n'importe quoi comme prix. Il faut enfin faire cesser ces rumeurs folles sur les prix de vente à Google. » Les propriétaires auraient en moyenne perçu moins de 15 000 euros l'are. (D'après nos informations, l'enveloppe globale se situerait aux environs de 44 millions d'euros pour 33 hectares.) Google a fixé les prix de vente, puisque la firme devrait un jour racheter ces terrains à l'État. Lardoise est relativement élevée : en juin, la multinationale n'avait déboursé que 8,3 millions d'euros pour acquérir 73 hectares dans la province danoise. Si le projet devra encore parcourir des évaluations environnementales stratégiques et un reclassement du PAG, ces obstacles administratifs devraient rapidement être surmontés, tant l'anticipation de voir Google s'installer semble débordante.

Tout l'été, les deux familles ont dû faire face à une pression politique et économique, amplifiée par les médias. Certains éditorialistes spéculaient librement sur les motivations des familles paysannes. *Le Jeudi* suspectait ainsi « un propriétaire qui a senti le bon filon » stylisé ensuite en idéal-type qui prouvait « à quel point le pays est complètement rongé par la culture de la spéculation immobilière ». En fait, c'était l'exact contraire. Georges Fohl évoque ainsi une famille qui a refusé de « vendre sa vie ».

À première vue, la disruption Google ne semble pas avoir durablement détérioré les liens sociaux au sein du village. Parmi les Bissers interrogés, tous se disent compréhensifs envers les refusniks qui avaient dit « non » à Google et qui, plutôt que de se convertir en rentiers, avaient choisi de continuer à exercer leur métier d'agriculteur. « Ce n'est pas comme si c'était le méchant paysan contre le *nation branding* et le *digital Luxembourg*, estime un Bissier. C'était simplement quelqu'un qui avait en vue le patrimoine de son entreprise et l'avenir de son fils. » Reste que, pour les voisins de la famille d'agriculteurs, dont le refus avait fait capoter l'option du premier site, des millions d'euros se sont évaporés. « Nous avons stoppé le reclassement de ces terrains, dit Schummer. Ils avaient peu de valeur, puis beaucoup de valeur, puis de nouveau peu valeur fictive. »

Retour à Bissen Dans la campagne électorale, l'implantation de Google joue un rôle mineur. La gigantesque zone industrielle est située sur les hauteurs de la localité et, d'en bas, on ne la voit pas. Bissen et

le Roost sont deux mondes parallèles. De la formidable puissance économique qui s'est déployée sur la dernière décennie dans la zone industrielle, les habitants ressentent surtout le flux continu de camions traversant la route principale de leur village. « Wann do uewen alles a Betrib ass, dann gëtt et ellen », dit un habitant. Comme dans les autres communes, les problèmes liés au boom économique sont analysés à travers la question du trafic, son symptôme le plus irritant (du moins pour les classes moyennes).

Dans la vallée, Bissen ressemble à un de ces innombrables hameaux où nouveaux lotissements riment avec désertification rurale. Une voiture balai « Bucher City 5000 » nettoie compulsivement le parvis immaculé devant la salle des fêtes. La Poste a fermé son agence en avril ; à travers les vitres on aperçoit un téléphone rouge et un coffre-fort brun prenant la poussière sous le portrait du Grand-Duc. Subsistent quelques cafés-restaurants, un bancomat, une épicerie portugaise et une boulangerie. Ce lundi matin, le glas avait sonné. Le lendemain, les clients de la boulangerie se demandaient qui était mort.

Sur les 952 étrangers que compte la commune, seulement 163 se sont inscrits sur les listes électorales. Quant aux candidats, ce sont quasiment tous des « gebierteg Bissers ». La campagne électorale a un côté artificiel, comme un bal masqué. Au 31 décembre 2016, Bissen avait dépassé d'une dizaine de personnes le seuil des 3 000 habitants. Du coup, le scrutin basculait du système majoritaire à la proportionnelle. Deux listes ont été hâtivement formées : l'une CSV, sur laquelle se présente le maire ; l'autre (dénommée « Är Leit ») ouverte et menée par le premier échevin, David Viaggi. Il avait été la grande surprise du scrutin de 2011. Âgé alors de 28 ans et bien qu'il n'ait jamais siégé au conseil communal, Viaggi, qui travaille à la « Mobilitészentral », fut choqué de se voir propulsé deuxième avec 680 votes, à vingt voix d'écart de Jos Schummer. (À l'issue d'une campagne de guérilla menée par un homme d'affaires et son fils contre le maire sortant et sa première échevine, ceux-ci avaient fini quatrième et douzième le soir des élections.)

Sur sa liste Är Leit, on retrouve trois membres encartés au LSAP (dont Viaggi, trésorier de la section socialiste d'Atert), deux au DP, et un au CSV. C'est en partie une « liste FC Bissen » : presque un tiers des candidats siège au comité du club de foot local. C'est également une liste exclusivement masculine. Des femmes auraient certes été approchées, mais elles auraient refusées, par peur « de ne pas avoir le temps pour remplir leurs nouvelles responsabilités », dit Viaggi.

Parmi les conseillers communaux, seul John Feith (qui se représente sur la liste Är Leit) aura directement profité du « projet Pascal » en vendant un de ses terrains. Son père, Guillaume Feith, était fils de paysan, directeur de la filiale locale de la Raiffeisen et échevin (puis maire entre 1982 et 1984) ; une combinaison qui lui avait permis d'accumuler un important patrimoine foncier dans la commune. « Mon père a fait ce que font les gens lorsqu'ils ne dorment pas : il a travaillé, dit John Feith. Et c'est ce qui constitue aujourd'hui l'iceberg. » Quel iceberg ? « Ben, celui qui donne des revenus ! »



« Wann do uewen alles a Betrib ass, dann gëtt et ellen ». Centre du village et chantier pour l'« Automotive Campus » dans la zone industrielle du Klengbusbiérg



De Goodyear à Google – la commune de Bissen et la question immobilière (1971-2017)

Mit den Reformen von Minister Claude Meisch (DP) spitzt sich die Lehrerknappheit in den Schulen zu

In der Mangel

Ines Kurschat

Die Pressestelle des Ministeriums ist formell. Die Schulorganisation sei „überall gesichert. Es fallen keine Unterrichtsstunden aus und auch keine *Appui*-Stunden weg. Auch nicht in der Region 15.“ Dort, im Norden, hatte *RTL* vergangene Woche berichtet, herrsche so großer Lehrermangel, dass überlegt werde, die Förderstunden zu kürzen, um den Regelunterricht aufrechtzuerhalten. Auch die Gewerkschaften SEW und SNE hatten Alarm geschlagen. 349 Fehlstunden, sagte Patrick Remakel vom SNE, habe man „eigenen Nachforschungen“ zufolge bei den Gemeinden ermittelt, lege man eine 23-Arbeitswoche zugrunde, entspreche das 14 bis 15 Posten allein im Norden und 28 insgesamt. Die größte Not sei durch das Zusammenlegen von Klassen und durch Überstunden behoben worden.

Nun also das Dementi des Unterrichtsministeriums. Es seien keine Klassen zusammengelegt worden, schreibt es auf eine Nachfrage des *Land*. Auch auf Überstunden sei „nur ganz minimal“ zurückgegriffen worden. Wie viele Lehrer sich konkret zu Überstunden bereit erklärt haben, um drohenden Unterrichtsausfall zu verhindern, wie viele pensionierte Lehrer einspringen, präzisierte das Ministerium nicht weiter.

Abgesehen davon, dass nicht beide Seiten Recht haben können, heißt das Dementi dennoch nicht, dass alles in bester Ordnung ist. Im Gegenteil: Die Personalnot dürfte sich verschlimmern – und daran ist das Ministerium nicht unschuldig. Nicht nur, weil ihm die Personalplanung obliegt. So waren die Lösungen für die Engpässe bei dieser *Rentrée* teilweise in letzter Minute gefunden worden – nachdem Lehrer und Gewerkschaften Notrufe via den Medien abgegeben hatten. In sozialen Netzwerken lästern erklärte „Gambia“-Gegner, Schulminister Meisch habe „komplett versagt“, er sei „inkompetent“, die DP-LSAP-Grüne-Regierung gehöre abgewählt.

Dass das Ministerium „seine Hausaufgaben nicht gemacht“ habe, sagt aber auch der SNE – und von der Hand zu weisen ist das nicht: Indirekt gab Regierungsberater Pierre Reding dies gegenüber *RTL* auch zu, als er Probleme im Norden bestätigte, allerdings bestünden die lediglich in den Nebenfächern und beim *Appui*. Jetzt sollen Erzieher aus *Maisons relais* in der Region abgezogen werden, um den Förderbedarf in den Grundschulen im Norden mit abzudecken. Wie viele und was das wiederum für die Kinderbetreuung bedeutet, erklärte das Ministerium nicht. Auch nicht, als Abgeordnete der CSV-Opposition in der Sitzung des parlamentarischen Schulausschusses am Mittwochmorgen nachhaken.

„Ausgerechnet in einer Region, die sowieso laut Bildungsbericht schlecht abschneidet, fehlt es an Lehrpersonal“, empörte sich Martine Hansen, bildungspolitische Sprecherin der CSV und ehemalige Direktorin der Ackerbauschule, nach dem Treffen. Der *Bildungsbericht 2015* der Uni Luxemburg hatte die Versetzungsraten regional aufgeschlüsselt und festgestellt, dass Kinder besonders im Norden seltener den Sprung ins klassische Lyzeum schaffen als im Zentrum. Die CSV Norden griff damals die schlechteren Bildungschancen auf, weshalb aktuelle Meldungen um einen Lehrermangel, vor den Wahlen, in dieser Region politisch brisant sind.

Zumal hinter der Not nicht nur momentane Engpässe stehen. Die Schülerzahlen kannten in vergangenen Jahren immer nur einen Trend: nach oben. Zum Schuljahr 2015/2016 besuchten insgesamt

Schulanfang in der Ganztagschule *Eis School* in Luxemburg-Stadt

rund 89 000 Kinder und Jugendliche eine öffentliche Schule, diese *Rentrée* sind es rund 90 000. Der größere Zuwachs fand im *Fondamental* mit rund 600 zusätzlichen Schülern statt. Darunter befinden sich Flüchtlingskinder aus Syrien, Irak und anderswo.

Weiterer Bedarf bestehe, schreibt das Ministerium in seiner Antwort ans *Land*, weil neuerdings Schüler, die zuvor in Privatschulen eingeschrieben waren, in die öffentlichen Schulen zurückkommen. Laut offiziellen Statistiken ist die Zahl der Grundschüler in den Privatschulen in den vergangenen fünf Jahren um fast 1 000 gestiegen. Gleichzeitig wächst aber der Anteil derjenigen Kinder, die in öffentliche Schulen gehen, die nicht nach dem regulären Luxemburger Lehrplan unterrichten. Neue Schulangebote mit erweiterten Sprachoptionen sorgen dafür, dass ausländische Eltern zunehmend ihre Kinder in gebührenfreien öffentlichen Einrichtungen unterbringen.

Der anhaltende Schülerzuwachs ist aber nur ein Faktor unter anderen, die die angespannte Personallage erklären. Jetzt zeichnen sich jene Folgen ab, vor denen Experten schon seit längerem gewarnt haben: Wegen der vielen Strukturreformen, die Minister Claude Meisch (DP) auf die Schiene gesetzt hat, stellt sich die Ressourcenfrage im Bildungswesen mit verschärfter Dringlichkeit. Änderungen wie die in Regionaldirektionen umgewandelten Inspektorate mitsamt Stellvertretungen, pädagogische Projekte wie die Mathematik-Onlineplattform oder diversifizierte Sprachangebote, vor allem aber die geplanten 150 Speziallehrer für die Grundschulen bedeuten, dass der Bedarf nach (qualifiziertem) Personal steigt und weiter steigen wird – zum Preis, dass teilweise vorhandene Kapazitäten aus den Klassen abgezogen werden. Sie fehlen für den regulären Unterricht. Nicht eingerechnet sind die Fachkräfte, die künftig die neuen Beobachtungsstelle und Medi-

ationsposten (Inklusion, Immigration und Schulabbrecher) bekleiden sollen. Da dort Berufserfahrung vorausgesetzt wird, wird diese Expertise ebenfalls den Schulen fehlen.

Nun ist es nicht so, dass der Minister auf diesen *Braindrain* nicht aufmerksam gemacht worden wäre. Die Lehrgewerkschaft SEW-OGBL, die den Reformen und der damit verbundenen Spezialisierung und Professionalisierung von Anfang an skeptisch gegenüberstand, kritisierte wiederholt, so würden erfahrene Pädagogen, die für den Unterricht gebraucht werden, aus dem Schulalltag abgezogen. Wie es aussieht, hat die Gewerkschaft dieses Szenario richtig eingeschätzt. Der SNE, der den Reformen weitgehend zugestimmt hatte, hatte ebenfalls vor Engpässen gewarnt. In einer ersten Phase, einigte sich Ministerium und SNE, sollten zunächst 70 Stellen für Speziallehrer ausgeschrieben werden, dann 40 und dann noch einmal 40, um die Belastung auf mehrere Jahre zu verteilen. Auf die erste Ausschreibung haben sich laut Ministerium 59 Kandidaten beworben.

Doch dringender noch als die Speziallehrer werden reguläre Grundschullehrer gesucht. Laut Rekrutierungsplan sind für das aktuelle Schuljahr 291, für das kommende 256, für 2019/20 232 und für die Schuljahre 2020/21 und 2021/22 jeweils 225 offene Lehrerstellen veranschlagt. Hinzu kommen je zwei Mal 25 *Chargés de cours* für die Reserve. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Kandidaten für den *Concours* trotz erleichterter Bedingungen ab. Allein in den vergangenen zwei Jahren ist die Zahl der Lehrer, die am *Concours* teilgenommen haben, um mehr als die Hälfte gesunken; in diesem Jahr gibt es auf 168 Teilnehmende mehr Stellen als Bewerber. Für kommendes Jahr stehen die Zahlen noch nicht fest, der *Concours* ist im Mai 2018.

Für die Gewerkschaften sind die „Schuldigen“ für die drastische Kandidatenknappheit schnell gefunden: Der neue, dreijährige *Stage* in der Grundschule, die steigende Arbeitsbelastung, Aufgaben neben dem Unterricht, darunter „die administrativen Aufgaben, mit denen sich Lehrer herumplagen müssen“, machen den Beruf zunehmend unattraktiv, sagt Patrick Remakel vom SNE. Um die dringende Not zu beheben, fordert die Gewerkschaft, pädagogische Projekte und *Décharges* (Freistellungen) zu überprüfen, gegebenenfalls zu pausieren, sowie die Einführung des überarbeiteten *Plan de réussite scolaire* (jetzt *Plan de développement scolaire*) zeitweilig auszusetzen.

Ob dies wirklich die Gründe für die Bewerberflaute sind, oder ob sich nicht potenzielle Kandidaten später melden, weil sie erst einen Master an ihre vierjährige Uniausbildung anschließen, um bessere Karriereaussichten zu haben, ist unklar. Das Ministerium hat hierzu keine Daten. Fakt ist aber, dass viele Kandidaten bereits an der Aufnahmeprüfung zur Lehrerausbildung der Uni Luxemburg scheitern und auch der Umweg übers Ausland nur bedingt funktioniert: Viele fallen später bei den Sprachtests durch, die den Zugang zum *Concours* regeln.

Fakt ist auch, dass der Minister und seine Beamten die Gesamtwirkung dieser verschiedenen Faktoren auf die Personaldecke, die noch anhalten wird, nur bruchstückweise kommunizieren. Als die CSV im zuständigen Parlamentsausschuss den Rekrutierungsplan verlangte, konnten (wollten?) die anwesenden Beamten nicht liefern. Der Mehrjahresplan wird erstellt auf der Basis eines Berichts, für den berechnet wird, welcher künftige Personalbedarf im Bildungswesen besteht. Dabei werden Faktoren wie der Personalbedarf, der durch Reformen, *Décharges* für pädagogische Projekte, Schülerzuwachs oder durch steigende Flüchtlingszahl entsteht,

Das Schulministerium berechnet anhand verschiedener Faktoren alljährlich akribisch den Personalbedarf der Schulen im Land. Veröffentlichen will es seine Analyse nicht

berücksichtigt. Hinsichtlich des sich abzeichnenden *Braindrain* sagt Jean Schram, zweiter Mann in der Abteilung Grundschule im Schulministerium, denn auch: „Uns war schon klar, dass Lehrer, die entsprechende Weiterbildungen gemacht haben, sich intern auf die Stellen melden würden.“ Stopfen müssen diese Lücken andere: Nachdem der Anteil an *Chargés* kurzfristig sank, stieg er 2015-2016 auf 25,9 Prozent, der zweithöchste Wert in zehn Jahren.

Im Plan müsste nachzulesen sein, dass die Rechnung jetzt nicht – und auch in den nächsten Jahren nicht aufgehen wird, sondern sich der Lehrermangel sogar, sollten die Trends anhalten, noch verschärfen dürfte. Leider war das Ministerium nicht bereit, dem *Land* darin Einsicht zu geben; es wollte nur auf konkrete Fragen antworten. Auch im *Memorial* steht er dieses Jahr nicht. Im Juli hatte der Regierungsrat einen aktualisierten mehrjährigen Rekrutierungsplan verabschiedet. Auch Bedarfe der Sekundarschulen werden beziffert. Dass dort seit Jahren Lehrkräfte insbesondere für die naturwissenschaftlichen Fächer und für Mathematik fehlen, ist bekannt. Auf seiner Pressekonferenz zur diesjährigen *Rentrée* räumte Claude Meisch zudem ein, dass auch für sein prestigieöses Internet-Projekt von geplanten 17 Posten für Informatik bisher nur zwei besetzt werden konnten.

Verständlich, dass nun Zweifel laut werden, dass der Minister die Personalsituation im Griff hat. Zumal weitere Neuerungen die Schulorganisation auf eine Belastungsprobe stellen: Die 15 Posten der Regionaldirektionen sind zwar mittlerweile alle besetzt (mit zwölf Männern und drei Frauen in einem Sektor, in dem der Frauenanteil über 80 Prozent beträgt!), jedoch nicht alle beigeordneten Leitungsstellen. Neuliegen müssen sich in ihren Bereich einarbeiten, da sind Planungsdefizite programmiert. So kommt es, dass manche Eltern von Kindern mit Förderbedarf erst einen Tag vor Schulanfang erfuhren, in welche Klasse ihr Kind gehen wird und welche Lehrer unterrichten werden. Zudem sind die zuvor der *Éducation différenciée* unterstellten *Équipes multiprofessionnelles*, künftig *Équipes de soutien des élèves à besoins éducatifs spécifiques*, nun den Regionaldirektionen zugeordnet. Dort sitzen teils Ex-Lehrer, die keine Zusatzausbildung in Sonderpädagogik haben, und sollen Anleitungen geben. Da zeichnen sich neue Konfliktlinien ab. Die Zustellung mehrsprachiger Unterrichtsmaterialien im ersten Zyklus scheint ebenfalls nicht überall zu klappen. Immerhin: Eltern bekamen erstmalig für diese *Rentrée* eine Broschüre nach Hause geschickt, die über die Neuerungen informiert. Angesichts drohender Qualitätsverluste durch fehlende Lehrer ist das aber ein schwacher Trost.

How can you successfully set up and operate investment funds in Luxembourg?

The 2017 edition of Investment Funds in Luxembourg provides an introduction to Luxembourg as a center for investment funds, the types of funds available and a summary of the regulations applicable to the formation and operation of Luxembourg investment funds and their management entities.

For more information visit www.ey.com/lu/investment-funds-in-Luxembourg



L'Europe de l'Est

La migration met la pression

Mirel Bran, Bucarest

Le petit bateau en détresse sur les eaux sombres de la mer Noire a été intercepté par la Garde côtière roumaine dans la nuit du 12 septembre. À son bord, 157 migrants syriens et irakiens, dont 56 enfants emmenés par leurs parents désespérés en Roumanie aux confins orientaux de l'Union européenne (UE). « La mer était très agitée avec des vagues de deux à trois mètres de haut, affirme Cristian Cicu, l'adjoint de la Garde côtière de Constanza, port de la mer Noire situé à l'est de la Roumanie. Ces personnes se trouvaient dans une situation très dangereuse et couraient le risque de se noyer ou de voir l'embarcation couler. »

Les plages arides du littoral roumain et une mer dangereuse font que la mer Noire n'a jamais attiré les foules. Mais depuis le mois d'août, elle est devenue attractive pour les candidats à l'immigration car de plus en plus d'obstacles se dressent sur la Méditerranée, dont l'interdiction faite aux ONG de patrouiller au large de la Libye pour les secourir. Mais le littoral roumain ne rebute pas les migrants. Ce n'est pas pour faire du tourisme qu'ils viennent en Roumanie. Ils veulent aller vers l'Ouest en quête d'une vie meilleure. Ils viennent en majorité de la Syrie, de l'Irak, du Pakistan et de plusieurs pays africains. Le bateau intercepté par la police roumaine des frontières dans la nuit de mardi est le cinquième qui échoue sur le littoral de la mer Noire depuis la mi-août.

La Roumanie ne fait pas partie de l'espace Schengen de libre circulation, et jusqu'aujourd'hui, le ce pays avait été ignoré des migrants. À leur arrivée ils doivent faire une demande d'asile et ont l'interdiction de s'installer dans un autre pays avant que leur demande ne soit acceptée. Si la Roumanie n'est pas un pays aussi attractif que les pays de l'Europe de l'Ouest, elle peut être un trajet alternatif pour entrer sur le

Les migrants ne sont pas les bienvenus en Europe de l'Est. Hongrie, Pologne, République Tchèque et Slovaquie s'opposent fermement à une installation sur leurs territoires



Sur la frontière hongro-serbe

territoire de l'UE. « Les petits bateaux ne peuvent pas circuler facilement sur la mer Noire, a déclaré le président roumain Klaus Iohannis. Mais en cas de nouvelles tentatives nous sommes prêts à agir pour empêcher qu'une nouvelle route migratoire s'ouvre sur la mer Noire. »

Les migrants ne sont pas les bienvenus en Europe de l'Est. Les pays du groupe de Visegrad – Hongrie, Pologne, République Tchèque et Slovaquie – s'opposent fermement à une installation sur leurs territoires. Le 6 septembre, la Cour de Justice de l'UE a retoqué la totalité des arguments du groupe de Visegrad qui avaient montré leur hostilité à la politique migratoire de l'UE en votant contre ces quotas en septembre 2015. Le commissaire européen aux migrations, Dimitris

Avramopoulos, a immédiatement entériné cette décision. « La Cour de Justice de l'UE confirme que le mécanisme de relocalisation est valide, a-t-il déclaré. Il est temps de travailler dans l'unité et de mettre pleinement en œuvre la solidarité. » À quelques semaines de l'échéance du plan fixée fin septembre, les objectifs concernant les quotas de « relocalisation » sont loin d'avoir été atteints. Moins de 28 000 personnes ont été transférées depuis la Grèce et l'Italie en Europe de l'Est sur un objectif initial de 160 000.

Le discours sur l'avenir de l'Europe du président de la Commission européenne Jean-Claude Juncker tenu le 13 septembre est tombé à pic dans ce clash entre l'Est et l'Ouest de l'Union européenne au sujet des migrations. « L'Europe est et restera le continent de la solidarité où doivent pouvoir se réfugier ceux qui sont poursuivis pour des raisons inacceptables, a-t-il affirmé lors de la séance plénière de la Commission. Nous avons des frontières communes, mais les États qui sont en première ligne du fait de leur situation géographique ne doivent pas être les seuls responsables de leur protection. Frontières communes et protection commune doivent aller de pair. Si nous voulons renforcer la protection de nos frontières extérieures nous allons immédiatement ouvrir l'espace Schengen à la Bulgarie et à la Roumanie. Nous allons également travailler à l'ouverture de voies de migration légales. La migration irrégulière ne s'arrêtera que lorsque les migrants auront d'autres choix que d'entreprendre un voyage périlleux. L'Europe s'étend de Vigo en Espagne à Varna en Bulgarie. De l'est à l'ouest l'Europe doit respirer avec ses deux poumons. Sinon notre continent risque l'asphyxie. »

En septembre 2015, la Commission européenne avait proposé à la Roumanie d'accepter un quota de 4 180 migrants. Un chiffre important pour un pays qui ne dispose que de six centres de réfugiés de 1 500 places chacun. Dans un premier temps, Bucarest avait accepté de recevoir 1 700 migrants sur le territoire roumain, mais en août dernier, les autorités roumaines ont revu ce chiffre à la hausse. « Nous avons déjà accueilli 700 réfugiés et nous sommes prêts à prendre en charge 1 942 réfugiés de plus », a confirmé le ministre des Affaires étrangères, Teodor Melescanu. Entre-temps la pression migratoire sur la mer Noire n'a cessé d'augmenter. « La mer Noire est plus difficile à traverser avec des petits bateaux que la Méditerranée, a déclaré Krystzof Borowski, représentant de Frontex, la police européenne des frontières. Il est possible que les trafiquants testent une nouvelle route sur la mer Noire. Nous surveillons de près cette situation. » Les migrants aussi.

Türkei verfolgt weiter Journalisten

Jeder gegen jeden und alle im Gefängnis

Cem Sey, Berlin

„Entweder gibt ihr zu, dass ihr keine Beweise habt, oder sie werden ihre Eigenschaft, ein Richter zu sein, verbüßen“, klagte der 67-jähriger Journalist Ahmet Altan am Montag über einen türkischen Richter während des Prozesses gegen ihn und weitere 16 Medienmachern. Wenn nur einer der Vorwürfe bewiesen werden kann, würde er auf eine Verteidigung verzichten und auch kein Einspruch einlegen, fügte er hinzu. Altan ist einer der bekanntesten Journalisten der Türkei und sitzt seit über einem Jahr in Isolationshaft.

Die Vorwürfe gegen ihn sind hanebüchen. Er soll einen Staatsstreich organisiert und einer Terrororganisation geholfen haben, ohne Mitglied zu sein. Gemeint ist Fetö (abgeleitet von Fethullah Gülen, *d. Red.*) – für deren Existenz es bisher keine nachhaltigen Beweise gibt, die das Regime in der Türkei aber täglich für alles Schlechte im Land verantwortlich macht. Ahmet Altan war der Chefredakteur der inzwischen verbotenen Tageszeitung *Taraf. Taraf*

hatte vor einigen Jahren Dokumente veröffentlicht, die Putschpläne der Militärs gegen die Regierung offenbarten. Durch Altans Arbeit landeten damals Putschverdächtige im Gefängnis. Damals freute sich Erdogan über die mutige Berichterstattung. Doch nachdem die Zeitung kurz darauf ihn und seine Regierung kritisierte, verbündete er sich mit den angeklagten Militärs, und nach dem gescheiterten Putschversuch landete diesmal Altan im Gefängnis.

Solche schnell wechselnde Bündnisse in der Türkei machen es zunehmend schwierig, die Lage der Journalisten im Land zu begreifen und zu verbessern. Laut Journalistengewerkschaft der Türkei (TGS) sind zur Zeit 161 Journalisten in Haft, das sind mehr als in China oder Russland. Die meisten warten seit Monaten darauf, dass ihnen überhaupt gesagt wird, wessen sie beschuldigt werden. Auch Journalisten, die für ausländische Medien arbeiten, befinden sich auf dieser Liste, wie Deniz Yücel, Korrespondent der deutschen Tageszeitung *Die Welt*.

Ein Großteil der Inhaftierten ist in den Medien der Gülen-Bewegung tätig gewesen, die Erdogan und die Vertreter des Regimes konsequent Fetö nennen. Unter dieser Gruppe der Medienmitarbeiter befinden sich nicht nur schreibende Journalisten, sondern auch diejenige, die beispielsweise für das Layout zuständig waren.

Eine ähnlich große Gruppe bilden die kurdischen Journalisten. Sie waren schon vor dem Putschversuch immer wieder von willkürlichen Festnahmen betroffen. Nach dem 15. Juli gingen türkische Behörden noch härter gegen sie vor. Ihre Zeitungen, Nachrichtenagenturen und Fernsehsender wurden verboten. Nicht nur sie selber, sondern auch diejenige wurden eingesperrt, die gegen ihre Verhaftung protestierten.

Damit ist die lange Liste der inhaftierten Journalisten aber nicht zu Ende. Denn die islamistische Regierungspartei, AKP, und der Staatspräsident Recep

Tayyip Erdogan nutzten das Chaos und den Schreck des Putschversuchs und gingen auch gegen Laizisten und linksliberale Intellektuelle vor. Die laizistischen Zeitungen *Cumhuriyet* und *Sözcü*, die erste hauptsächlich kemalistisch und *Sözcü* eher staatstragend, wurden hart angepackt. Vor allem die Verhaftung führender Mitarbeiter von *Cumhuriyet* im vergangenen November löste im In- und Ausland heftige Kritik aus. Doch am schlimmsten getroffen wurden die linksliberalen Kommentatoren. Sie haben keine breite politische Unterstützung in der Bevölkerung und sind damit die Zielscheibe von fast allen anderen Gruppen. Untereinander sind sich die verschiedenen Gruppen und die jeweiligen inhaftierten Journalisten nämlich überhaupt nicht grün. Laizistische Autoren sind in der Regel gegen Journalisten, die für die Gülen-Bewegung arbeiteten, weil sie Islamisten sind. Diese sind gegen die Kurden und Kurden wiederum gegen Laizisten, weil sie gleichzeitig streng türkisch-nationalistisch sind.

Dass das Regime die Verhaftungswelle häufig ohne eine offizielle Klage durchziehen kann, liegt auch ein bisschen an der mangelnden Solidarität der Betroffenen untereinander. Oft beschuldigen sie sich gegenseitig – das nutzen die Handlanger Erdogans im Justizapparat aus. Lange Haftzeiten sind offensichtlich als Strafe gedacht, weil Gerichtsprozesse, würden sie nach rechtsstaatlichen Regeln geführt, keine Chance auf Erfolg haben. Viele der Vorwürfe gegen die Journalisten sind lächerlich und haltlos.

Ein Journalist von *Cumhuriyet* beispielsweise wird beschuldigt, Fetö-Mitglied zu sein, weil der Bruder eines Bäckers, bei dem er einmal eine türkische Pizza bestellt habe, auf seinem Mobiltelefon die App ByLock installiert habe, die, so behauptet die Regierung, nur Mitglieder von Fetö benutzen würden. Der Krieg des Regimes gegen Journalisten ist für Erdogan noch aus einem weiteren Grund von Vorteil: Nach dem willkürlichen Wegsperrern der Kritiker hat er seine eigene Leute in fast allen Medien unterbringen können. Die meisten türkischen Zeitungen und Fernsehsender sind heute Sprachrohre Erdogans.

Nach dem willkürlichen Wegsperrern seiner Kritiker konnte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seine eigenen Leute in den Medien unterbringen

Das Gros der Mitarbeiter in diesen Medien sind bisher unbekannte Menschen, die auch nicht wie Journalisten agieren, sondern eher wie mediale Attentäter des Regimes. Sie werfen mit Drecks auf sich – vor allem gegen Berufsjournalisten, die professionelle Kriterien einhalten. Oft werden ihnen Vorwürfe gegen inhaftierte Journalisten früher zugespielt, als deren Anwälte davon erfahren. Es gibt Scharfmacher, die gegen Oppositionelle hetzen und damit drohen, sie würden die Sicherheitskräfte auf sie loslassen. Das Schlimme ist: Das passiert dann auch tatsächlich.

Diese Willkür des Regimes gegen die Medien trägt allerdings zur außenpolitischen Isolation der Türkei bei. Das wiederum wirkt sich allmählich negativ auf die Wirtschaft aus. Inflation, Arbeitslosigkeit und Staatsschulden schnellen in die Höhe. Inzwischen beunruhigt das die Bevölkerung und sogar manche in der regierenden AKP. Ob die Angst, das Land könne gegen die Wand fahren, die Bürger dazu bringt, dem Regime die Rote Karte zu zeigen, ist allerdings fraglich. So lange dies nicht passiert, werden die Journalisten im Land weitere Willkür über sich ergehen lassen müssen.



Plus de recul

Découvrez le Lëtzeburger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

.....

14

ticker

.....

Zu Arel op der Knippchen, sin d’Milliardäre frou



Dass „Enthüllungsjournalismus“ manchmal ein aufgeblasenes Konzept ist, beziehungsweise, dass er manchmal am Ziel vorbeischießt, dafür ist die letzte Episode im „Kazakhgate“ ein anschauliches Beispiel. Anfang der Woche „enthüllten“ die belgische Zeitung *Le Soir* und die französische Webseite *Médiapart* zusammen, dass die Geschäftsmänner Patokh Chodiev, Alexander Machkevitch und Alijan Ibragimov erstens Niederlassungen nahe der Luxemburger Grenze in Arlon und zweitens ein riesiges Konglomerat an Firmen in Luxemburg mit über 13 Milliarden Euro Aktiva aufgebaut hätten. Wobei die (suspekte) Ansiedlung der Firmen in Luxemburg, die Ansiedlung der Familien der Milliardäre aus Zentralasien im beschaulichen Grenzort erkläre. Prompt wiederholten andere Medien in den Nachbarländern, aber auch in Luxemburg die Nachricht von den kasachischen Milliarden in Luxemburg und dass der Skandal nur hier angekommen sei. Darunter auch *Paperjam*, die komplett vergaßen, dass sie über die Firmenniederlassungen des „Trios“ im Großherzogtum bereits selbst in der Vergangenheit ausführlich berichtet haben. Denn die Geschäftspräsenz hierzulande des Trios, dessen Mitglieder gar nicht aus dem Kasachstan stammen, ist wahrlich kein Geheimnis. Unter www.eurasianresources.lu stellt die Holding sich und ihre Aktivitäten – dem Abbau von Rohstoffen in Kasachstan und anderen Ländern – selbst vor. Dort steht beispielsweise auch nachzulesen, dass Bakhyt Sultanov und Beibut Atamkulov, Finanz-, beziehungsweise Verteidigungs- und Luftfahrtminister der Republik Kasachstan dem Verwaltungsrat angehören, was sich durch die Beteiligung des Komitees für Staatseigentum und Privatisierung des kasachischen Finanzministeriums im Kapital der Gesellschaft erklärt, wie sich ohne große Umstände im Firmenregister nachlesen lässt.

In den vergangenen zehn Jahren standen Machkevitch, Ibragimov und Chodiev immer wieder im Zentrum von Ermittlungen. Erstens, um zu untersuchen, ob Ibragimov und Chodiev, beide in Usbekistan geboren, für den Erwerb der belgischen Nationalität, Beamte und Politiker bestochen haben. Zweitens, um zu untersuchen, ob sie die Erlöse aus Immobiliengeschäften in Kasachstan in Belgien gewaschen haben. Drittens, um zu klären, ob Frankreich unter Staatspräsident Nicolas Sarkozy versucht hat, Einfluss auf den Ausgang dieser Ermittlungen und das Los der Geschäftsmänner zu nehmen, um den Streitkräften der Republik Kasachstan französische Helikopter zu verkaufen. Viertens, um die Umstände zu untersuchen, unter denen die drei Geschäftsleute von der 2011 in Windeseile vom belgischen Parlament gestimmten Ausweitung der „transaction pénale“ auf Finanzdelikte profitierten, um sich mit den belgischen Justizbehörden auf einen Vergleich zu einigen und damit einen Strafprozess vermeiden zu können.



Seit Dezember 2016 setzt sich in Brüssel eine parlamentarische Untersuchungskommission mit diesen Fragen auseinander. Im Gesetzentwurf zur Einrichtung der Kommission heißt es: „La loi entra en vigueur le 16 mai 2011, ce qui permet à M. Patokh Chodiev d’être le premier bénéficiaire de la nouvelle loi. En juin 2011, il a en effet pu transiger avec le parquet de Bruxelles l’abandon des poursuites à son encontre moyennant le paiement d’une somme de 23 millions d’euros. Quelques jours après cette transaction, le président kazakh signait les contrats de vente de 45 hélicoptères par EADS.“

Während also in Belgien eine parlamentarische Untersuchungskommission herauszufinden versucht, wie sich französische und belgische Politiker um das Wohlergehen des Trios verdient gemacht haben (auch in Frankreich gibt es Ermittlungen), Sarkozy und seine Mitarbeiter, indem sie Druck auf Belgien gemacht haben, damit EADS Hubschrauber verkaufen kann, belgische Politiker, die beim Erwerb der belgischen Staatsbürgerschaft nachgeholfen haben sollen, belgische Politiker, die in Eile ein Gesetz gestimmt haben, das es Chodiev und seinen Geschäftspartnern erlaubt haben soll, sich strafrechtlich freizukaufen, nimmt die Luxemburger Regierung, hochhoffiziell Geld von Chodiev und seinen Partnern entgegen und verschickt dazu sogar Pressemitteilungen.

ERG war *Diamond Partner* des Luxemburger Pavillons bei der diese Woche zu Ende gegangenen Weltausstellung in Astana gewesen. Auf der Facebook-Seite *Luxembourg at Astana Expo-2017* heißt es dazu in einem Post von Dienstag: „Firstly, we would like to say ‚Thank you!‘ to our Diamond Sponsor - Eurasian Resources Group! Thank you for your help, availability, assistance and chance to be a part of this beautiful adventure! Without you, it could not happen.“ Auf der gleichen Seite gibt es Bilder von Staatsminister Xavier Bettel (DP, oben Foto: Facebook) zu sehen, der im Pavillon relaxt und die von ERG-Mitarbeitern (Mitte), die den Luxemburger Stand besuchen. In der Broschüre, die das Wirtschaftsministerium im vergangenen Juni verschickte – da arbeitete die Untersuchungskommission schon –, um den Pavillon vorzustellen, wurde ERG bereits als *Diamond Partner* vorgestellt. Wie viel die Milliardäre aus Arlon gespendet haben, damit „it could happen“ für Luxemburg in Astana, ging daraus nicht hervor. ms



Flüge ab oder nach Luxemburg hat die Billigegesellschaft Ryanair gestrichen. Am Mittwoch waren der Flug nach Mailand, am Donnerstag die Flüge nach London und nach Lissabon gestrichen, alle jeweils hin und zurück. Am 1., 8., 15. und am 22. Oktober fällt außerdem die Verbindung nach Porto und zurück aus. Insgesamt streicht Ryanair angeblich aus Pilotenmangel bsi Ende Oktober täglich bis zu 50 Flüge. Da auch Verbindungen ab und nach Hahn und Charleroi betroffen sind, sind wahrscheinlich mehr Gebietsanasssige betroffen, als die Zahl von 14 Flügen vermuten lässt. Ryanair bietet Umbuchungen oder Rückerstattungen an. Von Entschädigungen, wie man sie vielleicht erwarten könnte, wenn Flüge gestrichen werden, ohne dass Naturkatastrophen passiert oder Streiks den Betrieb verhindern, steht auf der Webseite erstmal nichts. Nur so viel: „Wir entschuldigen uns für die entstandenen Unannehmlichkeiten und werden versuchen, Ihre Erstattungs- bzw. Umbuchungswünsche zu Ihrer Zufriedenheit durchzuführen. Ryanair kommt der EU Regulation 261/2004 nach.“ ms

Shop till you drop

Vendredi dernier, le conseil de gouvernement a donné son feu vert à la création de « Luxembourg for Shopping ». Ce nouveau groupement d’intérêt économique sera chargé de « la mise en place et de la gestion d’une plateforme électronique nationale pour le commerce de détail ». Il s’agit d’accompagner les commerçants dépassés par le commerce électronique. Une alternative étatique à Amazon et à Alibaba ? Qu’en diraient Jeff Bezos et Jack Ma ? bt

Jack & Xav’



L’opération de charme vis-à-vis d’Alibaba et de son président Jack Ma – d’après *Forbes*, l’homme le plus riche de Chine – continue. En janvier, le Premier ministre, Xavier Bettel (DP), avait rencontré Jack Ma au Forum économique mondial à Davos. Cette semaine, nouvelle « entrevue bilatérale », cette fois-ci à New York. Les deux auraient discuté Europe, Brexit, « économie » et « finances mondiales », relate le communiqué officiel. Avant de se séparer, Bettel aurait invité Ma à passer pour une visite au Luxembourg. À rappeler qu’en juillet 2014, Xavier Bettel et son ministre des Finances, Pierre Gramegna (DP), avaient fièrement annoncé qu’Alipay, la plateforme de paiement en ligne du groupe Alibaba, « rejoindra d’autres grandes sociétés novatrices de paiement en ligne comme Paypal et Amazon Payments » au Luxembourg. Le seul hic : à ce jour, Alipay n’y a pas installé d’entité régulée. Pour montrer sa bonne volonté, le consulat luxembourgeois à Shanghai est revenu à la charge et accepte depuis cette année les « personal Sesame Credit reports » (attribués par Alipay) comme preuve des capacités financières lors d’une demande de visa Schengen. Le Grand-Duché donne ainsi une lettre de noblesse européenne au panop-

tique chinois et à son « Social credit system ». bt

Emploi

Par rapport à 2016, l’emploi salarié a connu une hausse de 3,4 pour cent au deuxième trimestre 2017. Il dépasse désormais le cap des 400 000 personnes. Les métiers qui connaissent la plus forte hausse en termes d’effectifs sont la comptabilité, le nettoyage et la programmation informatique, écrit le Statec cette semaine. Le nombre de travailleurs frontaliers (+4 pour cent) a évolué un peu plus vite que celui des résidents (+3 pour cent). bt

Abriss

Vorbei. Im Mai hatte Encevo-CEO Jean Lucius noch gesagt, man sei in Verhandlungen mit einem potenziellen Kandidaten zur Übernahme von Twinterg, dem Gaskraftheizwerk in Esch. Schon damals konnte auch er nicht erklären, wie eine andere Firma das Kraftwerk rentabel betreiben wolle, wenn es Engie, Encevo und Arcelor-Mittal nicht gelang. Und so scheint auch der letzte Kandidat zum gleichen Schluss gekommen zu sein. Denn wie *Wort* und *RTL* diese Woche berichteten, haben die Abrissarbeiten in Esch angefangen. Das Kraftwerk steht seit Jahren still. Den Eigentümern war es zwar gelungen, mit Twinterg für eine Wintersaison in die belgischen strategische Reserve aufgenommen zu werden, doch ein zweites Mal hatte das nicht geklappt. Das Geschäftsjahr 2016 schloss Twinterg zwar mit einem Gewinn ab, doch die Firma, die in freiwilliger Abwicklung ist, schiebt 66 Millionen Euro Verluste aus früheren Jahren vor sich her sowie 36 Millionen Euro Schulden. Für den Abriss und die Sanierung des Geländes waren 2,5 Millionen Euro zurückgestellt worden. Der Bilanz für das abgeschlossene Geschäftsjahr ist zu entnehmen, dass der Verwaltungsrat am 3. Juni 2016 beschloss, die gesamten Installationen abzuschreiben, die in den Büchern mit 189,2 Millionen Euro eingetragen waren. ms

Arcelor-Mittal verkündet das Ende von 40 Jahren Stahlkrise und damit am liebsten auch das Ende der Stahl-Tripartite

Ein ganz normales Unternehmen

Romain Hilgert

Nachrichten von historischer Bedeutung werden zuerst verkannt. Arbeitsminister Nico Schmit kündigte am Montag an: Die Stahlindustrie sei nun „ein ganzes normales Unternehmen“. „Ein Unternehmen wie all die anderen“, das der Regierung mitgeteilt habe, dass 40 Jahre nach dem ersten Tripartite-Abkommen „die Krise vorüber“ sei.

Dabei war die Stahlindustrie in der Luxemburger Geschichte nie ein ganz normales Unternehmen: Die ersten hundert Jahre war sie die dominierende Industrie des Landes, „ein Staat im Staat“ mit der höchsten Prokopfstahlproduktion der Welt, die sich auch Krankenhäuser, Erholungsheime und politische Parteien leistete. Und dann war sie seit den Siebzigerjahren etwas wie der Kranke Mann am Bosphorus, für den die ganze Nation zittern und Opfer bringen sollte und der wiederholt in melodramatischen Tripartite-Sitzungen gerettet werden musste.

Als Beweis führte der LSAP-Minister am Montag das kurz zuvor von ihm, Arcelor-Mittal-, OGBL- und LCGB-Vertretern unterzeichnete Abkommen der Stahl-Tripartite an. Eigentlich sollte es schon im September vergangenen Jahrs unterzeichnet werden, so OGBL-Sekretär Jean-Claude Bernardini. Denn das am 28. März 2012 unterschriebene Abkommen *Lux-2016* war bereits am 31. Dezember 2016 ausgelaufen. Aber die Unternehmensleitung und die Gewerkschaften stritten noch ein ganzes Jahr weiter darüber, ob die Stahlindustrie ein ganz normales Unternehmen sei.

Dabei geht es gar nicht um die Einschätzung, ob die Krise in einer Branche zu Ende ist, in der es ständig auf und ab geht wie im Schweinezyklus. Vielmehr klammern sich die Gewerkschaften an die Tripartite-Abkommen, um ein wenig die Stahlpolitik beeinflussen zu können, und sich dabei die Unterstützung des allerlei Sozialmaßnahmen bezuschussenden Staats zu sichern. Während die Unternehmensleitung wieder uneingeschränkt Herr im Haus werden und sich dafür nicht mehr schriftlich binden will.

Die Stahl-Tripartite ist die 40-jährige Geschichte des staatlich bezuschussten Personalabbaus ohne Entlassungen. Vor zehn Jahren arbeiteten noch 5 870 Leute in der Stahlindustrie, heute sind es ein Drittel weniger, 4 100. Damit hat Arcelor-Mittal das Ziel erreicht und plant keine weiteren Personalkürzungen, die nicht über die laufenden Einstellungen, Abgänge und Leiharbeiter geregelt werden könnten.

Aus diesem Grund wollte Arcelor-Mittal schon in der Stahl-Tripartite 2012 ein ganz normales Unternehmen werden. Aber man einigte sich dann noch einmal auf den *Plan d'avenir sidérurgique Lux-2016*. Die Gewerkschaften hatten es damals als einen Erfolg verbucht, dass es ihnen gelungen



Stahlarbeiter in Differdingen und Stahl-Tripartitler am Montag im Arbeitsministerium

Das letzte Abkommen ist nicht der erhoffte Zukunftsplan, sondern eine Übergangslösung, mit der die letzten Sozialmaßnahmen der Stahl-Tripartite abgewickelt werden

war, die Vorruhestandsregelung zu verlängern, für die Jahrgänge 1956 bis 1959, und die DAC-Nachfahrin *Cellule de reclassement* zu erhalten.

Das Unternehmen hatte versprochen, 78 Millionen in das für seine schweren Träger bekannte Differdinger Werk und 153 Millionen in das Spundbohlen herstellende Belvaler Werk zu investieren. In Belval wurde auch eine neue Richtmaschine am Ende der Walzstraße 2 in Betrieb genommen. Die Gewerkschaften wollten noch für den Erhalt des bereits stillgelegten Schifflinger Werks kämpfen, etwas hilflos mit einem Gutachten und danach einem vom LSAP-Wirtschafts-

minister bezahlten Audit. Vergangenes Jahr war dann ausgekämpft. Inzwischen hat Arcelor-Mittal selbst die Traditionsfirma Paul Wurth und den historischen Firmensitz am *Rousegärtchen* verkauft, um die gigantische Verschuldung abzutragen, mit der Lakshmi Mittal die feindliche Übernahme und seine Expansionspolitik finanzierte.

Folglich zeigen sich die Gewerkschaften diese Woche über die unverbindlichen Investitionszusagen von Arcelor-Mittal enttäuscht. Das Unternehmen schätzt, wie in den vergangenen Jahren, weiterhin etwa 30 Millionen Euro jährlich auszugeben. Aber das reicht eher für die Instandhaltung der in die Jahre gekommenen Werke, als dass es die von den Gewerkschaften erhofften Erweiterungsinvestitionen erlaube, die die Zukunft des Stahlstandorts garantierten.

Anfangs hatten die Gewerkschaften und die Regierung von einem Nachfolgeabkommen mit dem wohlklingenden Namen *Lux-2020* gesprochen. Aber anders als das vorige Abkommen, das eine Laufzeit von fünf Jahren hatte, ist das neue Abkommen nicht einmal für zwei Jahre gültig, vom 18. September 2017 bis zum 1. Juli 2019. Robert Forniéri, Gewerkschaftssekretär des LCGB, klagte am Montag, dass es den Gewerkschaften nicht gelungen war, eine längere Laufzeit durchzusetzen.

Doch das Abkommen ist nicht der erhoffte Zukunftsplan, sondern eine Übergangslösung, mit der die letzten Sozialmaßnahmen aus 40 Jahren Stahl-Tripartite abgewickelt werden. „Ein akuter Bruch nach *Lux-2016*“ wäre „nicht die sinnvollste Lösung gewesen“, gab sich Generaldirektor Roland Bastian am Montag versöhnlich. Das „*Phasing-out*-Abkommen“ stellt die Regierung oder zumindest die LSAP zufrieden, weil sie noch einmal als Hüterin der Tripartite-Tradition in der Stahlindustrie dasteht, zumindest bis zum Ende der Legislaturperiode.

Weil „wir verschiedene Kriseninstrumente nun nicht mehr brauchen“, so der Arbeitsminister, befasst sich das Abkommen vor allem mit der schrittweisen Abschaffung der *Cellule de reclassement* und der Vorruhestandsregelungen. Die Zelle zur beruflichen Wiedereingliederung nimmt seit dem 31. Dezember vergangenen Jahres keine Arbeiter mehr auf. Die restlichen derzeit rund 200 Arbeiter bleiben mit Zuschüssen aus dem Beschäftigungsfonds als Leiharbeiter angestellt, werden mit Hilfe des Arbeitsamts umgeschult oder in Invalidenrente und in den Vorruhestand geschickt.

Neben der *Cellule de reclassement* wollte Arcelor-Mittal auch die *Préretreite-solidarité* beenden. Nicht zuletzt auf Druck der Arbeiter, die sich Jahr für Jahr ausrechnen, wann sie an der Reihe sind, um frühpensioniert zu werden, konnten die Gewerkschaften einen Kompromiss herauschlagen: Nun dürfen auch die Jahrgänge 1960 und 1961 noch in den Vorruhestand treten, aber nicht mehr am 1. Januar nach Erreichen der Altersgrenze, sondern mit einer halbjährigen Verzögerung.



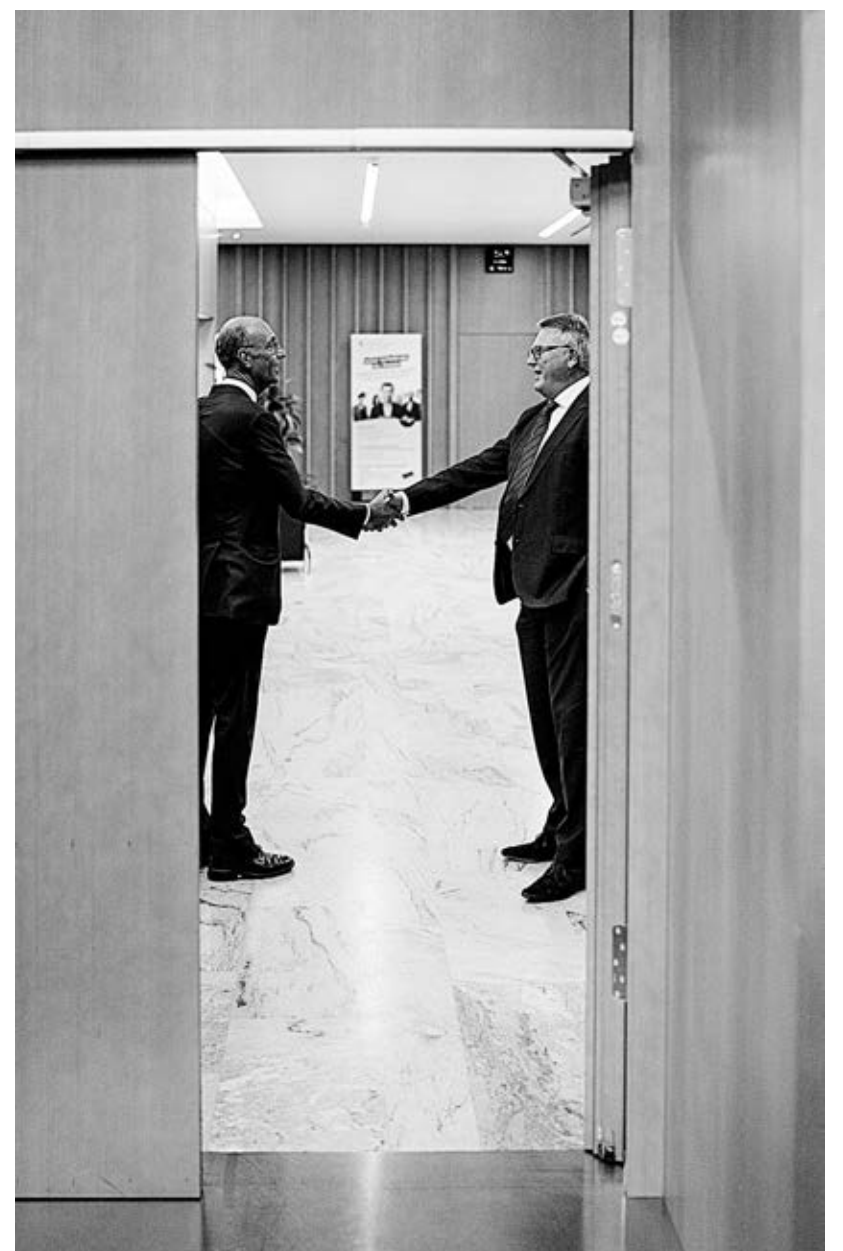
Diesen Kompromiss versuchte der Arcelor-Mittal Direktor damit zu erklären, dass es „eher ein Widersinn“ sei, Leute „früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden zu lassen“, nun, da das Unternehmen wieder einzustellen begonnen habe. Der Arbeitsminister meinte, das halbe Jahr sei notwendig, um dem Arbeitsamt die Suche nach Ersatzarbeitskräften zu erlauben.

Wobei das Unternehmen 70 Prozent der Vorruhestandskosten und die Soziallasten vom Beschäftigungsfonds erstattet bekommt. Das Arbeitsamt versucht, Arbeitsuchende bereitzustellen und gegebenenfalls auf Kosten des Beschäftigungsfonds umzuschulen, damit die Abgänge dem Gesetz entsprechend ersetzt werden.

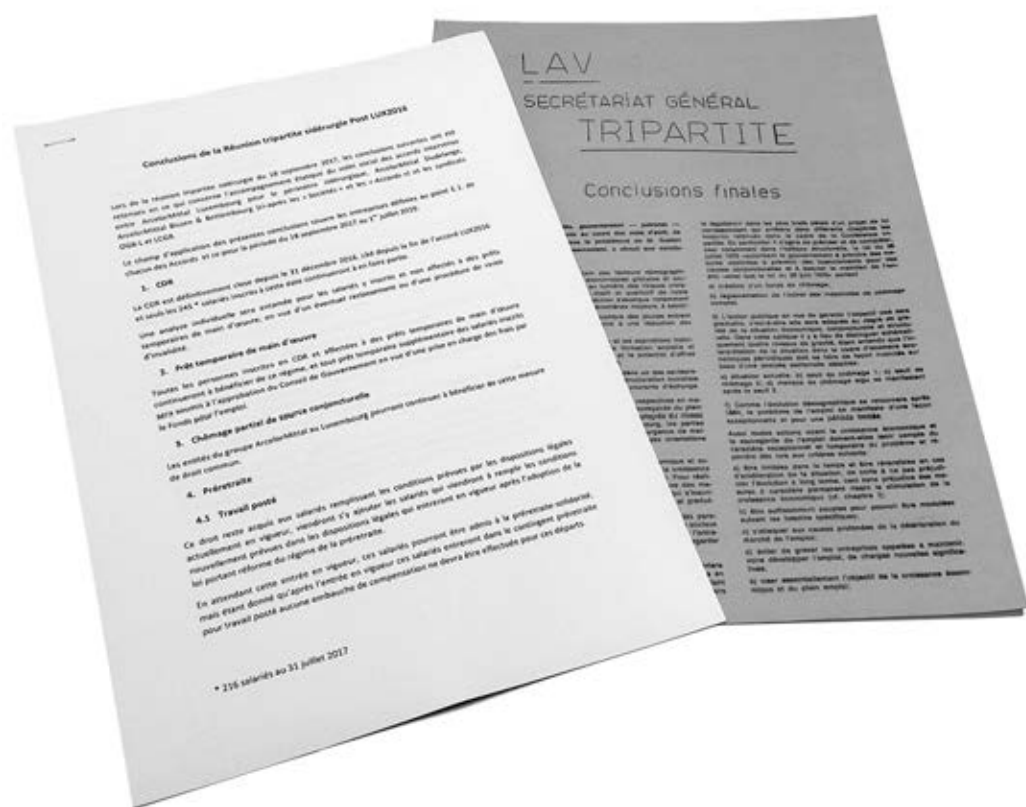
Danach, das heißt in zwei Jahren für die Jahrgänge 1962 und jünger, wird dann Schluss ein, wenn die Reform der *Préretarite*-Bedingungen in den kommenden Monaten Gesetz werden soll. Denn das *Zukunftspak* der liberalen Koalition hat als 191. Sparmaßnahme vorgesehen, die *Préretreite-solidarité* abzuschaffen. Der Arbeitsminister hatte schon vor zwei Jahren einen entsprechen-

den Gesetzentwurf eingebracht, mit dem nun Artikel 581-1 bis -9 aus dem Arbeitsgesetzbuch gestrichen werden soll. Dagegen soll die Vorruhestandsregelung für Schichtarbeiter auch in der Stahlindustrie weiter angewandt werden, aus Rücksicht auf die schweren Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter, wie Generaldirektor Roland Bastian betonte.

Dem in der Stahlindustrie dominierenden OGBL ging es am Montag darum, Verantwortungsbewusstsein zu zeigen und zu wissen, „wie man den Leuten im Betrieb erklärt“, was ausgehandelt wurde, so Jean-Claude Bernardini. Zum Beispiel dass die *Cellule de reclassement* geschlossen, aber dass niemand entlassen wird. Und wie schön es sei, dass Arcelor-Mittal 15 Lehrlinge einstellen will. Der LCGB, der die zweite Geige spielen muss, versuchte, den OGBL links zu überholen, und verlangt ein Tripartite-Abkommen als „Ersatzrad“ für alle Fälle. Aber ein ganz normaler Betrieb wie die Stahlindustrie darf bei Bedarf und ohne Angst vor Brüsseler Konkurrenzwächtern auch auf die ganz normalen Kriseninstrumente zurückgreifen, wie Kurzarbeit aus konjunkturellen Ursachen.



Nach der Tripartite: Michel Wurth (Arcelor-Mittal) und Nicolas Schmit (LSAP)



40 Jahre Tripartite-Abkommen, von 1977 und 2017

Plug & Play: Mini-Kraftwerke sind auf dem Weg ins legale Sonnenlicht

Strom vom Balkon



Mit einem gewöhnlichen Schuko-Stecker wird das Heimkraftwerk an eine Steckdose der Wohnung angeschlossen

Martin Ebner

„Auspacken, Aufstellen und Einstecken“, wirbt die Wiener Firma Oekostrom: „So einfach kann ein Kraftwerk sein.“ Die Mini-Photovoltaik-Anlage „Simon“ sei eine Lösung für Menschen, die selbst Strom produzieren wollen, aber statt einer großen Dachfläche nur einen Balkon oder eine Terrasse haben: „Mit einer Spitzenleistung von 150 Watt gewinnt Simon genug Strom, um ein Mittagessen für zwei Personen zu kochen.“ Oder um ein Jahr lang die Waschmaschine zu betreiben.

Mittlerweile gibt es in Europa rund zwei Dutzend Anbieter von Mini-Solaranlagen. Ein oder zwei kleine Solarmodule, in der Regel aus China oder Deutschland, werden dabei mit einem eingebauten Wechselrichter kombiniert, der den Gleichstrom des Panels umwandelt in Wechselstrom, wie er für Haushaltsgeräte gebraucht wird. Mit einem gewöhnlichen Schuko-Stecker wird das Heimkraftwerk an eine Steckdose der Wohnung angeschlossen – in der Folge muss weniger Strom gekauft werden, der Zähler dreht sich langsamer. Die meisten Modelle funktionieren nicht ohne Netzanschluss, nützen also nichts bei Stromausfall; es gibt aber auch Systeme mit Stromspeicher. Die einfachsten Stecker-Solar-Geräte sind ab 300 Euro zu haben; die meisten Sets kosten samt Haltern, Kabeln und Versand um die 600 Euro.

Kaufen und auspacken darf man Mini-Solaranlagen überall. Das Einstecken und Anschließen aber ist von Ort zu Ort höchst unterschiedlich geregelt. In Portugal etwa kann man ohne Anmeldung oder andere Umtriebe einstecken, was man will – sofern das CE-Zeichen darauf ist und die Spitzenleistung nicht 200 Wp überschreitet. Wer mehr Platz hat, wird sich wahrscheinlich ohnehin eine große Solar-Dachanlage zulegen, für die es eine Einspeisevergütung gibt.

In der Schweiz wollten die Behörden kleine Balkon-Kraftwerke zunächst kurzerhand verbieten. Dann fand das Starkstrom-Inspektorat ESTI aber, der Internet-Handel könne nicht verhindert werden. Um „Wildwuchs“ zu vermeiden, wurden deshalb vereinfachte Vorschriften für Plug-In-Solaranlagen erlassen: Bis zur Bagatellgrenze von 600 Wp müssen sich Schweizer Solarstrom-Produzenten lediglich einen Personenschutz-Stecker aus dem Baumarkt besorgen. Allerdings wird ihnen ausdrücklich nahegelegt, auf Sicherheit zu achten und nicht etwa mehrere Module und Steckerleisten zusammenzubasteln.

Die österreichische Regulierungsbehörde E-Control beauftragte das Freiburger Fraunhofer-Institut ISE mit einer Studie zu Kleinst-PV-Anlagen. Darin ist zu lesen, dass in den Niederlanden seit

In Deutschland wird die Zahl der Mini-Solaranlagen bereits auf 20 000 geschätzt. Da es dafür noch keine spezifischen Normen gibt, bewegt sich „Guerilla-Photovoltaik“ in einer rechtlichen Grauzone

1995 schätzungsweise 200 000 Heim-Solaranlagen mit Leistungen bis 500 Wp installiert worden seien – ohne dass man etwas von „sicherheitsrelevanten Zwischenfällen“ gehört habe. Bei einer vergleichbaren Marktdurchdringung in Österreich könnten Balkon-Kraftwerke 0,2 bis 3 Prozent der Elektrizität liefern, was die etablierten Strom-Konzerne vielleicht 4 Millionen Euro ihres Umsatzes von derzeit 2,4 Milliarden Euro kosten würde. Darauf führte im vergangenen Jahr auch Österreich eine Bagatellgrenze von 600 Wp ein: Ein Haushalt darf nun bis zu vier „Simons“ anschließen. Die Netzbetreiber, die informiert werden müssen, können den Einbau von Stromzählern mit Rücklaufhemmung verlangen.

Die Frage, ob und unter welchen Bedingungen PV-Kleinanlagen für den Eigenbedarf auch in Luxemburg betrieben werden können, wollen Enovos, Creos und Luxemburg Energy Office bislang nicht beantworten. Hoffen sie vielleicht, von Gadgets für Strom-Prosumer verschont zu bleiben? Grundsätzlich dürfen aber elektrische Geräte mit der Zulassung eines EU-Staates in ganz Europa verkauft werden, also zum Beispiel „Simon“ aus Österreich oder das holländische „Plug-In-Zonnepaneel Zo Simpel“. Für Anschluss und Inbetriebnahme sind jedoch örtliche Vorschriften zu beachten, etwa Meldepflichten oder Vorgaben zu bestimmten Steckern und Leitungsquerschnitten.

In Deutschland wird die Zahl der Mini-Solaranlagen bereits auf 20 000 geschätzt. Da es dafür noch keine spezifischen Normen gibt, bewegt sich „Guerilla-Photovoltaik“ in einer rechtlichen Grauzone, und Versicherungen können die Übernahme von Schäden verweigern.

Deutsche Netzbetreiber verschrecken Mini-PV-Interessenten mit einschüchternden Briefen. Sie verweisen auf alte Vorschriften für große Dach-Solaranlagen, die allerdings nicht bloß ein paar hundert Watt, sondern mehrere Kilowattstunden Spitzenleistung bringen sollen: separater Stromkreis, besonders gesicherte Industrie-Stecker, Installation nur durch anerkannte Fachleute. Die Verbände VDE und BDEW warnten im Jahr 2013 vor „erheblichen gesundheitlichen und technischen Risiken“ von Plug-In-Anlagen: Es drohten Stromschläge, Überlastung der Leitungen und Brände. Die Zeitung *Welt* barmte gar: „Das eigene Mini-Solkraftwerk kann tödlich sein.“ Das kann ein Staubsauger allerdings auch.

Wegen möglicher Gefahren untersagte die RWE-Tochter Westnetz, der größte deutsche Verteilernetz-Betreiber, einer Kundin den Anschluss eines „Simon“. Darauf unterstützte Greenpeace-Energy ein Missbrauchsverfahren vor der Bundesnetzagentur, in dem die Kundin Recht erhielt und ihr Modul anschließend in Betrieb nehmen konnte. Die von der gleichnamigen Umweltorganisation gegründete Ökoenergie-Genossenschaft hatte vor zwei Jahren das Crowdfunding für die Serienproduktion von „Simon“ begleitet und promotet jetzt den Verkauf.

„Wir sind sicher, dass Simon in einem ordnungsgemäßen Hausnetz rundum sicher ist“, sagt Michael Friedrich, der Pressesprecher von Greenpeace Energy: „Damit bekommen Millionen Mieter endlich die Chance, selbst sauberen Strom zu erzeugen. Selbst energetisch optimierte Haushalte können ihren Strombezug so noch um bis zu fünf Prozent senken.“ Bei massenhafter Verbreitung könnten Balkon-Solaranlagen einen sinnvollen und spürbaren Beitrag zur dezentralen Energiewende leisten. Mit elektrischen Einrichtungen auf dem technischen Stand von zumindest Mitte der 1960er-Jahre drohe keine Gefahr: „Problematisch wären höchstens unsanierte Altbauten mit textillummantelten Kabeln – die es aber nicht mehr geben sollte.“ Greenpeace-Energy hat „Simon“ auch auf dem eigenen Bürodach in Betrieb, ohne Zustimmung von Stromnetz Hamburg – weshalb Ökostromer und Netzbetreiber dazu gerade ein Verfahren vor dem Landgericht Hamburg führen.

Chronique Internet

Vous êtes suivi à la trace

Jean Lasar

La généralisation des *hotspots* dans les lieux publics rend heureux les citoyens assoiffés de connectivité. Mais elle réveille aussi les Big Brothers en herbe. Il existe un risque réel de nous retrouver englués dans des écheveaux de réseaux sans fil traquant sans relâche chacun de nos pas.

Quand le *tracking* par Wifi réveille les Big Brothers en herbe

Frederik Borgesius, expert du droit européen de la protection des données personnelles, a remarqué il y a peu que des avertissements ont commencé à faire leur apparition dans l'aéroport d'Amsterdam, Schiphol. Sur des panneaux, on peut y lire : « Tracking WiFi et Bluetooth – Ce terminal utilise un système de *tracking* basé sur WiFi et Bluetooth. La protection de votre vie privée est garantie. Pour plus d'information, veuillez trouver notre déclaration en matière de protection des données privées sur [schiphol.nl](#) ». Déclaration qui précise : « Pour faire en sorte que votre parcours à Schiphol soit le plus agréable possible, nous mesurons le nombre de passagers pour nous permettre de vous donner des informations sur les horaires de pointe et les durées d'attente. Nous travaillons pour cela dans le terminal avec un système de *tracking* s'appuyant sur WiFi et Bluetooth. Vous avez bien entendu toujours la possibilité d'éteindre votre WiFi et votre Bluetooth. Schiphol utilise des capteurs pour tracer les signaux Bluetooth et WiFi. Un appareil (téléphone mobile, laptop, etc.) peut être identifié par son 'adresse MAC' unique. Cette adresse MAC n'est pas liée à des données individuelles privées et les informations personnelles ne sont pas compromises. »

Frederik Borgesius a alors demandé à ses followers sur Twitter s'ils avaient repéré des panneaux similaires. L'un d'eux a tweeté la photo d'une notice affichée dans le magasin Ikea de Delft : « Nous procédons à l'essai d'une nouvelle technologie WiFi pour nous aider à comprendre le parcours de nos clients à travers le magasin Ikea. Si vous ne souhaitez pas participer, veuillez désactiver la fonctionnalité WiFi sur votre téléphone portable ou sur tout autre appareil doté de WiFi ».

Alors que l'internaute qui se connecte sur un hotspot est la plupart du temps amené à souscrire à des conditions d'utilisation, dans lesquelles les sauvegardes relatives aux données personnelles peuvent être énoncées, ici le visiteur ou le client doit prendre une initiative (débrancher les fonctionnalités de connectivité sur son appareil) s'il ne veut pas être suivi à la trace.

Schiphol ou Ikea peuvent faire valoir que c'est dans l'intérêt du consommateur, en vue d'un meilleur service, qu'ils mettent en place ce *tracking*. Mais il leur est difficile d'obtenir un consentement explicite de la part de l'intéressé, et même si les adresses MAC ne comportent en elles-mêmes aucun élément d'identification, il ne serait pas trop difficile, dans l'absolu, de croiser des fichiers d'adresses MAC avec d'autres fichiers comportant des données beaucoup plus spécifiques.

Où en sont les efforts législatifs européens en la matière ? Le projet de directive ePrivacy soumis au Conseil des ministres, daté du 8 septembre 2017, prévoit pour ces cas de figure que le *tracking* est interdit sauf si 1/ « l'utilisateur final a donné son consentement » ou que 2/ un tel *tracking* « est requis en vue d'un comptage statistique limité dans le temps et l'espace dans la mesure où il est nécessaire à cette fin et que les données soient anonymisées ou effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires à cette fin ». Le paragraphe suivant dispose qu'une « notice claire et visible » devra être affichée informant au moins des modalités de la collecte d'informations, de son but, de la personne responsable et toute mesure que l'utilisateur final peut prendre pour stopper ou minimiser la collection.

Frederik Borgesius estime que ce projet constitue « une bonne approche » aux problématiques de *tracking* WiFi et Bluetooth. Espérons-le. Mais de là à ce que les efforts d'affichage de ceux qui déploient de tels systèmes s'avèrent à la hauteur de l'enjeu...

Westnetz musste gegenüber der deutschen Bundesnetzagentur einräumen, dass Mini-Solaranlagen keine störenden Rückwirkungen auf das Versorgungsnetz haben – und dass die Netzbetreiber für das Hausnetz jenseits des Stromzählers gar nicht zuständig sind. Im März 2017 schrieb Westnetz einem Kunden in Trier, der Anschluss eines „Simons“ sei grundsätzlich möglich, bis 300 Wp verzichte man sogar auf die Installation eines Stromzählers mit Rücklaufsperrung. Die norddeutsche Firma GP-Joule, die eigene Do-It-Yourself-Solaranlagen vertreibt, jubelte: „Jetzt endlich legal!“

Noch sind aber nicht alle Hürden genommen. In einem Arbeitskreis der Deutschen Kommission Elektrotechnik ringen derzeit Komponentenhersteller, Netzbetreiber, Versicherungen, Elektrohandwerk, Lobbyisten und Wissenschaftler um die Anforderungen für „eigenständige Niederspannungsstromerzeugungseinrichtungen“. Seit Mai wurden über 300 Eingaben bearbeitet. Nach einem Schlichtungsverfahren soll nun im September die Vornorm zu „DIN VDE 0100-551“ veröffentlicht werden, die voraussichtlich auch

entsprechende EU-Normen stark beeinflussen wird. Davon hängt ab, ob steckerfertige Solarmodule den „allgemein anerkannten Regeln der Technik“ entsprechen oder in einer Schmutzecke für heimwerkende Strom-Piraten bleiben.

Sobald es eine VDE-Norm für Mini-Solaranlagen gibt, werden Stromkonzerne und Netzbetreiber wohl in ganz Europa keinen technischen Vorwand mehr finden, Heimkraftwerke zu verhindern. Als letzte Abwehr bleiben dann nur noch Hausverwaltungen und die lieben Nachbarn. Eingespielte Neid- und Hassgemeinschaften, die sich in Wohnblöcken traditionell zu Themen der Fassadengestaltung zusammenfinden, etwa Satellitenschüsseln, Blumenkästen oder Markisen, bekommen bald ein neues Anliegen: „Die Schmits haben Solarzellen am Balkon – was sagt die Hausordnung dazu?“

Studien und andere Informationen zu Stecker-Solar-Geräten bietet ein Internetportal der Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie: [www.pvplug.de](#)

Die kleine Zeitzeugin

Im deutschen Herbst



Angela Merkel am 5. September auf einer Wahlkampfveranstaltung in Heidelberg

Michèle Thoma

Ein gewisser Herr Martin ist mit seinem roten Vertreterkoffer unterwegs, landauf, landab. Er wird nicht müde, Sprüche zu klopfen, obschon er davon schon sehr müde ist und sehr tiefe Augenjahresringe hat. Wo sind all die feuerroten Herzen, die ihm gerade eben erst zuflogen, scharenweise liefen ihm die Menschen zu, bekehrten sich zu ihm und seiner Gerechtigkeitslehre. Junge Mädchen hatten Herzen in den Augen, wenn sie von ihm redeten, plötzlich war ihr Leben ganz anders, jetzt wo er hinein getreten war und sie seine feurigen Reden gehört hatten, mit einer gehörigen, leckeren Portion Schmalz. Sie trugen Abzeichen, mit denen sie sich zu ihm bekannten, und schlossen sich ihm an und missionierten für ihn. Wo ist all das geblieben?

Alles entschwindet so schnell, Karl-Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Buhl-Freiherr von und zu Guttenberg ist weg vom Fenster, von dem aus man eine Aussicht hat und die besten Aussichten. Er taucht ein bisschen unter, zwar nicht in Hauptbahnhofskreisen, dann ist er wieder da, alle freuen sich über den verlorenen Sohn, der jetzt einen Bart mit silbernen Fäden hat. Und Ehrfurcht gebietende Furchen. Er ist jetzt vom Leben gezeichnet, etwas Weises, beinahe Humanes geht von ihm aus, denn er hat was durchgemacht. Die Menschen kommen und gehen und sind wieder da, oder nicht, wegen einem Rotwein von mehr als vier Euro nimmt Herr Peer seinen Hut und ward nimmer gesehen, so schnell kann es gehen.

Ein gewisser Herr Martin, früher Lokführer auf dem Schulz-Zug, tourt durch Vorstädte und Hinterhöfe, feuerroteifrig, unermüdlich. Dort wo all die kleinen, dicken Männer und Frauen zuhause sind und wo auch der Mann und die Frau von der Straße gern mal reinschauen. Er spurt und tourt, wie einst Rex Gildo durch Einkaufszentren tourte, die immer kleiner und schäbiger wurden, bevor er durch ein Toilettenfenster sprang. Keiner will mehr Schulz-Schmalz aus seinem roten Koffer, die Menschen schauen abwesend, wenn er ihnen sein Produkt vorstellt. Selbst wenn er sich ganz damit einreibt, er gibt nämlich alles.

Bei einem behaglichen Kaminfeuer sitzen Herr_Innenreiter_in Alice und Alexander beisammen. Sie blättern in alten Ur-Kunden, manchmal scherzen sie ein bisschen, über das betondumme Volk, Alice kichert. Alexander muss den Kopf schütteln, er stopft bedächtig die Pfeife, der Hund, der sein Haupt auf dem Pantoffel des Herrn des Gau-Lands deponiert hat, seufzt abgrundtief zufrieden. Es ist so ein trautes, väterlich-töchterliches Beisammensein auf dem Stammsitz des Gestüts. Gut, dass Björn nicht da ist, trotz seiner wertvollen historischen Gesprächsbeiträge. Seine flackernden Psycho-Geisterbahnaugen passen nicht so recht ins Ambiente mit den schweren altdeutschen Möbeln.

Bravo-Poster-Boy Christian sitzt auf der Bettkante in einem sehr gut sitzenden Boxershirt. Er reibt sich die Augenringe, die noch das „extra mit Scharf“ bei ihm ausmachen, das ein bisschen übernachtigte. Er streicht sich über das raue, sogar ein bisschen graue Kinn. Er liegt Top in den Charts, seine One-Man-Band ist voll ausgebuht.

In einem Schloss im Saarland sitzt die schönste Königin und bestangezogene Frau der Welt und knabbert an Oskars Ohrklappen. Viel mehr wissen wir nicht, das Schloss ist bestens abgeschildert vor Paparazzi, das Paar führt sein Privatleben sehr privat. Alles Private ist politisch, über solche Kommune 2-Sprüche würden Oskar und Sahra vermutlich herzlichst beziehungsweise spitz lachen.

Cem? Ja, Cem, der gute Cem. Cem hat Augenzucken, während er in Schwäbisch böse Flüchtlinge abschiebt.

In einem Reihenhäuschen sitzen Mann und Weib vor dem Sauereintopf, Spezialität des Hauses. Der Mann hat gekocht, nichts Besonderes, dann kocht wieder die Frau, meist auch nichts Besonderes. Kartoffeln, so Zeug. Für morgen hat sie sich schon das Jäckchen zurecht gelegt, auch nichts Besonderes. Morgen wird sie wieder zur Bundeskanzlerin gewählt.

Ebenfalls nichts besonders Besonderes.

Vom Vertreter Martin, Alexander von der Psychogeisterbahn, dem guten Cem, Sarah im Schloss, Christian auf der Bettkante und der Kanzlerin bei Tisch

Zu Gast

Méi sozial Gerechtegkeet

Soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft stellt sich nicht von selbst ein. Soziale Rechte am Arbeitsplatz, im Krankheitsfall, im Alter, bei Pflegebedürftigkeit oder beim Verlust der Arbeit sind keine Selbstverständlichkeit, sie müssen stets aufs Neue errungen werden. Gewerkschaften haben diese sozialen Rechte erkämpft und achten darauf, dass sie erhalten bleiben. Sie können dabei auf die Unterstützung von Parteien zählen, die, wie die CSV, feste soziale Grundüberzeugungen haben.

Gewerkschaften (wie auch Parteien) mögen belächelt und als „aus der Zeit gefallen“ bezeichnet werden. Doch mehr denn je werden starke Gewerkschaften benötigt, die sich mit Kompetenz, Beharrungsvermögen und Verantwortungsbewusstsein für die berechtigten Anliegen der Arbeitnehmer einsetzen.

In der modernen Arbeitswelt nimmt die Rolle der Gewerkschaften nicht ab, sondern, im Gegenteil, sie nimmt zu. Sie muss zunehmen, wenn wir den umfassenden Wandel, den die Digitalisierung in der Industrie, den Dienstleistungen und den Verwaltungen bedeutet, für sozialen Fortschritt und mehr soziale Gerechtigkeit nutzen wollen.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann den Arbeitsalltag erleichtern. Sie kann für mehr Kreativität und individuelle Autonomie sorgen. Die digitale Transformation kann aber ebenso in die entgegengesetzte Richtung führen und zunehmenden Stress und Arbeitsverdichtung für die Arbeitnehmer bedeuten. Schlimmstenfalls untergräbt sie das Arbeitsrecht dadurch, dass parallel zu den bekannten (und durch den *Code du travail* geregelten) Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen neue Modelle entstehen, ohne die bewährten und gewerkschaftlich er-

Marc Spautz ist Präsident der Christlich-sozialen Volkspartei

kämpfen Mindeststandards in Sachen Entlohnung, Sozialleistungen und Arbeitszeiten.

Deregulierung und Abbau von Sozial- und Arbeitsrechten auf Kosten der Beschäftigten dürfen nicht die Perspektive der Zukunft sein. Für Gewerkschaften und Parteien mit sozialen Grundüberzeugungen wird es daher eine zentrale Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass der digitale Fortschritt dem Menschen dient und nicht umgekehrt. Der Mensch muss auch in der zukünftigen Arbeitswelt das Maß aller Dinge sein.

Eine weitere wichtige Herausforderung, um soziale Gerechtigkeit auch künftig weiter zu stärken, wird die Gestaltung der Arbeitszeitpolitik sein. Es geht dabei nicht nur um die künftige Organisation der täglichen, wöchentlichen, monatlichen oder Jahresarbeitszeit, sondern es gilt, den Erwerbsverlauf über die Dauer des gesamten Berufslebens in den Blick zu nehmen. Die CSV hat sich im Rahmen eines Forums vor kurzem intensiv mit den Herausforderungen einer modernen Arbeitszeitpolitik beschäftigt.

Viele Arbeitnehmer wollen mehr persönlichen Spielraum bei der Gestaltung ihrer Lebensarbeitszeit. Sie wollen Beruf und Familie besser miteinander verein-

baren. Vor dem Hintergrund des tiefgehenden Wandels in der Arbeitswelt und der Tatsache, dass das klassische Modell der kontinuierlichen Erwerbsbiografie bei einem Arbeitgeber abnimmt, wollen (und brauchen) viele Arbeitnehmer mehr Zeit für die Weiterentwicklung und Weiterbildung im Beruf.

Hier brauchen wir flexible Instrumente für eine moderne Arbeitszeitpolitik. Alle sind gefordert, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik. Dabei macht sich eine erfolgreiche Arbeitszeitpolitik zuerst in den Betrieben. Nirgendwo sonst können die Erwartungen der Arbeitnehmer und die von Betrieb zu Betrieb unterschiedlichen wirtschaftlichen Anforderungen besser miteinander vereinbart werden. Solche maßgeschneiderten innerbetrieblichen Absprachen müssen von einem soliden gesetzlichen Rahmen und guten Kollektivträgen getragen werden.

Eine dirigistische und starre Herangehensweise ist der falsche Weg. In diesem Sinne hat die CSV gegen das überarbeitete Pan-Gesetz gestimmt. Die sogenannte Reform des Pan-Gesetzes, die im Dezember 2016 mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen wurde, ist eine verpasste Chance.

Ebenso hat die CSV im Juli 2015 die Neufassung des Mitbestimmungsgesetzes abgelehnt, das die demokratischen Grundsätze in den Betrieben mit Füßen tritt.

Politik für mehr soziale Gerechtigkeit kann und darf sich nicht auf Kosten des gewerkschaftlichen Pluralismus machen. Die aktuelle Regierung macht einen gravierenden Fehler auf Kosten aller Arbeitnehmer wenn sie vom Gegenteil ausgeht. Sie gefährdet damit den wichtigsten und beständigen luxemburgischen Standortvorteil, den sozialen Frieden. Marc Spautz

Karawanserei

Maskierte Ganoven

Ich war mit dir in der Eifel unterwegs, im Hohen Venn. Auf dem so genannten „Highway to Hell“ dämmerte es bereits. Am Horizont braute sich etwas zusammen. Es waren nur noch ein paar Fetzen Helligkeit übrig, doch auch die verschwanden schneller, als man schauen konnte. Einmal blitzte es sogar. Du zucktest zusammen. Doch es kann auch eine optische Täuschung gewesen sein.

Außer uns war niemand unterwegs. Sechzehn Kilometer zwischen zwei Grenzorten, aber kein einziges Auto kam uns entgegen. Nicht einmal einer dieser Motorradraser, die es lieben, geradeaus in die Höhle vorzustößen.

Auf einer langen Geraden musste ich trotzdem heftig auf die Bremse treten. Auf dem dunklen Asphalt bewegte sich etwas. Als wir näherkamen, glaubten wir zunächst, ein paar Marder zu erkennen. Sie bewegten sich nicht von der Stelle. Langsam näherten wir uns. Ich spürte mein Herz klopfen. Nein, es waren keine Marder, auch keine Dachse. Wie niedlich!, meinst du noch. In Wirklichkeit waren es Waschbären. Vier Waschbären, die sich mitten auf der Straße zu streiten schienen.

Wir waren nur wenige Meter von ihnen entfernt. Die Tiere richteten sich auf und schauten neugierig in unsere Richtung. Ihre Augen leuchteten wie winzige Taschenlampen. Als bald verzogen sich zwei in die Büsche. Die anderen beiden, größeren, zogen an etwas Hellem, das zwischen ihren Mäulern zappelte. Sie zerrten und rissen an einer Art Beute, die keiner dem andern zu gönnen schien.

Auf dem dunklen Asphalt bewegte sich etwas. Als wir näherkamen, glaubten wir zunächst, ein paar Marder zu erkennen



Hohes Venn: Inzwischen sind auch Waschbären in den dunklen Wäldern der Eifel heimisch

Soziale Mietwohnungen

Keiner will sie, außer in Sonntagsreden

Daniel Miltgen

Das Statistikinstitut Statec brachte es unlängst an den Tag: Mit den amtlich recherchierten Daten über die sozio-ökonomische Struktur der Bevölkerung der Stadt Wiltz können kaum Punkte im Rahmen des *Nation Branding* eingefahren werden, wenn auch der ökologische Fußabdruck der dort lebenden Menschen wahrscheinlich weniger beschämend ist als jener der Gesamtbevölkerung.

Kein Wunder, denn seit Dekaden schon wird die Stadt Wiltz vom Zentralstaat eher stiefmütterlich behandelt. Großzügige technische und sozio-ökonomische Infrastrukturinvestitionen des Staates blieben in der Vergangenheit aus. Ganz im Gegenteil, der Staat nutzte die Schwächen der Stadt immer wieder aus, um dort verschiedene seiner Aufgaben möglichst unkompliziert und kostengünstig erfüllen zu können. Einsamer Champion war hierbei das Olai, das im Laufe der Jahre überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund in Wiltz ansässig machte.

Um die prekäre Situation der Stadt nicht noch weiter zu belasten, haben die Verantwortlichen des staatlichen Wohnungsbaufonds im Rahmen der Entwicklung des Projektes „Wunne mat der Wooltz“ vor rund zehn Jahren sämtliche Möglichkeiten des Gesetzes von 1979 über die staatlichen Wohnungsbeihilfen ausgeschöpft, um die Sozialstruktur der Wiltzer Bevölkerung nachhaltig zu stärken. Zumindest hatte der Fonds du logement es sich zur Aufgabe gemacht, eine weitere Schieflage des sozialen Gleichgewichtes in der Ardennenstadt zu verhindern.

Von den 780 programmierten Wohneinheiten (WE), sollte maximal ein Drittel (260 WE) vermietet werden und 520 WE verkauft werden. Von den 260 Mietwohnungen sollten laut Plan 25 Prozent (65 WE) auf dem freien Markt, das heißt nach dem allgemein gültigen Mietrecht, vermietet werden, und „nur“ 195 WE als soziale Mietwohnungen oder als Studentenwohnungen auf den Markt kommen. Von den 520 Eigentumswohnungen sollten 40 Prozent (208 WE) auf dem freien Markt verkauft werden. „Nur“ 312 Wohneinheiten sollten laut Vorgabe an Empfänger einer staatlichen Bauprämie veräußert werden. Insgesamt könnten demnach 403 Wohnungen staatlich subventioniert und 377 WE frei finanziert werden.

Die damalige Wohnungsbauministerin Maggy Nagel (DP) missbilligte vor laufender Kamera diesen Ansatz. In ihrer Rede zum Abschluss der Abrissarbeiten der alten Wiltzer Industriebauten forderte sie den Fonds auf, die Quote der sozialen Mietwohnungen wesentlich zu erhöhen. Die Verantwortlichen des Wohnungsbaufonds kamen der Aufforderung von Frau Nagel, die als Bürgermeisterin von Mondorf-les-Bains während langen Jahren jeden Versuch des Fonds im Keim erstickte, auf dem Gebiet der Gemeinde auch nur eine soziale Mietwohnung errichten zu können, bekanntlich nicht nach.

Diese Vorgehensweise war umso mehr gerechtfertigt, als Frau Nagel als Bürgermeisterin das Kunststück fertigbrachte, dass der staatliche Wohnungsbaufonds eine vordiktierte Einfamilienhaussiedlung des gehobenen Standards in Mondorf errichten und zu hundert Prozent verkaufen muss. Einmalig in seiner 38-jährigen Geschichte ist die Tatsache, dass der Fonds du logement in dieser Siedlung auch freistehende Einfamilienhäuser bauen muss. Andernfalls hätten die Gemeinde ihm das kostengünstigste Gelände nicht überlassen, frei nach dem Motto: Vogel friss oder stirb.

Aber Frau Nagel war mit ihrer Einstellung nicht allein auf weiter Flur. Wahrlich nicht! Einst wollte der Fonds in der Gemeinde Grosbous, auf einer staatlichen Parzelle neben dem Friedhof ein Wohnhaus für sechs (!) Flüchtlinge bauen. Die-



Vom Fonds du Logement gebautes Mietwohnhaus in Hesperingen

ses Vorhaben spaltete die lokale Bevölkerung in zwei Lager, und um ein bereits angesagtes Referendum zu verhindern, zog der Fonds das Projekt zurück. Ähnliches passierte ihm in Reckingen-Mess, als er eine Handvoll soziale Mietwohnungen neben der Kirche errichten wollte. Doch die damit verbundene Schlammschlacht gewannen die Parkplatzbefürworter, und das Projekt wurde von der Kommune ad acta gelegt.

Die Gemeindeverantwortlichen von Steinfort verhinderten jahrelang erfolgreich den Bau von sozialen Mietwohnungen auf dem ehemaligen staatlichen Areal des Zollamts an der Grenze zu Belgien. Immer neue Steine wurden dem Fonds du logement in die Wege gelegt, doch er hatte das Gelände dem Staat bereits für teures Geld abgekauft und musste bis zur Erteilung der Baugenehmigung lange Jahre geduldig ausharren.

Anlässlich der Grundsteinlegung für ein größeres Projekt des Fonds, das eine Reihe von sozialen Mietwohnungen vorsah, fragte der besorgte Bürgermeister den damaligen Wohnungsbauminister: „Jang, du wirst mir jetzt hoffentlich nicht den menschlichen Abschaum des ganzen Landes hierher bringen?“

Diese Negativserie könnte beliebig fortgesetzt werden. Tatsache ist jedenfalls, dass viele lokale Entscheidungsträger – insbesondere jene, die auch über ein Abgeordnetenmandat verfügen – sich immer wieder lautstark für den Bau sozialer Mietwohnungen einsetzen, aber möglichst in der Nachbargemeinde. Und kommen Projekte nicht zur Ausführung, hat das häufig keine budgetären Gründe. Ganz im Gegenteil, seit 30 Jahren fallen alljährlich Unsummen von staatlichen Budgetmitteln in „économie“, weil sie wegen mangelnder Bereitschaft, soziale Mietwohnungen zu errichten oder errichten zu lassen, einfach nicht abgerufen wurden.

Fakt ist aber auch, dass mit dem Angebot von sozialen Mietwohnungen viele Unannehmlichkeiten auf die Standortgemeinde zukommen. Finanziell gesehen ist der soziale Mietwohnungsbau trotz der großzügigen Subventionierung ein Negativgeschäft. Und in der Regel haben die zu beherbergenden Familien nicht nur ein Wohnproblem, sondern haben multiple Sozialprobleme, und viele von ihnen halten die Mitarbeiter des Sozialamtes regelrecht auf Trab.

Aber nicht alle lokalen Entscheidungsträger sagen „Nein Danke“. So genannte Vorzeigegemein-

den sind in diesem Zusammenhang seit jeher die Städte und Gemeinden Rümelingen, Differdingen, Düdelingen, Esch/Alzette, Hesperingen und Wiltz, um nur die wichtigsten zu nennen.

Um diesen kleinen Kreis auszuweiten, war in den verschiedenen Regierungen von 1980 bis 1995 der Innenminister Jean Spautz (CSV) in Personalunion auch der für den Wohnungsbau zuständige Minister. Eine größere Nähe zu den Gemeinden kann die Aufgabe des öffentlichen Wohnungsbaus niemals erhalten. Sie ist nicht zu vergleichen mit dem – zum Scheitern verurteilten – Versuch, die Kommunen auf Vordermann zu bringen, indem das Gemeindegesundheitsrat Syvicol einen Vertreter in den Aufsichtsrat des Fonds du logement entsenden darf. Alle Schöffenräte, die in jener Zeit im Innenministe-

rium vorstellig wurden, insbesondere jene, die um eine finanzielle Zuwendung erbat, bekamen eine persönliche Einladung von Minister Spautz, sich verstärkt im sozialen Wohnungsbau zu engagieren.

Ein derartiges Engagement kann entweder direkt durch die Gemeinde selbst erfolgen oder in Zusammenarbeit mit einem staatlichen Promotor. Spautz' Nachfolger Fernand Boden und Marco Schank (beide CSV) pilgerten unermüdlich durch das Land und unterstrichen die unabdingbare Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den zentralstaatlichen Organen, um gemeinsam die Wohnungsmisere lindern zu können.

Auch der aktuelle Wohnungsbauminister Marc Hansen (DP) versuchte in Regionalversamm-

Viele lokale Entscheidungsträger setzen sich immer wieder lautstark für den Bau sozialer Mietwohnungen ein, aber möglichst in der Nachbargemeinde

lungen, kommunale Mitstreiter für seine Staatsaufgabe zu finden. Doch alle Versuche, dem sozialen Mietwohnungsbau endlich einen echten und spürbaren Impuls zu geben, verharnten bislang im homöopathischen Bereich. Wenn öffentlicher Wohnungsbau, dann bestenfalls subventionierte Eigentumswohnungen und keine sozialen Mietwohnungen. Wenn in Zusammenarbeit mit einem staatlichen Promotor, dann bestenfalls mit der SNHBM und nicht mit dem Fonds du logement.

Bleibt als Alternative nur noch die Einführung einer kommunalen Quotenregelung für den sozialen Mietwohnungsbau?

Daniel Miltgen war bis 2015 Präsident des Direktionskomitees des Fonds du logement.

Élections communales

Faire taire la « petite voix qui dit non »

Laurent Mignon

Le Parti communiste luxembourgeois (KPL) ne représente pas seulement une importante tradition politique, mais il fait partie intégrante de l'histoire du pays. Pas seulement à cause du rôle des militants communistes dans la résistance face à l'occupant nazi et de la présence communiste au sein du premier gouvernement d'après-guerre, mais aussi parce que depuis qu'il existe, le communisme a

incarné les espoirs d'une partie du prolétariat et de ceux qui luttent pour une société plus égalitaire. La crainte du communisme a forcé les puissants à bien des concessions. L'État social n'existait pas sans la pression continue exercée par ce contre-pouvoir représenté par l'idée communiste. Ce n'est pas par hasard que la disparition de l'Union soviétique et la perte d'influence de la mouvance communiste ont vite été suivies par les premières tentatives de démantèlement de l'État social.

Toutefois, comme le chante Jean Ferrat, les communistes sont encore et toujours cette « petite voix qui dit non » au consensus néo-libéral et aux puissants. Une petite voix que l'on n'entendra pas lors des débats audiovisuels officiels organisés dans le cadre de la campagne électorale pour les élections communales du 8 octobre, puisque le KPL en a été exclu, comme l'on pouvait lire dans le *Quotidien* du 9 septembre. Et en effet, dimanche dernier, le KPL n'était pas représenté dans les débats sur *RTL* et *100,7*. Suite au changement d'une réglementation, les partis qui ne présentent pas suffisamment de listes complètes

dans des communes rassemblant au moins un quart de la population du pays ne sont pas invités à débattre avec leurs concurrents. Ainsi le parti n'aura pas la possibilité de présenter son programme pour les villes d'Esch-sur-Alzette et Differdange, bien qu'il y présente des listes complètes, lors des six débats officiels

Quelle peut bien être la raison de priver d'antenne le KPL, l'année où l'on commémore le 80^e anniversaire du référendum sur le *Maulkuerfgesetz* ? Dimanche dernier, trois des six partis représentés dans les débats appartenaient à la coalition gouvernementale. Ils ont accaparé la moitié du temps d'antenne – une situation qui n'est tout de même pas saine pour le fonctionnement d'une démocratie qui se veut pluraliste. Le fait que cette nouvelle réglementation ait été entérinée par le ministère d'État donne matière à réflexion. Il semblerait bien, qu'aujourd'hui, tout comme à l'époque de Joseph Bech, faire taire l'idée communiste reste une priorité. Voilà du moins une chose sur laquelle le gouvernement et les héritiers de Joseph Bech semblent d'accord.



Pierre Godebs

Si deux metteurs en scène ressentent en même temps le besoin de se confronter à un même texte, *De la démocratie en Amérique* d’Alexis de Tocqueville (sorti en 1835), c’est que le sujet est d’actualité. Alors que le très baroque Italien Romeo Castellucci en a fait un *Democracy in America* de cette beauté visuelle époustouflante dont il a le secret (le spectacle, créé au printemps au Vidy Lausanne est en tournée depuis), le plus discret Français Laurent Gutmann en prend le contrepied modeste avec *De la démocratie*. Également créé au printemps, à Belfort, le spectacle sera montré pour trois représentations, à partir de mercredi, 27 septembre, au Théâtre des Capucins. Dans la lignée de ce qu’il avait fait avec *Le Prince* de Machiavel, en 2013, Gutmann a adapté le texte à une situation contemporaine, montrant cinq acteurs (dont le Luxembourgeois Raoul Schlechter) qui essaient de pratiquer la démocratie directe (*theatres.lu*). jh

Land-Art



Ceci n'est pas une pipe

L'exposition *Hard to picture – A tribute to Ad Reinhardt*, au Mudam jusqu'au 21 janvier, fait découvrir une autre facette du travail de l'artiste américain dont on connaissait surtout les monochromes radicaux : ses dessins politiques et satiriques. Le Mudam a demandé à un certain nombre d'artistes de réagir à cet œuvre de Reinhardt et le *Land* s'associe au projet en donnant, une fois par mois, carte blanche à un artiste. Cette semaine, nos lecteurs découvriront, en page 17, une intervention du dessinateur français Simon Jacquard (né en 1968 à Milan). Interrogé sur ses dessins pour le *Land*, il répond à la manière de Magritte : – Ce n'est pas un questionnement sur l'origine de la vie – Ce n'est pas une métaphore de la condition humaine – Ce n'est pas un besoin de reconnaissance – Ce n'est pas une référence à Charlie Chaplin – Ce n'est pas l'illustration du rôle de l'artiste face au marché – Ce n'est pas une dénonciation de la répétition – Ce n'est pas une critique du fonctionnement des institutions culturelles – Ce n'est pas un pamphlet contre notre état de servitude – Ce n'est pas dans l'espoir d'être pertinent (dessin ci-dessus extrait de la série *Sans titre*, 2003-5, collection Mudam). jh

Art contemporain



La trahison de l'image

Mike Zenari, dont on a toujours apprécié la subtilité et le naturel des portraits de gens « normaux », septième artiste à intervenir dans la *Cecil's Box* du Cercle-Cité, rue du Curé, attrape le spectateur par son propre narcissisme post-Instagram : son *Mirror mirror on the box*, une construction aussi complexe que fascinante de miroirs et de lumière happe le regard et est... inphotographiable. (jusqu'au 3 décembre). jh



Montrer l'invisible

L'artiste italienne Giulia Andreani fait de la peinture et du dessin un acte politique, un acte de résistance à l'oubli et à l'indifférence. Elle puise ses sujets dans les archives d'images et reste toujours dans les tons gris-bleus (ici : *Le stratège*, 2016, acrylique sur toile). Son geste, dynamique, n'est pas sans rappeler la jeune peinture allemande, et si le carton d'invitation pour son exposition personnelle au centre d'art Nei Licht à Dudelange, *Face au temps*, a fait visuellement *tilt*, c'est qu'on avait découvert son travail rigoureux lors de l'exposition *Bastion !*, curaté par Danielle Igniti et Damien Deroubaix, en 2016 à Dudelange (vernissage demain, samedi 23 septembre, à partir de 11h30). jh

Architecture



Sans appel

Le fait que le Luca (Luxembourg centre for architecture) ne lance pas d'appel à idées public pour le pavillon luxembourgeois à la biennale d'architecture de Venise en 2018 fait du mauvais sang dans le milieu de l'architecture. Lundi, le secrétaire d'État à la Culture Guy Arendt (DP) a enfin pu annoncer officiellement que le Luxembourg quittait la Ca' del Duca, qu'il avait occupé durant deux décennies, pour investir une salle de la Sale d'Armi de l'Arsenale, et ce à partir de 2018. Le Premier ministre et ministre de la Culture Xavier Bettel (DP) a signé le contrat de bail au début du mois, pour un coût de 1,2 million d'euros pour vingt ans. Le Luca, qui réalise le pavillon d'architecture pour le compte de l'État, a décidé de travailler avec Florian Hertweck du master en architecture de l'Uni.lu pour cette première dans le nouvel espace de 250 mètres carrés ; le budget sera revu à la hausse, à « plus de 300 000 euros » selon Guy Arendt. jh



Junior / senior

Il avait un nom difficile à porter, celui de son père, architecte d'Hitler, et mis 80 ans à s'en émanciper. L'architecte Albert Speer junior est mort vendredi dernier à l'âge de 83 ans. Ce qui ne vaudrait pas une brève dans un journal luxembourgeois, si son bureau AS+P, employant plus de 200 personnes, n'avait pas régulièrement travaillé au grand-duché : il a remporté le concours d'urbanisme pour la porte de Hollerich en 2004, réalisé le Plan directeur « zones d'activités économiques » pour le gouvernement et devait construire le nouveau siège de Cargolux. jh

Politique



Le Neimënster de Gambia

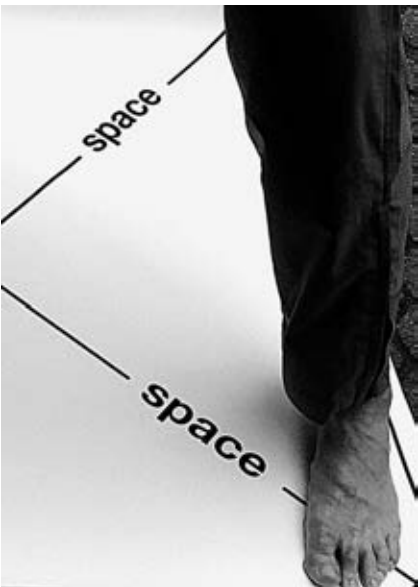
Le 1535° Creative Hub à Differdange est en train de devenir le projet le plus représentatif de la politique bleue-rouge-verte en faveur du « secteur créatif » au sens le plus large. Ainsi, la définition de la créativité y va du journal gratuit *L'Essentiel* jusqu'à l'artiste indépendant (photo : l'atelier du plasticien Gilles Pegel, TPC), en passant par l'agence de pub ou le photographe. Ce dimanche 24 septembre, la porte ouverte au 1535° prêter sa coulisse à la signature d'une convention de co-financement entre la commune, représentée par le maire écolo Roberto Traversini, et le ministère de l'Économie (et non de la Culture), représenté par la secrétaire d'État Francine Closener (LSAP). Jusqu'ici, la Ville de Differdange assumait seule la reconversion des anciens bâtiments industriels en ateliers d'artistes, avec l'ambition d'accélérer la gentrification d'une cité industrielle meurtrie. Le gouvernement Bettel/Schneider/Braz transforme l'art et la culture en un secteur économique, qui emploie, selon Francine Closener, 6 300 personnes et produit 390 millions d'euros de PIB. jh

Politique



Rendu à l'heure

Il n'y avait que des visages rayonnants, vendredi dernier, 15 septembre, lorsque le maire socialiste d'Esch-sur-Alzette Véra Spautz (LSAP) et les deux responsables du projet Esch 2022, Janina Strögen et Andreas Wagner déposèrent officiellement le « bid book » de leur candidature pour devenir capitale européenne de la culture en 2022 au ministère de la Culture. Sur les 100 pages du document l'éché, les coordinateurs vantent le potentiel de cette année culturelle, et surtout de son processus participatif en amont, pour la reconversion d'une région décrite comme économiquement sinistrée vers une gentrification créative. Et ils n'y vont pas avec le dos de la cuillère quand il s'agit de parler chiffres, faisant miroiter des investissements publics en infrastructures culturelles et éducatives de l'ordre de presque trois milliards, entre Belval, Schifflange et Differdange. Prochaine étape : la soutenance du dossier devant le jury, le 10 novembre. jh



Art contemporain



Lètz' Venezia ?

Dans la Sérénissime, la biennale *Viva Arte Viva* a ouvert ses portes à la mi-mai, voici donc quatre mois, et elle en est aux deux tiers de sa durée, fermant le 26 novembre. La surprise fut grande quand à la question du catalogue de la participation luxembourgeoise, pour sa dernière présence à la Ca' del Duca, la jeune femme de service ne put avoir de réponse que négative ; il n'était toujours pas paru, il fallait attendre. Certes, si l'on veut y faire entrer les images de l'exposition, voire des performances les jours du vernissage, ça prend du temps, mais quatre mois, c'est long (d'autres, avec des installations et des performances bien plus complexes, y ont réussi, dans un laps de temps court, et produit un véritable livre d'art). À la remise du dossier de presse, il y avait eu un petit espoir, la main y avait deviné comme un livret, espoir très vite déçu. C'est un leporello, livre accordéon, dont les pages déplient toutes sortes de caractéristiques et avantages du Grand-Duché ; il est bien fait, un enfant friand de coloriage et de découpage y trouve du plaisir. *Nation branding* oblige, et obligera, maintenant qu'on disposera d'un espace double à l'Arsenale, imaginons un coin réservé à la dégustation de crémant et de pâtés en croûte. lk

Rectificatif

L'artiste qui travaille en duo avec Karolina Markiewicz s'appelle Pascal Piron et leur exposition, qui s'ouvre demain, samedi 23 septembre à partir de 11h30 au centre d'art Dominique Lang à Dudelange, a pour titre *Side effects of reality*.

Films made in Luxembourg

Generalprouf

josée hansen

En huet se all vrun d’Kamera kritt. All? Nee, d’Flo’ Weimerskirch, zanter 50 Joer engagéiert Feministin, wollt net am Film sinn. Mais soss huet all Mënsch aus der 68er-Bewegung mam Andy Bausch iwwer déi Zäit an hir Opbrochstëmmung gepotert. Oder soë mer, zwou Dose Leit vun deemools – déi, déi nach liewen –, hu mat him geschwat. A wa se och deemools, Enn der 60er, Ugangs der 70er Joer, all un engem Strang gezunn hunn, nämlech géint de gesellschaftlechen en ideologesche Mief vum Lëtzebuerg aus der Nokrichszäit, sou hunn hir Liewen zanterhier ganz aner Weeër ageschloen: de Gaston Vogel ass e flamboyanten Affekot ginn, de Lucien Blau Historiker a Romancier (zum dacksten och iwwer déi Zäit), den Änder Jung international unerkannten Schauspiller, de Charel Doerner goug an den Import-Export a war eng Zäit Konsul vun Nordkorea (!), den Änder Hoffmann gouf Deputéierte vun Déi Lénk an de Guy Peiffer ass, no 25 Joer am Prisong, elo Kandidat vum extrem rietzen Joé Thein senger Partei Déi Konservativ (et sinn nëmmen dräi Fraen am Film!). Huet dat alles deemools näischt bruecht? Waren déi Schülerzeitungen, déi Revolten a Maniffen ëmsoss, wei de Schrëftsteller Pit Hoerold undéit („mir hunn net dat Beschit draus gemaach“)? Et wier wuel falsch, déi negativ Conclusioun aus deem Réckbléck ze zéien. Well 1974, nëmmen dräi Joer no deer grousser Schülermaniff, ass déi éischt Regierung ouni d’CSV, ënner dem Gaston Thorn (DP), un d’Muecht komm. An dat wier ounst déi Opbrochstëmmung, déi déi Jonk 68er geséint haten, wuel net (esou séier) gaangen.

Mais eent nom aneren. Also: den nächsten Dënshden huet dem Andy Bausch säin neien Documentaire *Sixty8* Avant-Première. E geet, wei den Numm et seet, an an der logescher Suite vu senge virrechte Filmer, iwwer d’68er Bewegung (dei zwar eigentlech mat dräi Joer Verspéidung eréischt 1971 zu Lëtzebuerg ukomm ass). An déi war en Zesummeschluss vu Schüler, jonke Proffen a Kënschtlr, déi ës sat hate mam CSV-Stad, mat der Dominanz vun der kathoulescher Kierch, mam prüde Mief vun deer klenger Gesellschaft an – wahrscheinlech war dat



Um Tournage: zwou vun den nogestallten Zeenen fir den Zäitgeeschzt zrëckzeginn

Den Andy Bausch mécht e Film iwwer d’68er-Bewegung – a verléiert sech eng Grimmel an de Schnoke vun den eeleren Hären

den Ausléiser vun deer richteger Revolt – mam autoritäre Schoulssystem. Riichteraus a labber zielen all déi Zäitzeien, déi haut gro Hoer an dachs d’Pensioun hunn, mat vill Begeescherung vun hire couragéierten Aktiounen vun deemools, déi tëscht laangen Diskussionen a spontane Manifestatiounen louchen.

D’Droite, also den CSV-Stad, *d’Luxemburger Wort*, d’Kierch, an – et muss een et och zouginn –

d’Majoritéit vun der Gesellschaft, déi sech iwwer déi nei elektresch Apparater fir an d’Kichen an dem Monique Melsen seng Participatioun op der Eurovisioun gefreet huet, huet déi „Hippien“ dacks „Kommuniste“ vernannt. Hunn déi nei sexuell Fräizüegechkeet, déi Yeye-Musik an déi Frechheet vun deene Jonken désapprouvéiert a si „a Russland“ gewënscht. Sie waren déi radikal Lénk – „Kommunist genannt ze gi war fir mech wei eng Auszeechnung“ seet de Feitlesch Frank anzwousch –, hunn „Ho! Ho! Ho Chi Minh!“ oder „Loosst se laafen, déi houere Paafen!“ gesongen, mais haten „nie de Courage“, fir och terroristesche Akten ze maachen, wei de Charel Doerner zougett. E waren e bëssen Täscherevoluzer an engem Land, wou scho Sex an den Dusch vum engem Lycée konnt ze enger Expulsioun aus der Schoul féieren an zéngdausende vu Jonken op d’Stroossen driewen. Herno ass de Mouvement an de Streidereien tëscht Trotzkiisten, Maoisten, Stalinisten a soss -isten zerbrach.

Den Andy Bausch ass *de* Popcineaste par excellence zu Lëtzebuerg. All puer Méint kënn en neien Documentaire eraus iwwer een Thema dat him um Häerz



läit, meeschtens am Zesummenhang mat Rockmusik oder soss Popkultur, an all puer Joer eng Fiktioun (als lescht *Rusty boys*, dee grad mat engem gewësse Succès iwwer dei europäesche Festivaler tourt). Mais leider mécht en ze vill deer Filmer, oder e mécht se ze séier. Wa säi grouss Mérite och ass, Zäitzeie festzehalen (éier se stierwen, wei de Camillo Felgen, den Thierry van Werveke oder de Luke Haas), sou mécht en dat heiansdo ze vill labber. Am *Sixty8* feelt den historsche oder theoretische Kontext, et gött ee kaum gewuer, wien dann dee bëisen CSV-Staat war, wou dee Mief stouch – an och net, wei et weidergoug. An da léisst den Andy Bausch sech heiansdo a senger kannereger Begeescherung reegelrecht matrappen – wann déi eeler Hären mei oder manner witzeg Anekdoten iwwer Drogen oder Sex erzielen, oder, nach léiwer, wann et ëm Musek geet (dee ganzen Deel iwwer d’Musek, Deep Purple zu Lëtzebuerg oder den Underground-Musekscafé Dany Cage géing quasi een zweete Film ginn). Mä ouni Kontext an ouni de Versuch vun enger Erklärung vun de soziopoliteschen Zesummenhäng, bleift et leider och net mei ewéi e sympathesche Film iwwer „fréier“.

Serien

Poesie und Ironie bei den Emmys

Tom Dockal

Jedes Jahr klopfen sich die amerikanischen Fernsehkanäle während der Emmy Verleihung – den Oscar des kleinen Bildschirms – selbst kräftig auf die Schultern. Gewinner dieser 69. Ausgabe waren die Serie *The Handmaid’s Tale*, Diversität und der ehemalige Pressesprecher des Weißen Hauses, Sean Spicer. Jener wurde fast zwei Monate nach seinem kläglichen Abgang in Washington dank einem Kurzauftritt in Rekordzeit von gerade den Menschen rehabilitiert, die sich seit Stunde Null der aktuellen Präsidentschaft tagtäglich öffentlich entrüsten. Alles im Namen vorgeheuchelter Progressivität. Ein denkwürdiger Auftritt.

Neben den zu erwartenden Gewinner *The Handmaid’s Tale*, *Big Little Lies*, *Saturday Night Live*, John Olivers *Last Week Tonight* und – wieder ein-

mal – *Veep*, überraschten zwei Preise besonders: Die Auszeichnungen für „Outstanding television movie“, respektive (und vor allem) „Outstanding writing for a limited series, movie or dramatic special“ erhielt eine 60-Minuten-lange Folge von *Black Mirror*. „San Junipero“ – diese vierte Folge der auf Netflix erschienenen dritten Staffel – ragt im von Charlie Brooker kreierten technophoben Universum heraus. *Black Mirror* darf man als spirituelle Ziehkinder der *Twilight Zone* betrachten, dessen Zukunftsvisionen zwar futuristischer Musik, im Grundkern aber im Hier und Jetzt verwurzelt sind. Charlie Brooker dekliniert seit Jahren das nicht mehr ganz so neue Verhältnis zwischen Mensch und Technik. Manchmal wurden seine düsteren Ideen sogar von einer nicht weniger düsteren Realität eingeholt. Stichwörter: englischer Premierminister / Geschlechtsakt mit *sus scrofa*,

den schweineartigen Paarhufern. „Open the door, Hal!“ Wie schon in Kubricks Klassiker *2001: A Space Odyssey* ist Technik auch bei Brooker eine Falle, ein mephistophelischer Pakt. Ein radikaler Akt der Negation von Verantwortung und Reflexion. Der dafür zu bezahlende Preis in *Black Mirror* ist letzten Endes immer hoch.

„San Junipero“ erzählt von der jungen Frau Yorkie, die 1987 eines Abends in einer Küstenstadt auftaucht. Schüchtern und unsicher schlendert sie durch die Straßen, die die Züge eines Hill Valley aus den *Back to the future*-Filmen annehmen. 80-er Jahre Synth-Pop ist zu hören, im Kino steht *The lost boys* auf dem Spielplan und in einer Diskothek werden Arcade-Videospiele gezockt. In dieser Disko lernt sie die extrovertierte, hedonistische Kelly kennen. Yorkie – das erste Mal zu Besuch in der Stadt – trifft Kelly turnusmäßig vor Ort. Viel Zeit bleibt Kelly aber nicht mehr, um der grauen Maus die Stadt und das Leben zu zeigen. Die Stunde schlägt gleich Mitternacht. Aber sie treffen sich wieder. Charlie Brooker lässt über 60 Minuten eine Liebesgeschichte entstehen, die Gesetze von Zeit und Raum übersteigt.

Die Qualität von *Black Mirror* liegt in der Brookerschen Unerbittlichkeit gegenüber seinen Figuren. Der Fall ist die Regel, die Erlösung die Ausnahme. Vermutlich gerade deshalb haben die erlösenden Folgen die stärkste Wirkungskraft. Jedoch wird die Prämisse dieses/r *cinéma/série de synthèse*, dieser von magischem Realismus getränkten Serie dadurch nicht banalisiert. Ganz im Gegenteil fundiert die Menschlichkeit die Folgerichtigkeit der Serie Brookers. Verfällt Brooker sonst zum Teil einem regelrechten Menschenhass, der sein Publikum zwar schockiert und paralysiert, so übersteigt er seine eigenen Paradigmen, wenn es „menschelt“. Jenes durfte in sechs Jahren *Black Mirror* mit seinen 13 Episoden genau zweimal passieren. Die „Technik“,

Die Qualität von *Black Mirror* liegt in der Brookerschen Unerbittlichkeit gegenüber seinen Figuren

die auch bei „San Junipero“ von größter Wichtigkeit scheint, ist eben nicht – genau wie der Pakt Mephistos – Schwarz-Weiß-Malerei. Die grundlegende Traurigkeit der Figuren und die Abhängigkeit ihrer gegenüber der Technik ist tiefgründiger. „Ich bin der Geist, der stets verneint!“, so Mephisto im Studierzimmer Faust gegenüber. Des Rätsels worts Lösung: „Ein Teil von jener Kraft, Die stets das Böse will und stets das Gute schafft“. Mephisto charakterisiert nicht nur sich selbst, sondern auch das Bekenntnis Adam Smiths – Goethe war auch Ökonom – und somit die seit über 200 Jahre anhaltende Auffassung liberaler Wirtschafts- und Entwicklungswerte. „San Junipero“ übermittelt diese Melancholie, die mit dem extremen Individualismus eines kapitalistisch-progressiven Glaubensbekenntnis einhergeht und die den „dystopischen“ techno-phoben Rahmen hier sogar übersteigt. Die Falle ist viel systemischer und aussichtsloser. Dass in einer solchen Sackgasse die Liebe triumphieren darf, grenzt gerade dann erst recht an ein magisch-realistisches Wunder. Jedoch spricht auch Goethes *Faust* dem Unternehmer folgende Erlösung zu: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“ Für Brooker jedoch liegt jene Erlösung nie im unternehmerischen Fortschritt. Deshalb sind die zwei Auszeichnungen bei den Emmys, sowohl poetisch als auch ironisch.

Cinéma

Honey, I’m home!

C’est une maison isolée, au milieu des champs. Elle (Jennifer Lawrence) a tout retapé. Elle est encore à repeindre ça et là, à scruter les défauts de quelques murs ou une conduite d’eau un peu menaçante. Et puis, elle l’encourage, lui son nouvel homme (Javier Bardem), bien plus âgé, bien moins patient. C’est un poète vidé de son inspiration. Quand elle tourne les pages de son livre, les siennes demeurent immaculées, craignant la plume et la foudre de l’auteur malheureux. Mi-muse mi-femme de charge, la jolie jeune femme accepte qu’un homme inconnu et mystérieux (Ed Harris) passe la nuit chez eux. Il faut faire rentrer la vie, dit son compagnon. Il faut dès le lendemain faire rentrer l’épouse (Michelle Pfeiffer), puis leurs deux fils, puis... C’est davantage que la vie qui pénètre et la jeune femme vit ces irrptions comme des agressions. Quelques mois plus tard, le bonheur est à son paroxysme : elle est enceinte, il écrit. Elle est prête à accoucher, il publie. Le succès s’invite à la porte, littéralement. À nouveau, la maîtresse de maison se surpasse, mais est menacée, maltraitée, jusqu’à l’outrage.

Mother!, le nouveau film de Darren Aronofsky, est de ces thrillers psychologiques qui ne s’embarrassent pas de limites dramaturgiques ou visuelles

Et à outrance. Car *Mother!*, le nouveau film de Darren Aronofsky, est de ces thrillers psychologiques qui ne s’embarrassent pas de limites dramaturgiques ou visuelles. Écrit très vite (on parle de cinq jours) et en solitaire par le cinéaste lui-même, le scénario n’est en effet qu’un prétexte pour évoquer la chute cauchemardesque du monde. Le thème est récurrent chez Aronofsky, qui plonge ses personnages dans une perversion cinglante et clinquante. Mais les pertes d’identités de Sara Goldfarb (Ellen Burstyn dans *Requiem for a dream*, 2000) ou de Nina Sayers (Natalie Portman dans *Black Swan*, 2010) et leurs réalités dérivées n’étaient finalement que des coups d’essai : *Mother!* file tout droit vers l’horreur sans détours. Dans le huis-clos d’une maison rescapée d’un incendie dont on ne connaît pas l’origine, la jeune femme est sacrifiée, réduite à sa mission domestique et maternelle. Elle est un corps : social d’abord, femme amoureuse, femme fécondée, existant par le regard de son homme tout puissant car créateur. Elle est la mère, ce rôle sacré et sanctifié, que la foule va martyriser. On pense bien sûr à *Rosemary’s baby* (Roman Polanski, 1968) pour l’ambiance paranoïaque. Mais ici, le corps est en lutte, il en porte les stigmates, tout comme cette maison, théâtre d’une dystopie de plus en plus glauque. C’est ici qu’Aronofsky fait son plus beau cinéma : tout y est organique, la peau, les murs, les tapis, tout est vivant et source d’inquiétude.

Mais l’enfer, c’est les autres : les endeuillés, les fanatiques, les réfugiés, cette masse qui s’entasse dans la maison jusqu’à former un magma humain hideux, un monstre hyper-violent. À la nuit tombée, cet élément se déchaine, sans queue ni tête, faisant pression pour tout s’approprier, la moindre attention, le moindre corps, des tentacules dans tous les coins, arrachant portes et murs pour se nourrir. Le cinéaste, qui suit son héroïne au plus près depuis le début, la devance maintenant, la plaçant au centre du monstre, proie sacrificielle et cette fois, ce n’est plus une métaphore. Par la caméra du chef opérateur Matthew Libatique et le montage d’Andrew Weisblum, deux collaborateurs récurrents du réalisateur, l’image semble nêtre plus qu’un long plan-séquence nauséeux vers la mort. Mais l’amour survivra, puisqu’il n’est qu’une projection.

Aronofsky s’illustre dans un symbolisme vain et sans contexte, où la provocation se retrouve vidée de cette substance qui irriguait ses films précédents : des personnages avec quelque chose à défendre. Ici, ils ne sont que des figures manichéennes et alors qu’ils se dirigent vers la danse macabre finale, on jurerait assister à une parodie. Sans scénario, sans personnages, on est loin des œuvres coup de poing du cinéaste. *Marylène Andrin-Grotz*



Mackenzie Davis in *Black Mirror*

Theatersaison 2017-18

Wider die Gleichgültigkeit

Claude Reiles

Auch das TNL reiht sich in die Liste der Häuser ein, die der Presse das Programm zur Saison 2017/18 vorstellen. Vorab erörtert Intendant Frank Hoffmann die Frage nach Funktion der Bühne angesichts eines in der Gesellschaft gärenden Prozesses, in dem Lüge und Gleichgültigkeit bis hin zum Parodistischen ins Politische gefunden hätten und das dramaturgische Mittel der Satire von der Realität übernommen worden sei – eine Realität, in der die Antithetik von Richtig und Falsch an Gewicht verliere. „Gegen die Gleichgültigkeit“ lautet das Motto an der Route de Longwy, das möglicherweise den Kern unseres zweifelhaften Zeitgeists berührt. „Das TNL hat große Autoren gewählt, um die großen Fragen zu stellen.“ Nun ist auch dieser Slogan so allgemein gefasst, dass die gesamte Dramengeschichte darin ihre Rechtfertigung fände. Welches Spielhaus mag schon mit kleinen Autoren und banalen Fragen werben? Und doch ist diese Reaktion auf die ethische, politische und soziale Gleichgültigkeit gegenüber bisherigen Wertennormen drängend und folgerichtig. In dieser Präsentation sei nur auf eine Auswahl an Produktionen hingewiesen.

Im französischsprachigen Theater wird die Darstellerin Fanny Ardant gemeinsam mit der Cellistin Sonia Wieder-Atherton Liebesgespräche vortragen, die in der Nachkriegszeit über vergessene Geheimleitionen der deutschen Besatzer geführt wurden. *Le navire night* wird im Oktober aufgeführt. Ebenfalls auf Französisch tragen Christiane Rausch und Musiker Jitz Jeitz den satirischen Text *Comment blanchir les bêtes*

noires sans les faire rougir vor. Guy Rewenigs Briefvorlage des Afrikaners Mwayé an den luxemburgischen Außenminister dürfte dem Publikum im Oktober einen Spiegel vor die Nase halten Mit *Lécume des jours*, einer weiteren Kreation des TNL unter der Leitung des Jungregisseurs Tom Dockal, wird im März Boris Vians Roman über die Liebe und die Hochzeit des Jazz inszeniert. Im Mai wendet sich Sophie Langevin in Marivaux’ *Dispute* mit Elsa Rauchs, Luc Schiltz und Jeanne Werner der Frage nach Verrat und Untreue zwischen den Geschlechtern zu.

Mit gleich fünf Kreationen und einer Uraufführung wartet das Theater im deutschsprachigen Bereich auf. Zweimal führt der Intendant des Hauses Regie: Im Oktober inszeniert Frank Hoffmann mit Marco Lorenzini und Roger Seimetz Dostojewskis *Aufzeichnungen aus dem Untergrund* unter dem Titel *Untergrund*. Gemeinsam mit den Ruhrfestspielen bringt er dann im Februar Strindbergs *Rausch* mit dem feinen Künstler Wolfram Koch und dem Filmschauspieler Robert Stadlober auf die Bühne und wird darin die Dialektik von Komischem und Tragischem aus der Vorlage des schwedischen Dichters hervorkitzeln. Einem weiteren Prominenten der Literaturgeschichte widmet sich Regisseur Frank Feitler mit Luc Feit in seiner Bühnenadaption von Büchners *Lenz*. Im November wird die Flucht des Stürmers und Drängers und die damit einhergehende geistige Umnachtung in einem Solo Gestalt annehmen. Neben Bernd Eusterschultes Regie zu Brechts *Die Antigone des Sophokles* mit Nickel Bösenberg und Germain Wagner

Das Théâtre national, bekannt für so manches ästhetische Wagnis, wehrt sich

im Januar wird der neue Autor „in residence“, der gebürtige Luxemburger und Wahlberliner Daniel Dumont, sein Werk *Splittergeschichte* über den Raum zwischen Politischem und Privatem mit Luc Feit, Melanie Isakowitz und Josiane Peiffer inszenieren. Im Juni wird Linda Bonvini die Saison mit dem kleinen Projekt *Mein Arm* abschließen: In Tim Crouchs skurrilem Erstlingswerk aus dem Jahre 2002 entscheidet ein zehnjähriger Junge (Thomas Halle; Schauspieler des Jahres 2015) eines Tages, seinen rechten Arm zu heben und ihn für immer oben zu lassen (*d’Land*, 31.3.17).

Das TNL wagt eine Öffnung zum Chinesischen mit *Heart Sutra/The Raven* im Dezember und zum Portugiesischen mit dem Kolonial-Drama *Moçambique* von Jorge Andrade im Februar. Einige englischsprachige Vorstellungen dürfen in diesem Beitrag jedoch nicht fehlen: Nach *A Celebration of Harold Pinter* 2016/17 gastiert der britische Schauspieler Julian Sands auch im Januar 2018 in Stephen Wyatts *The Standard Bearer* über einen Shakespeare-Darsteller in Westafrika. Anne Simon inszeniert gemeinsam mit dem Circle Theater New York *Strangers* über die dubiosen Zustände auf einer verlassenen Insel.

Sie und Frank Hoffmann wiesen auf der Pressekonferenz zudem auf Mario Hohmanns Arbeit *Zimmer in der grauen Stadt* für Kinder ab vier Jahren sowie auf die Neugründung des TNL-Theaterclubs für Erwachsene und das Konzept „Bar National“ mit Konzerten aus den Bereichen Jazz und Swing hin. Abschließend sei der gemeinsame Auftritt des Klavierkünstlers Jean Muller mit dem großen Darsteller André Jung im Rahmen eines Vortrags in Ton und Briefen des Komponisten Ludwig van Beethoven hervorgehoben. Diese spannende Produktion ist für März angesetzt. Im 20. Jahr seines Bestehens zeigt sich das TNL demnach mit einigen großen Namen und wagt einmal mehr ein mutiges Programm.

Mehr zum Programm: www.tnl.lu



Daniel Dumont

Festival d’automne

Le spectacle s’interroge sur lui-même

Emmanuel Defoulouy, Paris

Favoriser la création contemporaine dans toutes les disciplines des arts vivants. Comme chaque année depuis sa naissance en 1972 sous la présidence de Georges Pompidou – en même temps que le centre Beaubourg –, le Festival d’automne affiche dans Paris et sa banlieue une vaste programmation agrégeant arts plastiques, cinéma, danse, musique et théâtre. D’aucuns ont trouvé certaines années que les créations n’étaient pas si nombreuses, et les artistes ni très jeunes ni émergents... L’édition 2017 répond en partie à ces critiques en offrant un panorama équilibré de reprises et de créations, entre cultures savante et populaire... et en faisant la part belle à la participation d’amateurs ou du public, ce qui a souvent pour finalité d’interroger le spectacle sur lui-même.

La grande manifestation francilienne, qui s’étire entre mi-septembre et fin décembre, accueillera pour la première fois en France la plasticienne écossaise Karla Black, dans deux lieux, le musée des Archives

nationales et les Beaux-Arts de Paris (à partir du 20 octobre), tandis que le cinéaste et artiste américain Harmony Korine aura une exposition et une rétrospective au Centre Pompidou (du 6 octobre au 5 novembre). Il y aura aussi de la musique (notamment le quatuor Arditti), mais ce sont surtout la danse et le théâtre que met à l’honneur ce festival dirigé depuis 2011 par le metteur en scène Emmanuel Demarcy-Mota, directeur du Théâtre de la Ville.

Côté théâtre, la programmation s’ouvre avec *La Pitié dangereuse*, unique roman de Stefan Zweig que met en scène le Britannique Simon McBurney, avec la troupe de la Schaubühne de Berlin (du 14 au 24 septembre au théâtre de Sceaux). Sont également invités Romeo Castellucci (*Democracy in America*), Julie Deliquet (*Mélancolie(s)*, inspiré de Tchekhov), Vincent Macaigne avec deux créations (*Je suis un pays* et *En manque*) ou encore François Tanguy (Soubresaut). Les Britanniques de Forced Entertainment offrent quant à eux avec leur nouveau spectacle, *Real magic*, en forme de jeu télévisé abrutissant, une satire... de la société du spectacle.

Mais le plus attendu est sans doute le jeune metteur en scène français Mohamed El Khatib. *Révélation* du Festival (off) d’Avignon 2015 avec *Finir en beauté*, une pièce sur sa mère. À Paris, il présente deux spectacles, *Stadium* avec des supporters de football, et *C’est la vie*, sur la perte d’un enfant, ainsi qu’une conversation avec le cinéaste Alain Cavalier. *Stadium*, programmé dans six théâtre franciliens (du 27 septembre au 11 novembre), fait monter sur scène 53 fans du ballon rond. Mais pas n’importe



Gala de Jérôme Bel

lesquels : 53 supporters du Racing Club de Lens, ville ouvrière qui, comme Saint-Etienne, est réputée – à juste titre – pour avoir un des meilleurs publics de France. Par meilleur, entendre fervent, passionné... Dans la veine du théâtre documentaire (comme récemment *Des robes sous mes pieds*, pièce sur le drame du Rana Plaza écrite par Christophe Martin), cette « performance documentaire » aussi intime que politique révèle ce bassin minier du Pas-de-Calais, région de malheurs et de solidarités, de bruit et de fureur... Aux législatives de juin dernier, Lens et ses villes alentours (Liévin, Hénin-Beaumont...), tout en gardant un fort ancrage socialo-communiste, ont envoyé à l’Assemblée nationale quatre des huit députés FN du pays.

Ce choix de faire monter des amateurs sur scène fait écho à certaines propositions des chorégraphes Boris Charmatz et Jérôme Bel. À côté du jeune danseur français Noé Soulier (*Performing art*), de Maguy Marin (*Création*) ou de Dorotheé Munya-

Musique classique

Un cast de rêve



Martha Argerich à la Philharmonie

José Voss

Cela fait déjà un bon bout de temps qu’entre affiches de prestige dans la grande salle de Christian de Portzamparc et projets plus pointus dans les salles annexes le nouveau cœur de la vie musicale grand-ducale bat à son rythme de croisière. Pour le volet symphonique du cru 2017-2018, le mélomane n’aura que l’embarras du choix entre les phalanges les plus capées. Pour les amateurs de piano aussi, il risque d’y avoir des dilemmes cornéliens pour ne rien manquer entre les récitals des plus grands solistes de la discipline.

Le 14 septembre, c’est, une fois de plus, une affiche luxueuse qui attendait le public philharmonique. En effet, naviguant entre Russie et France via la Roumanie, Charles Dutoit, à la barre du prestigieux Royal Philharmonic Orchestra, s’est démultiplié pour porter des partitions aussi chamarrées que la *Rhapsodie roumaine op. 11/1* de Georges Enescu, le *Concerto en sol* de Maurice Ravel (avec le mythyque Martha Argerich) et Petrouchka, la rafraichissante escapade néo-classique d’Igor Stravinski. Un programme ambitieux qui a mis en avant toute la sensibilité, la puissance et la liberté artistique d’interprètes qui, à force de mener depuis belle lurette une carrière internationale des plus remarquées, sont aujourd’hui reconnus unanimement comme étant des valeurs sûres, voire, en ce qui concerne la soliste, comme étant sans doute la dernière légende vivante du piano.

Moteur de créativité tout autant que gardien des trésors classiques, le RPO est doté d’un savoir-faire hors pair. Aussi, dans la pièce rhapsodique qui ouvre la soirée, œuvre débordante de fougue propre à la musique populaire roumaine qu’Enescu a longtemps célébrée, c’est de tout son éclat qu’il brille sous la baguette experte du maestro helvétique, son actuel chef attiré. Élégance, aisance, prestance donnent l’impression d’assister à une véritable fête joyeuse et chaleureuse.

D’Enescu à son ami Ravel, il n’y a qu’un pas. Dans *Ma Mère l’Oye*, Dutoit, en fin connaisseur de la musique française à laquelle il a consacré de nombreux enregistrements, se montre impérial : modelé orchestral sensuel, dégradés exquis, montées en puissance saisissantes, climat féérique de chaque numéro.

La grande flamme-pianiste au talent phénoménal, l’étrilleuse de neurones, La Martha, mais aussi la panthère rebelle qui n’en fait qu’à sa tête, la sulfureuse « Reine des anneuluses, la briseuse d’icônes révolutionnaire dans un monde uniformément fade et mécanisé » (Philippe Sollers) : bref, on a tout dit de Martha Argerich. Tout et son contraire. Aussi ne présente-t-on plus « la pianiste du siècle », dont l’esprit et le corps semblent façonnés pour la musique et l’instrument qu’elle joue. Qui mieux est, 55 ans après ses débuts fracassants, la féline Argentine n’a rien perdu de sa gourmandise de jouer, de son énergie farouche, de son goût pour les échanges musclés. Comment ne pas être fasciné par l’habitude de la ténébreuse lionne, lorsqu’elle se jette, toutes griffes dehors et avec une furia étourdissante, dans le feu ravélien du *Concerto en sol* ? Dès l’entame de celui-ci, la magie agit. Tout n’y est que vitesse, éclat, rafale de notes. Que ce soit dans le rageur *Alllegromente* initial, dans la tendre rêverie de l’Adagio ou dans le fougueux et foisonnant Presto final, Martha-la-Grande marie à l’intelligence intime de l’univers ravélien une virtuosité pianistique débridée que le RPO, dirigé de main de maître par son ex-époux, met en évidence par ses éclats de rire, ses apartés jazzy, contreponts colorés à la soliste. Plus beau que ça, tu meurs ! Pour faire bonne mesure (ou pour nous achever !), elle offre un de ces bis de derrière les fagots dont elle seule a le secret.

Ce concert « haut de gamme » allait s’achever en point d’orgue – ou plutôt en feu d’artifice – avec un *Petrouchka* extraordinairement roboratif, mais aussi terriblement éprouvant avec son déferlement d’énergie assez extravagant, sa démesure typiquement russe, ses scènes juxtaposées en forme de mosaïque si difficiles à « illustrer » en l’absence du support visuel qu’offre le ballet. Mais Dutoit sait raconter une histoire, il sait aussi qu’un ballet ça se danse, il sait enfin « montrer » des sons. Quelle musique flamboyante, exécutée avec amour et dont on ne peut que tomber amoureux ! Quelle vitalité ! Enfin, quel enthousiasme irrépressible qui fait implorer l’œuvre et exploser le public ! De bonheur !

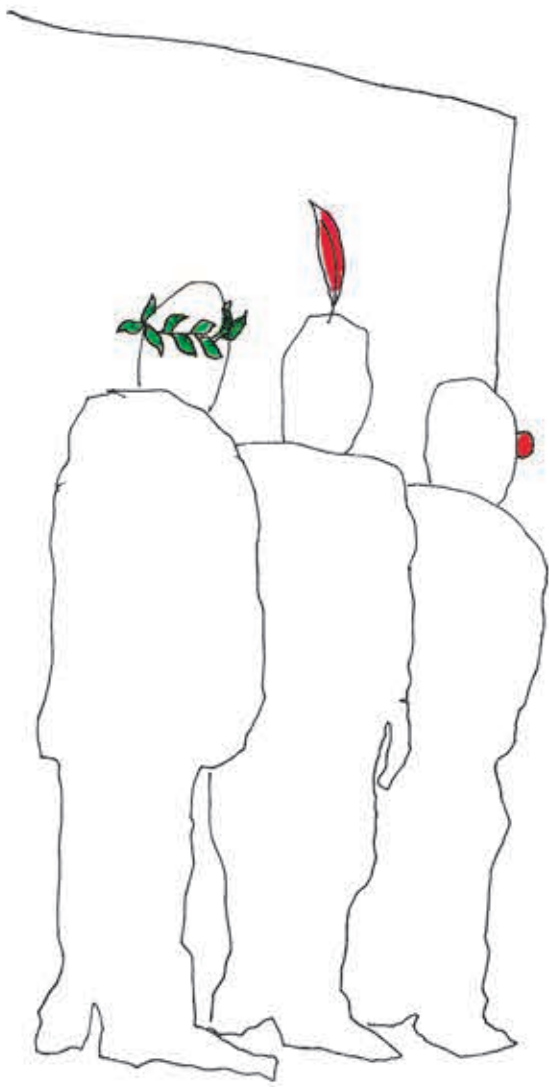
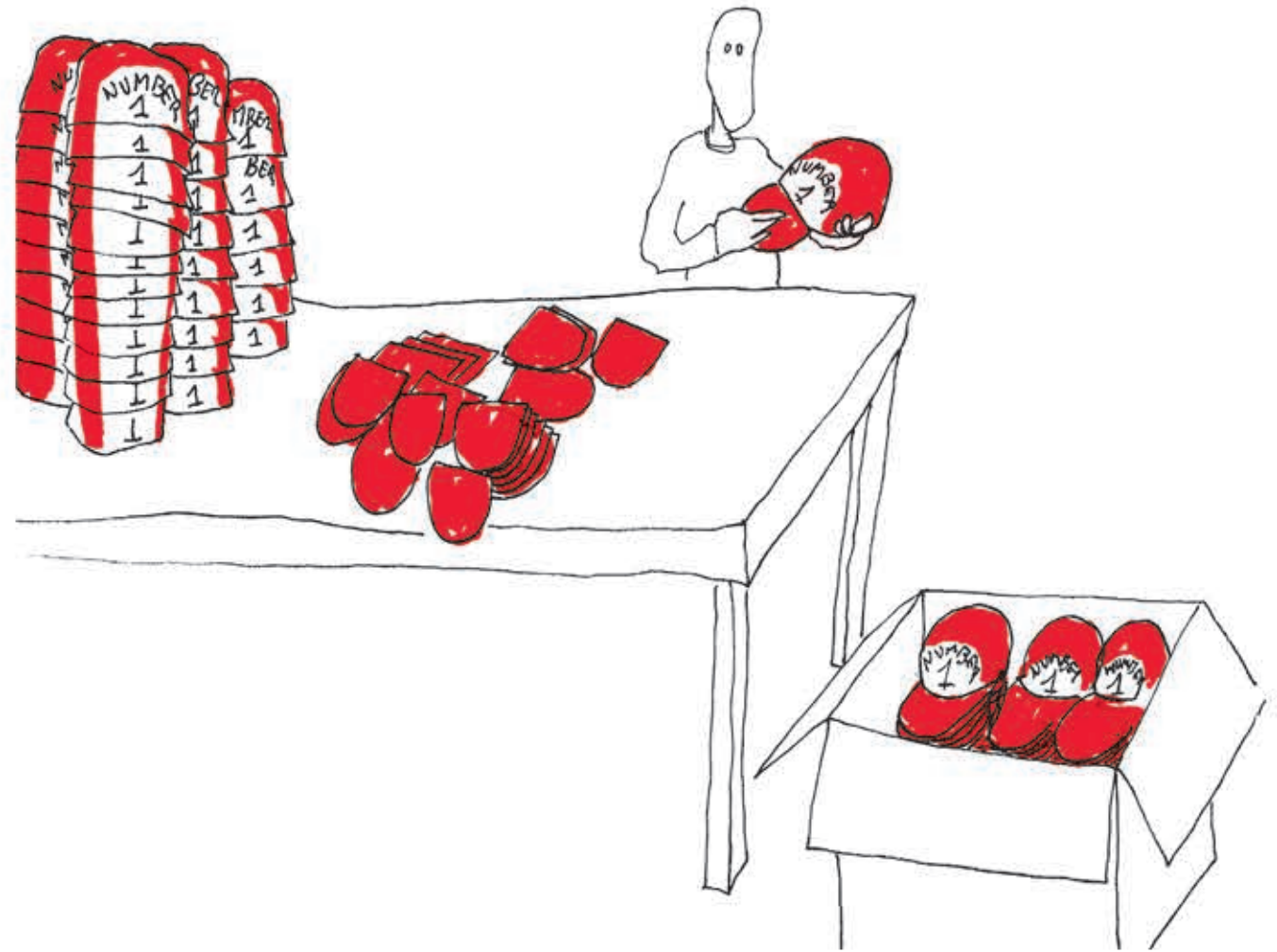
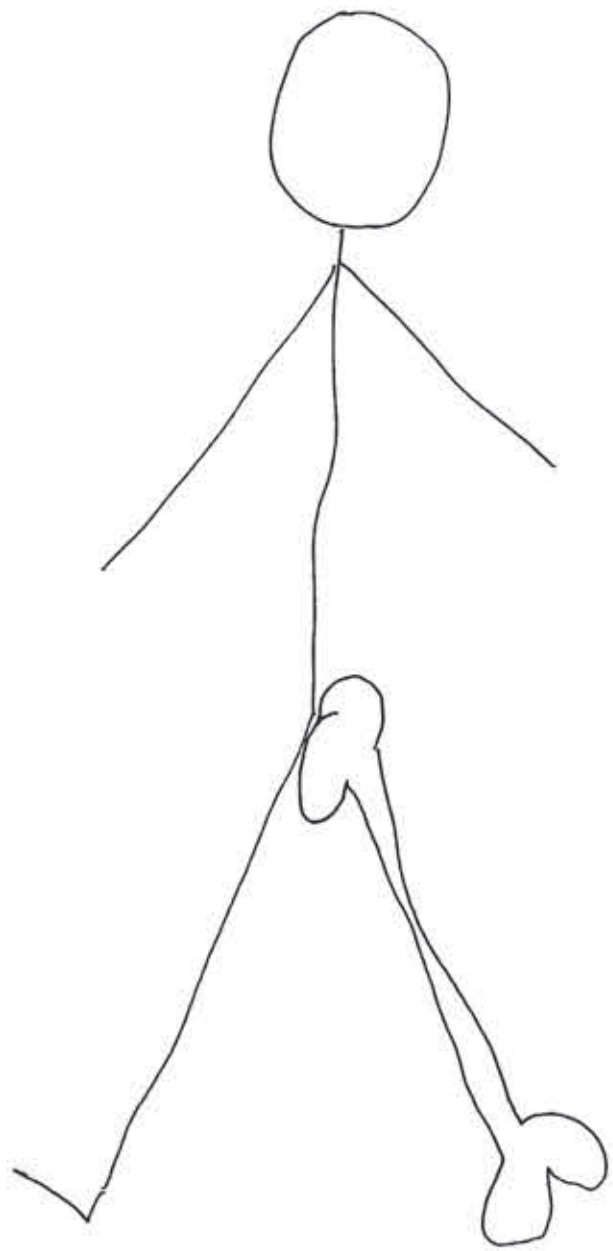
neza (*Unwanted*), la manifestation automnale propose deux spectacles de Charmatz dont *Fous de danse*, auquel pourront participer des centaines d’amateurs, le 1^{er} octobre au Centquatre. Les inscriptions sont en cours.

Avec pas moins de huit spectacles et un film, dans onze théâtres franciliens, c’est enfin Jérôme Bel qui tient le haut de l’affiche de ce festival qui lui consacre un « Portrait ». Le chorégraphe phare de la « non-danse » des années 1990 a connu de grands succès, notamment avec *Gala* (2015) dont les danseurs amateurs changent régulièrement, repris cette fois au Théâtre du Rond-Point et dans cinq villes de banlieue. D’autres de ses spectacles sont aussi repris, comme *Jérôme Bel* (sur la nudité), *Disabled Theater* (avec les acteurs handicapés du Theater Horta à Zurich), *The show must go on*, ou des portraits de danseurs comme Cédric Andrieux.

À quoi s’ajoutent deux créations : une par le Ballet de l’Opéra de Lyon, dont le nom n’est pas encore dévoilé ; et *Un spectacle en moins...* « parce qu’il y en trop », dit-il. Au théâtre de la Commune d’Aubervilliers (du 8 au 10 décembre), Bel cherchera à retrancher, à « enlever la spectacularité », notamment en rencontrant le public trois fois avant le spectacle, pour qu’il critique ce que le chorégraphe propose.

De quoi revenir à El Khatib. Avec le dispositif très particulier de *Stadium*, il assume la fragilité de son spectacle... « Le risque avec les supporters », a-t-il confié au *Monde*, « est que l’un décide de ne pas venir jouer, parce que c’est l’anniversaire de sa nièce, par exemple. En faisant ça, il me rappelle que je ne fais que du théâtre. Et que la vie c’est plus important, finalement ».

Programme complet : www.festival-automne.com



THE BOY WITH
THE WRONG ANSWER

École supérieure du travail

Formation complémentaire de droit du travail et de sécurité sociale pour les personnes assumant la gestion d’une entreprise de travail intérimaire.

Il est porté à la connaissance des intéressés que la formation complémentaire de droit du travail et de sécurité sociale pour les personnes assumant la gestion d’une entreprise de travail intérimaire (article L. 415-10 du Code du Travail) reprendra auprès de l’École supérieure du travail le 2 octobre 2017.

Le programme et l’horaire peuvent être demandés auprès de la direction de l’EST,
1, Porte de France
L-4360 Esch/Belval
téléphone 247-86202
téléfax 247-86131
e-mail : estinfo@est.etat.lu
www.est.public.lu
Facebook : *ESTNetwork*
Twitter : *#EstEstinfo*



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d’ouverture des offres :
Date : 07.11.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock’n’Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative aux travaux de nettoyage des façades de la Maison du Savoir à Esch-Belval

Section IV : Procédure

Conditions d’obtention du cahier des charges :
À télécharger sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l’inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l’adresse prévue pour l’ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l’ouverture. La remise électronique des offres est autorisée pour cette soumission.

Date d’envoi de l’avis au Journal officiel de l’U.E. :
21.09.2017

La version intégrale de l’avis n° 1701379 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 30.10.2017 à 10.00 heures

Description :
Soumission 2373 – Construction de 7 maisons unifamiliales, rue Cents à Luxembourg – Travaux de serrurerie

Conditions d’obtention du dossier de soumission :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l’inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l’adresse prévue pour l’ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l’ouverture.

L’intégralité de l’avis n° 1701365 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Poste vacant

Ministère de l’Éducation nationale, de l’Enfance et de la Jeunesse

Le Service national de la jeunesse se propose d’engager

Un(e) employé(e) A1

à 20 heures/semaine et à durée déterminée du 1^{er} octobre 2017 au 31 mai 2018

Les candidat(e)s au poste d’employé(e) doivent :
– être titulaires d’un grade ou diplôme délivré par un établissement d’enseignement supérieur reconnu par l’État du siège de l’établissement et sanctionnant l’accomplissement avec succès d’un master en pédagogie, en psychologie ou de son équivalent.

Le poste se situe dans le cadre de la mise en œuvre des nouvelles dispositions en matière d’éducation plurilingue dans le domaine de la petite enfance et les tâches y relatives peuvent être consultées à l’adresse internet suivante : <http://postes-vacants.men.lu>

Les candidat(e)s auront une connaissance adéquate des langues luxembourgeoise, française, allemande et anglaise. Ils (Elles) maîtriseront par ailleurs les outils informatiques usuels.

Une première sélection sera faite sur base des dossiers.

Les candidatures accompagnées d’un curriculum vitae, d’une copie du

diplôme requis ainsi que d’une photo récente sont à envoyer à
Monsieur le Directeur du Service national de la jeunesse
B.P. 707
L-2017 Luxembourg
pour le 29 septembre 2017 au plus tard.

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d’ouverture des offres :
Date : 03.11.2017
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d’installations de chauffage, de ventilation et de sanitaire à exécuter dans l’intérêt de la nouvelle construction sports et réfectoire du Lycée technique du Centre.

Description succincte du marché :
– Sous-station de chauffage 200 kW
– Ballon tampon 5 m³
– Env. 2 200 m conduites de chauffage, env. 26 radiateurs, env. 160 m de plaques rayonnantes, env. 600 m² de plancher chauffant
– 3 installations de ventilation (1 x 15 250 m³/h ; 1 x 3 000 m³/h ; 1 x 2 800 m³/h)
– Production eau chaude sanitaire
– Ensemble équipement de régulation, tableaux électriques, câblage
– Env. 100 appareils sanitaires
– Env. 1 950 m conduites de distribution et env. 625 m conduites eaux usées

– Système traitement d’eau
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible du marché est de 150 jours ouvrables à débiter au courant du 1^{er} semestre 2018.

Section IV : Procédure

Conditions d’obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.

La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Réception des offres :
Les offres portant l’inscription « Soumission pour les travaux d’installations de chauffage, de ventilation et de sanitaire dans l’intérêt du Lycée technique du Centre » sont à remettre à l’adresse prévue pour l’ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l’ouverture.

Date d’envoi de l’avis au Journal officiel de l’U.E. :
21.09.2017

La version intégrale de l’avis n° 1701380 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 27.10.2017 à 11.00 heures

Description :

2007 – Soumission pour les travaux de carrelage – transformation de la ferme Nelson Haff, 20 rue de la Poste à Colmar-Berg

Conditions d’obtention du dossier de soumission :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l’inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l’adresse prévue pour l’ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l’ouverture.

La version intégrale de l’avis n°1701364 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Avis officiel

Changement du plan de numérotation téléphonique de l’Administration du cadastre et de la topographie

À compter du 25 septembre 2017, le nouveau numéro de téléphone standard de l’administration sera le 247-54400.

Toute l’administration sera raccordée au Central Téléphonique du Gouvernement (CTG), donc les numéros de racine actuels (44901, 328796, 542048, 802930 et 750226) seront remplacés par une racine unique, à savoir la 247-54xxx.

L’annuaire avec les extensions respectives des agents (54400-54699) sera publié à partir du 25.09.2017 dans l’annuaire téléphonique de l’administration gouvernementale.

Pour de plus amples informations, le site internet de l’administration peut être consulté sous <https://act.public.lu/>

d’Lëtzebuurger Land

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d’Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l’accord écrit de l’éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32 ; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 3,50 € **Abonnement annuel** 120,00 € **Abonnement étudiant/e** 65,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003



Présences luxembourgeoises au Berlin Art Week

Au péril de l'art

Ronald Dofing

Par le nombre d'ateliers d'artistes et de galeries, Berlin a une densité enviée par de nombreuses autres capitales. Car même en ces temps de « gentrification » galopante, il est toujours possible de trouver d'anciennes friches ou des espaces atypiques pas trop chers pour pouvoir exercer une activité artistique sans avoir les yeux rivés en permanence sur les cours en Bourse. Mais voilà, il y a un hic : malgré cette carte de visite enviable et un biotope quasiment idéal, le milieu de l'art à Berlin peine à vivre de sa production. Plasticiens et galeristes se plaignent de la morosité du marché local, les collectionneurs préférant toujours leurs carrés traditionnels de Cologne, Londres ou Paris.

C'est pour tenter de remédier à ce contresens qu'une Berlin Art Week nouvelle formule vient d'avoir lieu la semaine passée, sous la houlette précisément de l'équipe rodée d'Art Cologne. Plus qu'une simple foire marchande, l'événement a d'emblée affiché une volonté d'être une vitrine de l'art contemporain à Berlin, en associant un large éventail d'institutions publiques et privées, et en insérant son propos dans le cadre plus large du renouvellement de plusieurs endroits phares de la culture berlinoise. Car cette rentrée signe un changement radical au sein des arts de la scène, avec le départ de Claus Peymann du Berliner Ensemble et l'arrivée de Chris Dercon à la Volksbühne, devant reprendre l'héritage difficile de l'ère Castorf. C'est notamment la nomination de ce dernier, auparavant directeur de la Tate Modern à Londres, qui a fait pas mal grincer des dents un public berlinois qui redoute un affaïssissement de son avant-garde turbulente dans une soupe globalisée, avatar artistique d'une boboisation de la culture manigancée en haut lieu.

Pour désamorcer ces critiques, Dercon a mis le paquet en confiant au chorégraphe Boris Charmatz l'immense terrain de l'ancien aéroport de Tempelhof afin qu'il l'occupe pendant toute la durée de l'Art Week, avec l'aide d'autres pointures invitées (comme Anne Teresa de Keersmaecker, dansant la *Partita* de Bach à minuit sous une voute étoilée) et en associant les spectateurs à la gestation de son nouveau spectacle *Mille gestes*. Tous les quartiers de la ville se sont d'ailleurs vus investis par des performances de toutes sortes, comme Catherine Loret à Neukölln pour un projet intitulé *Gitarung des Endsommers – Der alte Weg* (précédé par une discussion avec Enrico Lunghi et Lisa Mühleisen).

Une présence luxembourgeoise confirmée d'ailleurs par le stand bien en vue d'Erna Hecey au cœur de la foire, la galeriste y présentant, comme à son accoutumée, une sélection pointue de niveau international, avec des œuvres de Little Warsaw, Eleanore Anthin, Suzanne Lafont, Peter Friedl ou encore le travail filigrane de Lili Dujourie. C'était surtout l'occasion de (re)découvrir le travail conceptuel de Rainer Oldendorf, après sa participation à la Documenta (et qui rend d'ailleurs dans ses vidéos un hommage discret et récurrent à sa galeriste). Dans le droit fil de Fluxus, Oldendorf propose un parcours autoréférentiel qui questionne le rôle de l'art et de la politique à travers un portrait filmique au long cours, dont l'épisode « marco 14 » a été produit lors d'un séminaire à Athènes lors de la Documenta délocalisée. Un travail conceptuel d'une actualité et d'une force indéniables, pour la présentation duquel Erna Hecey a été épaulée par le photographe et curateur Jeff Weber (qui, après son projet de Kunsthalle-Leipzig, se concentre désormais en priorité à son propre atelier berlinois).

Le Michel Majerus Estate a aussi tenu à ouvrir ses portes pour une visite commentée du travail d'inventaire et de présentation continue du legs du peintre luxembourgeois, dans le cadre de son ancien atelier de Prenzlauer Berg où siège désormais la fondation qui gère son héritage (et où on a pu croiser Serge Ecker, lui aussi en déplacement à Berlin pour la coordination de son prochain projet). Actuellement, on peut voir dans ce lieu sauvegardé (tous les samedis, ou sinon sur rendez-vous) le deuxième chapitre d'un accrochage de travaux du début de la carrière de Majerus, qui mettent en valeur, à travers une méticuleuse recherche des sources (doublée de l'édition de cahiers de notes (« Notizhefte ») qui met en valeur la réflexion menée par l'artiste sur des modèles comme Beuys, De Kooning ou encore Basquiat, et intitulée *Laboratorium für die Feststellung des Offensichtlichen*.

Le bloc-notes contient des annotations datées avril 1995 sur la place de l'art dans le contexte social, qui



Erna Hécey et Jeff Weber à l'Art Berlin (en haut) ; Serge Ecker au Michel Majerus Estate

La Berlin Art Week a montré avec force que l'artiste reste un séismographe et une voix dans une époque d'arrangements et de pudeurs politiques coupables

gardent toute leur pertinence aujourd'hui : « Ist es vielleicht wichtig zu betonen, dass in Krisenzeiten in denen niemand junge Kunst kauft + in denen man das Gefühl kriegt nur Reaktionäres hat Bedeutung, dass in solchen Zeiten einem nur noch bleibt Reaktionäres zu produzieren. ». Cela pose effectivement la question de l'esprit du temps et de la possibilité d'interagir avec un contexte politique caractérisé par le repli identitaire et le retour aux « valeurs » du passé. Dans ce sens, ce qui se passait dans les marges de l'Art Week était plutôt encourageant : ainsi, Wolfgang Tillmanns a-t-il relancé son initiative de l'année passée où il avait soutenu à Londres une campagne d'affichage contre le Brexit, en proposant des tracts incitant les Allemands à aller voter (contre l'AFD), à télécharger sur son site web. On a pu assister en parallèle à une initiative conjugulée franco-allemande en faveur du dissident russe Kyrill Srebrennikov, assigné à résidence suite à des accusations fallacieuses et sous la menace d'un jugement arbitraire, initiative menée, en face du silence des politiciens, par les têtes pensantes du

théâtre des deux capitales, le tandem Olivier Py/ Isabelle Huppert à Paris, et Thomas Ostermeier/ Nina Hoss à Berlin. « Diplomatie de l'art » à nouveau ce même weekend à Istanbul : apparemment loin des rives de la Spree, l'ouverture de la Biennale dans la capitale turque doit tout à ses co-curateurs berlinois, le duo Elmgreen et Dragset, dont la centrale créative est installée justement dans un ancien générateur électrique à Neukölln, et qui offrent ainsi une plateforme inestimable à tous ceux qui veulent encore s'exprimer individuellement dans le climat oppressant actuel. Et si l'on sait que le même couple d'artistes a orchestré en début d'année le lancement de l'énorme galerie König, participant également à l'Art Week et située dans une église désaffectée à l'architecture brutaliste dans le quartier de Kreuzberg, et que cette galerie montre actuellement une exposition des derniers travaux de l'enfant chéri des collectionneurs berlinois, Norbert Bisky (avec son obsession de l'irruption de la violence terroriste depuis qu'il avait participé en personne au massacre de l'hôtel Taj à Mumbai), la boucle est rapidement bouclée, la place prépondérante de la capitale allemande dans le circuit artistique mondial confirmée.

Au-delà du constat évident que l'art a besoin de mécènes et d'acheteurs, la Berlin Art Week a montré avec force que l'artiste reste un séismographe et une voix – souvent solitaire, mais d'autant plus essentielle – dans une époque d'arrangements et de pudeurs politiques coupables en des temps qui voient le retour inquiétant des tentations autoritaires et nationalistes. Réinsérer l'art dans un contexte large en dehors des simples circuits fermés du secteur, entamer un dialogue entre les disciplines qui fasse sens, faire émerger des réseaux souterrains qui irrigueront peut-être un jour une pensée commune : si on n'y est pas encore, l'énergie de Berlin montre le chemin. Et beaucoup de créateurs luxembourgeois y sont sensibles, même (ou peut-être tant mieux) s'ils y arrivent en ordre dispersé, mus par leurs envies personnelles.

Cinéma

Barbara mise en abyme

Lucien Kayser

Amateurs de *biopics*, s'abstenir ! A priori, le mot déjà serait à proscrire, il suffirait de remplacer l'anglicisme par « film biographique », ça dirait bien ce que ça veut dire, film reprenant le récit plus ou moins linéaire d'une vie. Chose impossible avec Barbara, la longue dame brune de la chanson française ; chose qui n'est pas souhaitable non plus, elle rendrait mal compte de la chanteuse.

Jacques Tournier, auteur du volume *Barbara*, dans la collection *Chansons d'aujourd'hui*, paru dès 1968 chez Seghers éditeur, l'avait de suite compris et averti son monde. « Dans ce que je sais d'elle, écrivait-il, les précisions de dates et de lieux n'apparaissent guère, ajoutant que si les chiffres intéressent le lecteur, il ne pourra être que déçu. » De même si l'on veut aller tranquillement d'un moment à un autre (de la vie), d'un endroit à un autre. Dérouler une vie, en somme, pas question.

Jacques Tournier figure doublement dans le film de Mathieu Amalric. En homme plus jeune, en homme plus âgé ; tel qu'il a connu la chanteuse, tel qu'il se trouve après sur le tournage du film, faisant alors partie en quelque sorte du décor. Vers la fin, voilà qu'il constate que tel tableau dans l'appartement n'était pas du bon côté, à peine l'a-t-il dit que derrière la fenêtre l'image de la ville tombe, la toile bien sûr. Nous sommes sur un plateau, film dans un film, ou pour le dire plus savamment, dans une mise en abyme. On pourra dire aussi que Mathieu Amalric, dans ce qui s'apparente à une danse des voiles, ne cesse d'en jeter, fait donc exactement le contraire. La mise en abyme n'est pas une confusion, c'est de la superposition, en l'occurrence de son ex-compagne Jeanne Balibar par-dessus Barbara. De sorte qu'un critique a pu joliment intituler son texte « Balibarbara », on est aussi dans les tables gigognes, les poupées russes, et c'est fascinant de les voir s'émboîter.

À un moment du film, quelqu'un pose la question au réalisateur Zand alias Amalric si son film porte sur Barbara ou sur lui-même ; pas de différence, répond-il. On le croit volontiers, tellement ses yeux, ceux de Tournier non moins, sont attachés à l'actrice, avec la même ferveur à la chanteuse qu'elle joue. Tellement c'est vrai aussi de notre côté, et c'est vrai aussi pour les parties chantées. C'est l'éblouissement, elle s'éloigne, les deux restent désespérés, on l'est aussi.

Dans le texte qui précède dans son livre un choix de chansons de Barbara, Jacques Tournier avait pris tels moment, sorti tels épisodes, dans le désordre, mais comme ils en disaient long ; cela restait très éparpillé, il avait averti. Mathieu Amalric fait de même, en a repris certains, telle cette conduite nocturne, son chauffeur s'est endormi, Barbara a posé la main sur le volant, le pied gauche sur l'accélérateur, elle qui n'avait jamais conduit. « Ni peu, ni plaisir, ni sentiment d'un exploit quelconque ou d'un défi. » Mais quelle entrée dans le relais pour routiers où ils s'arrêtent, et elle va droit au piano.

L'autre soir, au Kinopolis Longwy, la projection du film était précédée par un tour de chant de Marie-Hélène Féry, de chansons de Barbara bien sûr ; elle était accompagnée par Roger Pouly et Sergio Tomassi, l'accordéoniste des dernières années de Barbara. C'était de quoi ajouter à la mise en abyme, cette chanteuse devant l'écran (elle ne cherchait pas du tout à imiter, elle a eu sa manière à elle, son talent à elle) où allaient très vite après apparaître Balibar et Barbara, où allaient se mêler les images du tournage d'un film et les archives d'une carrière.

Il pourrait ainsi être question également de collage, on sait le procédé dans l'histoire de l'art, de la surprise, de la liberté, du désordre peut-être, pour aller vers plus de vérité. Du désordre, non, un ordre autre, plus profond, organisé selon d'autres critères. Les miroirs abondent dans le film, réfléchissent les images des deux femmes, au point qu'il en devient un kaléidoscope jetant ses mille feux, ses braises, à la façon des souvenirs qui s'effeuillent au calendrier selon Barbara. Dans une autre chanson, elle commence par nous apprendre qu'elle ne sait pas dire je t'aime, qu'elle ne peut pas dire je t'aime. « Tiens, au piano, je vais le dire/ Amoureuse du bout des doigts/ Au piano, je pourrai le dire... » Mathieu Amalric l'a dit dans un film, aux deux femmes dont il a préservé, respecté le mystère ; on n'en aime le film, on ne les en aime que plus.



Jeanne Balibar en Barbara

STIL

Besuch auf dem Weingut Egon Müller

Die Melancholie des Rieslings

Paul Rauchs

Heute vor einer Woche, genau einen Tag und 150 Jahre nach der Erstveröffentlichung des ersten *Kapital*-Bandes von Karl Marx, organisierte der Verband deutscher Prädikatswinzer seine 17. Rieslingversteigerung. Die Ironie der Geschichte will, dass Marx eine seiner frühen Arbeiten der Misere der deutschen Moselwinzer widmete und dass manche ihrer Weine heute locker mehrere tausend Euro wert sind. Neulich waren wir bei Egon Müller dem Vierten, dem Papst der Moselwinzer zu Gast, um über den König

der Moselweine, den Riesling, zu disputieren und so ganz nebenbei den letzten Jahrgang zu verkosten.

Der Riesling hat ein Identitätsproblem. So wie dieser Kabinett 2016, den wir an jenem sonnigen Frühlingsnachmittag bei Egon Müller nicht verkostet, sondern getrunken haben. Im Scharzhof gewachsen, ist dieser Saarwein eigentlich ein Moselwein. Manchmal ist er trocken ausgebaut, meistens ist er feinherb und hie und da gibt er sich edelsüß die Ehre. Zwei



Der Riesling verleugnet nie seine Persönlichkeit, aber er setzt sie ganz in den Dienst seines Terroirs, und nirgends ist dieses größer als in den Steinlagen der Saar, Mosel, Ruwer und Nahe



L'objet

(Futures) mamans, tatas, tantines, marraines, et autres qui désirez combler une petite princesse avec un vêtement original, rendez-vous au Mudam. En principe, l'endroit ne semble pas le plus approprié pour combler une nympnette en lui offrant une robe, une blouse, un sweat, ou même un doudou. Mais en ce moment, le coin design de la boutique du musée est habité par **Sophi(e)stication Couture**, qui associe les plus belles-matières en créant du prêt-à-porter et du sur-mesure pour ces damoiselles. Derrière le logo se cache Sophie DeWalque, styliste présente à tous les marchés des créateurs des dernières années, et qui continue à offrir un choix de petites tenues capables de changer ces futures dames en véritables bouts de chou. Vous pouvez évidemment, pour toute personnalisation, vous rendre directement à l'atelier de Sophie à Dudelange. Mais sachez qu'au Mudam vous attendent quelques belles petites surprises aux prix qui étonneront même les fidèles clientes de Zara ou de H&M. Nous avons été étonnés d'y trouver une belle petite robe de danseuse avec jupe en tulle pour le prix annoncé de ...quarante euros (photo : GD). De quoi vous ruer sur la boutique, n'est-ce-pas ? N'oubliez pas de jeter en même temps un œil aux expos du moment, toutes particulièrement intéressantes. (www.mudam.lu) GD



L'endroit

C'est un restaurant peu conventionnel. Vous le trouverez à Nancy entre la Place Stanislas et la gare, à côté du marché couvert. Il s'appelle **Le grand sérieux**, existe depuis une ribambelle d'années et se distingue par l'énorme clivage entre le look de cette brasserie et le contenu de votre assiette. Les murs sont des plus quelconques, le mobilier aussi. Et le sol en mosaïques (qui date de 1870 ; photo : GD) connaît quelques boursouflures qui ont obligé le proprio de bien caler les tables pour que votre sauce n'atterrisse pas sur votre braguette. Parce que sauce il y a. Et c'est là que ça devient intéressant. Le Chef s'appelle Antoine Anclin, a travaillé pour de grands étoilés et vous sert une bavette aux légumes dont vous saucerez le jus jusqu'au fond de votre assiette avec du pain bien croustillant. Les desserts et le café sont aussi bons que les giroles qu'on vous aura servi en supplément de votre plat pour à peine trois euros de plus. Attention ! On y déjeune tous les jours à midi en semaine, mais en soirée que le vendredi. Le reste du temps est mis au service des amateurs de bons vins. Un très bon Costières de Nîmes a été testé par nos soins pour 3,50 euros le verre. Il s'agit de ce genre de bons endroits sans chichis, dénichés jadis par le guide *fooding* et maintenant récupérés par le plus chichiteux Michelin qui vient de racheter quarante pour cent du guide aux ambitions plus conviviales. Coup de cœur ! GD



L'endroit

On vous l'avait annoncé. Le voilà métamorphosé : L'ancien restaurant Clé de sol à l'arrière de la Philharmonie est devenu **Tempo**, nom qui annonce le rythme (photo : GD). Stephanie Jauquet, patronne du Um Plateau et des Cocottes sait ce que représente une clientèle pressée. Voilà pourquoi tout a été prévu, grignotages à l'appui, pour contenter ceux qui veulent vite manger une bricole avant ou après le concert. Morris Clip, qui fit comme Chef les beaux jours de la Brasserie Schumann avant de faire un copier-coller de sa carte au Frantz, sans doute sur demande des patrons, déploie enfin ses ailes et fait de nouveau germer son inventivité et ses petites retouches à des plats plutôt traditionnels. Son tajine de poulet est un bain de parfums épicés, ses frites croustillantes sont présentées d'une nouvelle façon, son dessert chocolat-concombre-speculoos-huile d'olive un délicieux délire bien équilibré. Les vins sont servis avec la complicité de la généreuse maman de Jonathan, responsable du Um Plateau, qui s'y connaît en pinards et reprend la gérance du Tempo. Avec elle, manger au comptoir va devenir un plaisir. Côté déco, du rotin, du bois naturel, et de sublimes dessus de table en marbre vert poison. Le tout avec une toute légère sophistication, mais assez basique pour qu'on s'y sente comme chez soi. GD

Seelen wohnen ach, pardon, Gott sei Dank, in seiner Brust, eine süße und eine saure, die sich im Glas und in der Flasche spannende Zweikämpfe liefern. Der Riesling ist der Fregoli unter den Weißweinen, er ändert seine Erscheinung je nach Winzer und Terroir genauso oft und schnell wie der geniale Verwandlungskünstler Anfang des vorigen Jahrhunderts. Dabei überlässt er den Titel Kaiser des Weißweins gerne seinem Nebenbuhler Chardonnay, der seine Größe nur dem Terroir verdankt, so wie der Kaiser seine Macht aus dem Volke schöpft. Wer sagt schon vom Montrachet, dass er ein Chardonnay ist?

Ganz anders beim Riesling. Er verleugnet nie seine Persönlichkeit, aber er setzt sie ganz in den Dienst seines Terroirs, und nirgends ist dieses größer als in den Steinlagen der Saar, Mosel, Ruwer und Nahe. Egon Müller, der vierte seines Namens, der sechste seiner Linie, baut exklusiv exklusiven Riesling in seinen Weinbergen aus. Seine Kredenzen gelten als die Weltbesten und erzielten auch schon mal 15 000 Euro pro Flasche auf der VDP-Versteigerung in Trier. Er produziert keine trockenen Weine, auch wenn der Markt heuer danach fragt. Diese Häresie überlässt er gerne seinen Kollegen, auch denjenigen aus Luxemburg, deren Muschelkalkböden sich besser für diese Art von Ausbau eignen.

Schiefer, der ganze Schiefer, nichts als Schiefer lautet das Credo seiner Saarlagen. Dabei ist Egon Müller beileibe kein „Terroirist“, kein Ayatollah des biologischen oder gar des biodynamischen Weinbaus. Das Terroir, dieses Zusammenspiel von Bodenbeschaffenheit, Klima, Lagenhang, Tradition ... und Glaube, manchmal Aberglaube, hat bei einem großen Wein wohl das letzte Wort, aber um dieses Wort zu übersetzen und zu interpretieren bedarf es der Rebe und des Winzers. Die Aufgabe des Letzteren ist mit der des Übersetzers, oder besser noch, des Psychoanalytikers zu vergleichen. Seine Größe liegt in seiner Bescheidenheit : Um die Wahrheit des Patienten und des Weines zu revelieren, muss er sein Genie in den Dienst der Natur stellen. „Ich bin Erbe dieses Schatzes“, sagt bescheiden der Winzer, der keinen *Winemaker* beschäftigt, wie zum Beispiel viele seiner Kollegen aus dem Bordeaux. Name und Vorname sind Omen und so erbt und vererbt Egon Müller der Vierte seinen Weinberg und auch seine Flaschen, die schon mal viele Jahrzehnte nicht überleben, sondern leben. So wie dieser Kabinett 1995, den der Meister jetzt aus dem Keller holt und dessen Süße sich nach all den Jahren etwas hinter der Säure und den Ries-

ling-typischen Petroleumnoten versteckt. Und genau dieses Versteck- und Spannungsspiel zwischen Säure und Süße, zwischen Frucht und Petroleum machen die unbeschreibliche Leichtigkeit des Rieslings aus. Eine Spätlese aus dem großen klassischen Jahrgang 1999 liefert ein weiteres beeindruckendes Zeugnis von dieser Tension, die weit mehr Tanz als Kampf ist.

2016 war ein klassischer Jahrgang, dessen Mostgewichte keine großen edelsüßen Weine im Scharzhof hervorbrachten. In der benachbarten Wiltinger Braunen Kupp aber, die Egon Müller unter dem Namen „Le Gallais“ bewirtschaftet und deren Hang etwas südlicher neigt, kreierte der Meister eine Auslese, deren Süße unsere Vorderzunge nie übermüdete und stattdessen unsere Speicheldrüsen bis zum Genuisse streichelten.

Und so wie Säure und Süße, primäre und tertiäre Aromen, Alkohol und Schmelze sich necken und zanken, so zankt und neckt der Winzer sich mit seinem Weinberg. „Und wenn auch die Wahrheit des Terroirs in den feinerherben Weinen liegt, so macht es mir doch Spaß hie und da die Natur zu überlisten und eine Trockenbeerenauslese zu kreieren“, avouiert Egon Müller uns nach der siebten Flasche, eben einer Beerenauslese 2005 aus dem Scharzhofberg. „Und dann ist das“, fügt er verschmitzt hinzu, „auch schon mal mehr ein Egon-Müller-Wein als ein Scharzhofberger.“

Egon Müller vertreibt seine Weine nicht selbst. Er organisiert auch keine Verkostungen und Führungen in seinem Haus. Aber er stellt schon mal gerne seinen Gästen seine Weine vor, so wie ein Maler seine Bilder in seinem Atelier zeigt. Und dann steht auch kein Spucknapf auf dem Tisch, dann wird auch keine neue Flasche geöffnet, ehe die vorherige ausgetrunken ist und dann kommt es schon mal vor dass man sich fühlt wie bei Platos Bankett. Acht bis zehn Prozent Alkohol sind nicht viel, sie summieren sich aber nach einigen Flaschen zu einer süßen intellektuellen und genussvollen Trance, in der es sich wunderbar philosophieren lässt.

Die alten Griechen, die es ja wissen mussten, philosophierten nie ohne Wein, und Aristoteles, in seinem berühmten *Problem XXX*, verglich ihn gar mit der Melancholie. Ja, Egon Müllers Rieslinge sind melancholische Tropfen. Denn so wie die Melancholie die Trauer versüßt, veredelt im Riesling die Süßigkeit des Weins die Bitterkeit des Seins.

ARBEITSMARKT WECHSELKURS INFLATION

AUSSTIEG AUS DEN UNKONVENTIONELLEN MASSNAHMEN

land

AKTIV / PASSIV

INVESTIEREN IN IMMOBILIEN UND AUTOS

PLACEMENTS

BANQUES CENTRALES

CE TAUX EST UN CONCEPT THÉORIQUE ET DIFFICILE À CALCULER

WO IST MEIN GELD HIN?

FACEBOOK, TWITTER UND INSTAGRAM CHECKEN, DANN DEN KONTOSTAND PRÜFEN

EINE LISTE VON 10 000 BANKKUNDEN

DEN REKONSTRUIEREN BRUTTOERTRAG

EINNAHMEN/AUSGABEN

DIE UNTEREN UND DIE OBEREN 20 PROZENT

LE BESOIN DE CONTACT HUMAIN

CERTAINS PROGRÈS TECHNOLOGIQUES SEMBLENT PLUS POPULAIRES QUE D'AUTRES

SUCRERIES, FAST FOOD,

CHIPS, GLACE

S O N T - I L S D E S P E T I T S C R É S U S ?

DROIT AU COMPTE

MIR GLEEWEN UN D'KONKURRENZ. ASS DAT, W A T D P R Ä I S S E R N O E N N E B R É N G T

LOHNVERGLEICH

JETZT WIRD'S POLITISCH

Index

23
"Sehr langsam, sehr progressiv"
Nach Jahren der Zinstiefstände sind die Zentralbanken dabei, die Rückkehr zur Normalität einzuleiten. Dabei werden sie vorsichtig sein, erklärt Chefvolkswirt Yves Nosbusch von BGL BNP Paribas
Fragen: Michèle Sinner

24
Aktiv/Passiv
Haushaltsbilanz I: Weniger Haushalte haben mehr Schulden
Michèle Sinner

25
Enjeux pour les actifs financiers
Politique des banques centrales
Guy Ertz

Die scharfe Schere zwischen Soll und Haben
Verbraucherzinsen
Romain Hilgert

26
Aufstehen, duschen, Kontostand prüfen
Mobile Bankanwendungen haben das Verbraucherverhalten verändert. Nun müssen die Banken nachziehen und die Funktionalitäten anpassen, wenn die Kunden treu bleiben sollen
Michèle Sinner

27
Einnahmen/Ausgaben
Haushaltsbilanz II: Die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung geben jährlich 2,4 Mal so viel aus wie die einkommensschwächsten 20 Prozent
Michèle Sinner

28
La relation humaine reste au cœur du conseil financier
Malgré les avancées technologiques
Georges Canto

29
The kids are all right
L'argent de poche et sa valeur
josée hansen

30
700 Milliarden mit Pepp
Die EU-Kommission will eine "pan-europäische" private Rentenversicherung einführen. Ob das klappt, ist nicht sicher: Die Mitgliedstaaten müssten ihr dieselben Steuervorteile gewähren wie einheimischen Produkten
Peter Feist

31
"Mir gleewen un d'Konkurrenz"
Le Luxembourg vient d'introduire le "droit au compte" mais sans en plafonner les coûts pour les plus vulnérables
Bernard Thomas

32
Und was verdienst du so?
Lohnvergleich
Ines Kurschat

Wendepunkt

Michèle Sinner

Seit Jahren steht die *Placements*-Beilage des *Lëtzebuurger Land* (so wie die anderer Zeitungen) im Zeichen der historisch niedrigen Zinsen und der Suche nach sicheren, alternativen Anlagen, die es denjenigen, die Geld zum Investieren übrig haben, ermöglichen sollen, es vor der Inflation in Sicherheit zu bringen. Nun bereitet die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Ausstieg aus den verschiedenen Maßnahmen vor, mit denen sie seit 2007 gegen die Auswirkung der Finanz-, der Wirtschafts- und der Eurokrise kämpft. Angst vor schnellen, steilen Zinshaussen müssen diejenigen, die einen Immobilienkredit abstottern, allerdings nicht haben. Denn die EZB wird bei der „Rückkehr zur Normalität“, sehr vorsichtig sein (Seiten 23-24). Diese Politikwende wird dennoch Folgen auf verschiedene Anlageklassen haben (Seite 25).

Neben diesen Aspekten setzt sich diese Beilage vor allem auch mit Themen auseinander, die Konsumenten interessieren dürften, deren finanzielle Kapazität nicht unbedingt ausreicht, um zu investieren. Denn in den vergangenen Jahren war die Inflation so niedrig, dass sich große und kleine Bankkunden darum wenig Sorgen machen mussten. Vielmehr entstand in den vergangenen Monaten eine hitzige Debatte um die Anhebung der Bankgebühren auf Girokonten, den Gebühren für am Schalter durchgeführte Transaktion um und Bargeldabhebungen sowie um die Schließung von Filialen und letztlich darum, ob die Finanzinstitute die Kunden drängen, ihre Bankgeschäfte selbst im Internet zu verwalten, um Kosten zu sparen.

So gesehen, lässt sich die These vertreten, dass sich die Beziehung zwischen Banken und ihren Kunden ebenfalls an einem Wendepunkt befindet; dem digitalen Wendepunkt. Sollen die Kunden künftig vor allem ihr Webbanking benutzen, um mit ihrer Bank zu kommunizieren, müsse manche Anwendungen stark nachgerüstet werden (Seiten 26-27).

Daher geht es um den Umgang mit Geld überhaupt, von Kindesbeinen an (Seite 29), um das Verhältnis zum Gehalt der Kollegen (Seite 32) darum, wofür die Luxemburger Haushalte ihr Geld tatsächlich ausgeben, und nicht zuletzt darum, wie der Zugang zum Bankensystem geregelt wird, nachdem Luxemburg die entsprechende EU-Richtlinie mit Verspätung (für einen Bankenstandort mehr als peinlich) umsetzt (Seite 31).

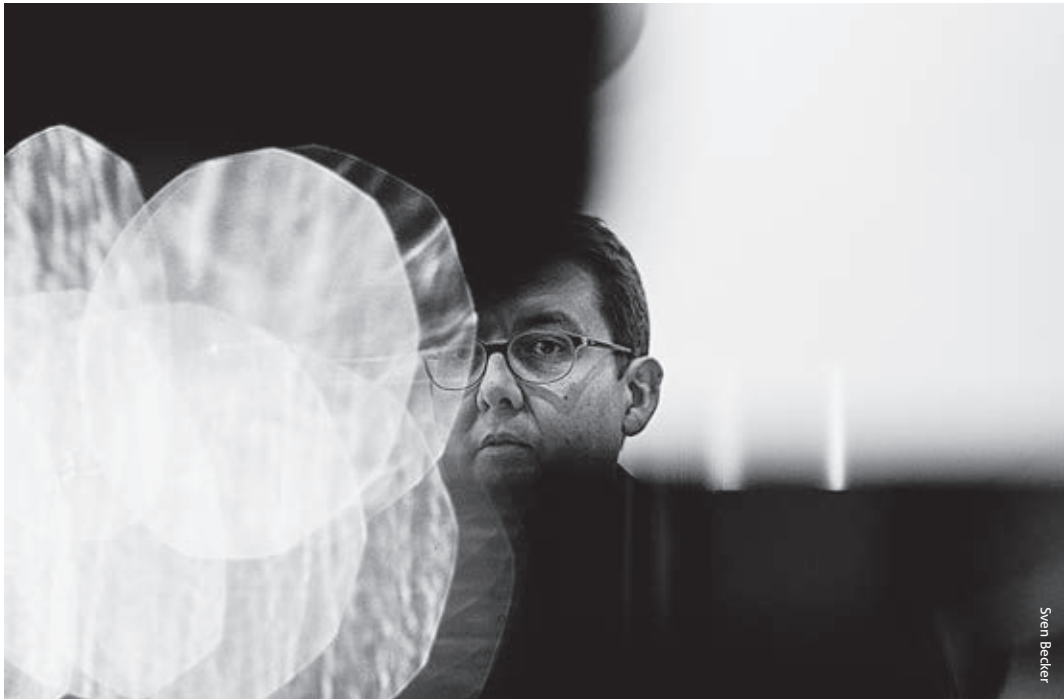
Schließlich ist auch die Altersvorsorge ein Thema. In Luxemburg ist sie nicht nur ein Dauerbrenner, weil alle möglichen internationalen Institutionen wechselnden Regierungen bescheinigen, das Rentensystem werde in Kürze kollabieren. Sondern auch, weil die heimische Finanzbranche vor dieser Horrorkulisse ein Interesse daran hat, wohlhabenden Kunden Finanzprodukte zur privaten Rentenvorsorge zu verkaufen. Die Frage ist, zu wessen Vorteil (Seite 30)?

Land-Fotograf Sven Becker hat diese Beilage mit einer Bilderserie illustriert, die im Spielcasino in Mondorf, dem Casino 2000, entstanden ist.



Nach Jahren der Zinstiefstände sind die Zentralbanken dabei, die Rückkehr zur Normalität einzuleiten. Dabei werden sie vorsichtig sein, erklärt Chefvolkswirt Yves Nosbusch von BGL BNP Paribas

„Sehr langsam, sehr progressiv“



Yves Nosbusch, ...

Fragen: Michèle Sinner

D'Lëtzebuurger Land: Herr Nosbusch, der Anfang der großen Finanz- und Wirtschaftskrise jährt sich 2017 zum zehnten Mal. Wie schätzen Sie die Reaktion der Zentralbanken im Rückblick ein?

Yves Nosbusch: Die großen Zentralbanken haben damals schnell, umfangreich und konsequent auf die Finanzkrise reagiert. Sie haben mutige Entscheidungen getroffen, die teils sehr unkonventionell waren und die dazu beigetragen haben, die Krise gut zu verwalten. Man kann zum Vergleich die Krise von 1929 heranziehen und was in den Dreißigerjahren passiert ist. Viele Ökonomen, die sich mit dieser Krise auseinandergesetzt haben, sind der Meinung, sie war teilweise so tief, weil die Zentralbanken nicht eingeschritten sind. Damals war die Philosophie, wenig einzugreifen, viele Banken, zumal in den USA, gingen Pleite und es kam zu einer großen Kreditbeschränkung, was wahrscheinlich wesentlich dazu beigetragen hat, die Krise zu verschlimmern. Interessanterweise hat sich der ehemalige Chef der amerikanischen Zentralbank Federal Reserve, Ben Bernanke, während seiner akademischen Karriere auf die Analyse dieser Krise spezialisiert und eine der Schlussfolgerungen seiner Forschung war genau das: Dass die Zentralbanken damals zu passiv waren. Deshalb war es in gewissem Sinne ein glücklicher Zufall, dass genau er während der vergangenen Krise Zentralbankpräsident war und seine Entscheidungen im Wissen um den historischen Hintergrund getroffen hat. Heute kann man ganz klar sagen: Die Fehler aus den Dreißigern wurden nicht wiederholt und die Zentralbanken in den USA, in Europa und auch andernorts haben massiv eingegriffen und damit dazu beigetragen, dass die Krise nicht so schlimm war wie in den Dreißigerjahren.

Wie sind die Zentralbanken vorgegangen?

Sie haben erstens die Zinsen sehr schnell massiv gesenkt, um die Kreditvergabe anzukurbeln und die Investitionen zu stützen. Zweitens haben sie angefangen, Wertpapiere aufzukaufen – was wir Quantitative Easing nennen – Staatsanleihen, Firmenanleihen. Die Fed hat zuerst damit angefangen und die EZB ist später gefolgt.

Das Anleihekaufprogramm der EZB war politisch sehr umstritten und sie hat erst 2015 angefangen, in großem Umfang Anleihen aufzukaufen. War das Ihrer Meinung nach der richtige Zeitpunkt?

Solche Fragen sind immer schwer zu beantworten, weil man nicht weiß, was passiert wäre, wenn andere Entscheidungen getroffen worden wären. Aber diese Programme haben eindeutig dazu beigetragen, dass auch die langfristigen Zinsen gesunken sind und das hat die Kreditvergabe und die Investition gestützt. Die Daten zeigen, dass die Kreditvergabe in den vergangenen Jahren angestiegen ist, seit einem Jahr sogar um über zwei Prozent sowohl für Unternehmen als auch für Privathaushalte in Europa. Das war davor nicht der Fall. Ein Beleg ist das nicht, man kann

den Anstieg der Kreditvergabe nicht direkt auf das Programm zurückführen, aber es ist plausibel.

Sie bewerten diese Maßnahmen als richtig und wirksam. Hätte die EZB ihr Programm früher starten müssen?

Das ist schwer zu sagen. In Europa muss man immer einen Konsens finden. So funktioniert Politik in Europa, das muss man akzeptieren, und in dem Moment, als es wichtig war, sind die notwendigen Entscheidungen gefallen.

Wo stehen wir jetzt?

Wir sind nun an einem Punkt, wo die Fed ihre Bilanz konstant hält. Das heißt, sie ist weiterhin aktiv und kauft jeden Monat Wertpapiere, ersetzt aber dadurch nur die Anleihen, deren Laufzeit zu Ende kommt. Die EZB weitet ihrerseits ihre Bilanz derzeit immer noch aus, indem sie jeden Monat für 60 Milliarden Euro netto Wertpapiere hinzukaufte. Das heißt, sie ersetzt die Wertpapiere, deren Laufzeit vorbei ist, und kauft noch neue hinzu. Die große Frage, die sich derzeit stellt, ist, wann diese Maßnahmen zurückgeschraubt werden und sich die Situation, wenn man so will, „normalisiert“.

Was hat sich denn in den vergangenen Monaten grundlegend verändert, dass an einen Ausstieg aus diesen unkonventionellen Maßnahmen gedacht wird?

In Europa hat sich die Lage wesentlich verbessert. Der Aufschwung ist relativ stark und synchron, das heißt, es gibt in allen europäischen Ländern mehr Wachstum. Die Konjunkturumfragen zeigen, dass es mehr Vertrauen gibt. Zusammengefasst kann man sagen, die wirtschaftliche Situation ist so gut wie seit zehn Jahren nicht mehr. Dieses Jahr dürfte die Wachstumsrate in Europa bei über zwei Prozent liegen und damit über dem Potenzialwachstum. Die Bedingungen haben sich ganz deutlich zum Besseren gewandt. Man darf allerdings nicht vergessen, dass die Europäische Zentralbank nur ein einziges Mandat hat, nämlich über die Preisstabilität zu wachen, und sie visiert dabei eine Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent an. Da sich aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls deutlich verbessert hat und die Arbeitslosenrate sinkt, ist zu erwarten, dass die Kerninflationsrate langsam ansteigt – das ist die generelle Tendenz – und damit die Inflationsrate insgesamt. Das würde es möglich machen, sehr progressiv, sehr langsam aus diesen unkonventionellen Maßnahmen auszusteigen.

Die Betonung liegt auf „sehr“ langsam?

Ja, die EZB wird extrem vorsichtig sein, das sagt sie selbst. Denn obwohl die generelle Tendenz positiv ist, ist die Inflation heute immer noch zu niedrig und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sie sich wesentlich beschleunigt. Im August lag die Inflationsrate bei 1,5 Prozent, die Kerninflations-

rate bei 1,2 Prozent – was noch wichtiger ist – und sie soll über die nächsten zwei Jahre den Vorhergesagten der EZB nach auf 1,5 Prozent ansteigen. Wir sind also noch relativ weit vom Ziel von knapp unter zwei Prozent entfernt und die Entwicklung ist sehr progressiv.

Woran liegt das?

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es wenig Lohnwachstum, und das obwohl die Arbeitslosigkeit seit dem Höhepunkt der Krise stark gefallen ist auf rund neun Prozent in der Eurozone. Die Frage ist, warum es nicht mehr Druck auf den Gehältern gibt, und diese Frage stellt sich in den USA umso dringender, da dort die gemessene Arbeitslosigkeit mit 4,3 Prozent noch viel niedriger ist als in Europa, das Lohnwachstum aber nur bei 2,5 Prozent liegt. Die Frage ist also dort noch akuter und das ist auch ein Grund, warum die Fed vorsichtig sein wird. Ein Teil dieses Phänomens ist sicherlich darauf zu-

„Auf dem Arbeitsmarkt gibt es wenig Lohnwachstum, und das obwohl die Arbeitslosigkeit seit dem Höhepunkt der Krise stark gefallen ist“

rückzuführen, dass traditionelle Arbeitslosenstatistiken die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten nicht mehr richtig einfangen und widerspiegeln, sowohl in den USA als auch in Europa. Zum Beispiel sagen sie nichts darüber aus, wie viele Arbeitnehmer Teilzeit beschäftigt sind, obwohl sie gerne Vollzeit arbeiten würden, und auch nichts darüber, wie viele Leute die Suche nach einer Anstellung komplett aufgegeben haben. Wie umfangreich ist dieses Phänomen? Die Volkswirte der EZB gehen in einer Studie davon aus, dass unter Berücksichtigung dieser Faktoren, die Arbeitslosenrate in etwa doppelt so hoch sein müsste als sie es derzeit ist. Das wird in Zukunft noch weiter untersucht werden müssen, aber es spielt sicherlich eine Rolle.

In Europa kommt hinzu, dass trotz der Wachstumszahlen, die Produktionslücke noch nicht geschlossen ist...

(Fortsetzung auf S.24)



BESIX RED conçoit des projets immobiliers respectueux des besoins de ses clients tout en apportant des **solutions urbanistiques et architecturales innovantes et durables.**

www.besixred.com

(Fortsetzung von S.23)

... Erklären Sie doch bitte kurz die Produktionslücke...

... Wenn die tatsächliche Wachstumsrate lange Zeit unter dem Potenzialwachstum lag, also nicht alle Arbeitnehmer in Beschäftigung sind, die arbeiten wollen, und die Produktionsanlagen nicht ausgelastet sind, wie das während der Krise der Fall war, entsteht Nachholbedarf, eine Produktionslücke. Und die Produktionslücke trägt auch ihren Teil dazu bei, dass es derzeit wenig Druck gibt, die Löhne anzuheben. In Europa wird dies noch ein wenig dauern, bis der Nachholbedarf aufgeholt ist. In den USA ist die Produktionslücke, die während der Krise entstand, bereits fast geschlossen.

Verschiedene Beobachter meinen, dass die niedrige Inflation, wie wir sie derzeit beobachten, einfach eine neue Realität ist, die wir akzeptieren müssen. Wie sehen Sie das?

Ich glaube nicht, dass sich die ökonomischen Gesetze nun fundamental verändert hätten. Was früher richtig war, ist es auch heute noch. Es gibt sicherlich einige Phänomene die bewirken, dass wir strukturell während einer Zeit weniger Inflation haben, wie zum Beispiel der technische Fortschritt, die Digitalisierung, die während einer Zeit eine positive desinflationäre Wirkung haben – durch leistungsfähigere, günstigere Produkte steigt die Kaufkraft der Verbraucher –, aber das verkehrt die ökonomischen Gesetze nicht ins Gegenteil. Wenn Vollbeschäftigung herrscht, dann gibt es Inflation bei den Löhnen, weil die Unternehmen bessere Gehälter bieten müssen, um Personal einstellen zu können. Das wird sich nicht ändern. Bis es so weit ist, braucht es Zeit, denn die Krise, die wir erlebt haben, war tief.

Welchen Einfluss hat der derzeitige Wechselkurs zwischen Euro und Dollar auf die Inflationsrate?

Daran, dass der Euro-Dollar-Wechselkurs bei der letzten EZB-Presskonferenz im Fokus stand, kann man erkennen, dass es eine erhebliche Rolle spielt. Seit Anfang des Jahres, ist der Euro im Vergleich zum Dollar zwischen zehn und 15 Prozent teurer geworden. Das wirkt bremsend auf die Inflation, weil dadurch die Importe billiger werden, und die EZB hat ihre Inflationsvorhersagen für 2018 und 2019 seit Juni jeweils um 0,1 Prozent gesenkt, um der Wechselkursentwicklung Rechnung zu tragen. Da die



... Chefvolkswirt von BGL BNP Paribas

EZB, wie gesagt, als einziges Ziel eine Inflationsrate von knapp unter zwei Prozent hat, spielt das in ihren geldpolitischen Entscheidungen durchaus eine Rolle, denn sie wird ihre Geld-

politik nur dann restriktiver gestalten, wenn sie davon ausgehen kann, dass sie ihr Inflationsziel erreicht. In diesem Sinne kann man nicht ganz sicher sein, wie sie sich nun verhält.

Solange die EZB Wertpapiere kauft, werden die Zinsen nicht angehoben und damit ist die Sequenz ihres Ausstiegs aus der großzügigen Geldpolitik relativ deutlich vorgegeben

Das Wertpapierkaufprogramm, in seiner derzeitigen Form, läuft voraussichtlich im Dezember aus. Welche Möglichkeiten hat die EZB nun und wie schnell wird sie sich entscheiden?

Die EZB hat sich engagiert, bis zum Ende dieses Jahres weiterhin monatlich Wertpapiere im Wert von 60 Milliarden Euro netto zu kaufen. Was danach passiert, wird die EZB wahrscheinlich im Oktober klarstellen. Wir gehen davon aus, dass sie weiterhin Nettozukäufe tätigen wird, wenn auch in reduziertem monatlichen Volumen. In welchem Rhythmus genau, das ist heute schwierig einzuschätzen und hängt natürlich davon ab, was in den kommenden Monaten passiert. Aber was man sich vorstellen könnte, wäre beispielsweise, dass sie für sechs Monaten von 60 auf 30 Milliarden Nettozukäufe zurückschraubt und sagt: Dann sehen wir weiter.

Wird die EZB Ihrer Meinung nach auch dazu übergehen, die Leitzinsen zu verändern?

Für mich geht aus der jetzigen Kommunikation relativ klar hervor, dass sie Zinsen und Wertpapierprogramm trennt und erst einmal die Wert-

papierprogramme kalibrieren will und erst, wenn sie damit zufrieden ist, sich dann Gedanken darüber macht, ob die Zinsen eventuell angehoben werden. In ihrer letzten Mitteilung steht: „Wir erwarten, dass die Hauptzinssätze für längere Zeit auf ihrem derzeitigen Niveau bleiben und das über den Horizont unseres Anleiheprogramm hinaus.“ Das heißt für mich: Solange sie Wertpapiere kauft, werden die Zinsen nicht angehoben und damit ist die Sequenz ihres Ausstiegs aus der großzügigen Geldpolitik relativ deutlich vorgegeben. Natürlich hat sie bisher keine Verlängerung des Wertpapierprogramms über Dezember hinaus angekündigt. Aber ich gehe davon aus, dass sie im Oktober so weit wie möglich klarstellen wird, wie es 2018 weitergeht, damit sich die Märkte darauf einstellen können, und sie nicht bis Jahresende wartet, um eine Ansage zu machen.

Die Federal Reserve hat ihre Zinsen bereits angehoben, dieses Jahr noch eine weitere Anhebung geplant und für kommendes Jahr drei weitere. Nun gibt es Zweifel daran, ob die amerikanische Zentralbank bei diesem Plan bleibt.

Die USA sind im Konjunkturzyklus bereits weiter fortgeschritten als Europa, haben schon sehr viel länger mehr Wirtschaftswachstum verzeichnet und niedrige Arbeitslosenraten. Die Inflationsrate ist etwas höher, auch wenn sie noch nicht das gewünschte Niveau erreicht hat. Die Fed hat ihr Wertpapierprogramm ja bereits angepasst, indem sie nur noch fällige Anleihen ersetzt und keine Nettokäufe mehr tätigt. Und sie hat seit dem Tiefstand auch ihren Leitzins schon um einen Prozentpunkt angehoben. Sie ist also ganz klar in einer Logik, in der sie aus den unkonventionellen Maßnahmen aussteigen will; die Frage ist, mit welcher Geschwindigkeit das passiert. Nun war die Inflation in den vergangenen Monaten tiefer als erwartet und das besorgt verschiedene Zentralbankgouverneure. Deshalb glaube ich, dass sie vorsichtiger vorgehen wird, solange es nicht mehr Gewissheit gibt, dass die Inflation steigt. Es könnte deswegen durchaus sein, dass sie bis 2018 wartet um die Zinsen weiter anzuheben.

Wie sieht es mit dem Wertpapierprogramm aus?

Die Fed hat am 20.September angekündigt dass sie ab Oktober ihre Bilanz reduzieren wird. Am Anfang wird sie diese jeden Monat um zehn Milliarden Dollar reduzieren und über das kommende Jahr wird sie diesen Rhythmus dann langsam bis auf 50 Milliarden monatlich hochschrauben.

Haushaltsbilanz I

Aktiv/Passiv

Michèle Sinner

Die Luxemburger sind konservativ. Die Feststellung gilt nach manchen gesellschaftlichen Reformen vor allem, was den Umgang mit ihrem Vermögen angeht. Daran hat sich, obwohl seit Ende der Achtziger in Kirchberg und anderen Bürobürgen, der weltweit größte Standort für international vertriebene Investmentfonds herangewachsen ist, in den vergangenen Jahren nicht viel geändert. Die Luxemburger investieren weiterhin am liebsten in Steine, wie die vergangenen Mai im BCL Studienheft Nummer 106 veröffentlichten Ergebnisse der *The Luxembourg Household finance and consumption Survey: Results from the 2nd wave* zeigen. Demnach entsprachen 2014 nur 15,3 Prozent der Aktiva der hiesigen Haushalte Finanzaktiva, und auch dabei zeigt sich in den Statistiken eine starke Neigung zur Vorsicht: Sie bestanden zu 46,3 Prozent aus Bankeinlagen (96,7 Prozent der Haushalte verfügen über ein Spar- oder ein Girokonto), zu 17,6 Prozent aus privaten Zusatzrenten- und Lebensversicherungen, zu 15,8 Prozent aus Investmentfondsanteilen, zu 5,4 Prozent aus Aktien und zu zwei Prozent aus Anleihen. Zwischen 2010 und 2014 stieg der durchschnittliche Wert der Finanzaktive pro Haushalt von 88 400 auf 132 400 Euro, dabei stiegen vor allem die Spareinlagen und die Einlagen auf den Girokonten an, viele Haushalte verkauften in dieser Zeitspanne Fondsanteile und Anleihen.

Die Luxemburger Haushalte investieren vornehmlich in Immobilien und kaufen Autos

Die realen Aktiva stellen erwartungsgemäß den größeren Teil des Vermögens der Luxemburger Haushalte. 88 Prozent von ihnen besitzen ihr eigenes Auto und 67 Prozent ihr Eigenheim, weitere 26,3 Prozent besitzen weitere Immobilien. Der durchschnittliche Wert der realen Aktive pro Haushalt belief sich 2014 auf 733 300 Euro. Vom gesamten „realen“ Vermögen machen die Eigenheime fast 60 Prozent aus und die Mietobjekte fast 32 Prozent. Demnach stecken fast 92 Prozent des Sachvermögens der Haushalte in Immobilien.

Deshalb, weil die Immobilienpreise in Luxemburg weiter stetig steigen und weil die vergangene Wirtschaftskrise ihren Ursprung auf dem Immobilienmarkt für Wohnobjekte hatte, gilt dem Luxemburger Immobilienmarkt und der Entwicklung der Hypothekenkredite seit einigen Jahren besonderes Interesse in Wirtschaftsanalysen.

Wie es im Studienheft Nummer 106 heißt, waren 2014 weniger Haushalte verschuldet als 2010; 54,6 Prozent im Vergleich zu 58,3 Prozent vier Jahre zuvor. Aber die durchschnittliche Schuldenlast pro Haushalt stieg im gleichen Zeitraum um 19 Prozent auf 97 300 Euro. Weil ihr Anteil zurückging, heißt dies, dass die Schuldenlast, der Haushalte mit Schulden innerhalb von vier Jahren um 27 Prozent anstieg – dabei nahmen sie weniger Verbrauchskredite auf.

So stellen die Mitarbeiter der BCL logischerweise im Studienheft Nummer 113 *Household debt burden and financial vulnerability in Luxembourg* diesen Monat fest, dass sowohl der Schuldeneinkommensquotient als auch der Beleihungssatz

angestiegen sind. Dass die Schuldendienstquote im gleichen Zeitraum gefallen ist, ist laut den Autoren der BCL vor allem auf die niedrigeren Zinsen bei Verbrauchskrediten zurückzuführen.

Was in den vergangenen Jahren auf dem Immobilienmarkt passiert ist, beschrieb die BCL in ihrer *Finanzstabilitätsrevue* von 2017. Während das reale verfügbare Einkommen der Haushalte zwischen Anfang 2000 und Herbst 2016 jährlich um weniger als ein Prozent zunahm, stiegen die Immobilienpreise im gleichen Zeitraum jährlich um 4,7 Prozent. Diese Abweichung, so die BCL, an die niedrigen Zinsen gekoppelt habe die Wohnbevölkerung verstärkt dazu verleitet, Schulden zu machen, um Immobilien zu kaufen. So zahlten 2015 43 Prozent der Luxemburger Haushalte eine Hypothek zurück, während es in der Eurozone nur 28 Prozent sind.

Traditionell nehmen die Einheimischen ihre Hypothek mit einem variablen Zinsfuß auf – zwischen Anfang 2003 und Ende vergangenen Jahres lag der Anteil von Hypotheken an den bestehenden Immobilienkrediten insgesamt im Schnitt bei 77,5 Prozent. Von den niedrigen Zinsen haben die Kreditnehmer in den vergangenen Jahren demnach schneller profitiert, als die Haushalte in den Nachbarländern, wo mehr Kredite mit festen Zinsfuß aufgenommen wurden. Doch eben wegen der historisch niedrigen Zinsen sind auch die Luxemburger Haushalte auf den Geschmack von fester Zinssätze gekommen. In der *Stabilitätsrevue* berichtet die BCL, vergangenes Jahr sei der Anteil der Hypothekenkredite mit variablen Zinssatz von 51 Prozent im Januar auf 41 Prozent zum Jahresende gefallen.

INDEPENDENT ADVISERS. PRACTICAL SOLUTIONS. A DIFFERENT WAY TO THINK ABOUT TAX.

www.atoz.lu

ATOZ
TAX ADVISERS
LUXEMBOURG

Politique de banques centrales

Enjeux pour les actifs financiers

Guy Ertz*

Les prochaines années seront probablement marquées par une normalisation des politiques monétaires. Les banques centrales vont continuer à diminuer les achats d'obligations et même baisser la taille de leur bilan et graduellement augmenter les taux directeurs (surtout aux États-Unis). Les rendements obligataires devraient anticiper cette tendance au cours des prochains mois. Quel serait l'impact de la remontée des taux de rendement pour les principales classes d'actifs ?

Pour les investisseurs obligataires, le défi est important. En effet, une progression des taux de rendement implique une baisse d'attractivité des obligations existantes et devrait mener à des baisses de prix. Le niveau très faible des coupons ne suffira pas toujours à compenser cet effet ce qui implique un risque de pertes en capital pour les investisseurs. Ceci est surtout vrai pour ceux ayant investi en obligations gouvernementales de haute qualité et de longue maturité. Diverses obligations d'entreprises offrent encore des opportunités, mais elles se font plus rares.

Certains fonds de gestion alternative offrent une protection contre les effets d'une hausse de taux d'intérêt, et peuvent même en profiter via des stratégies de niche. La volatilité est dans certains cas comparable à celle de portefeuilles obligataires.

Les marchés actions devraient continuer à profiter d'un contexte de reprise économique mondial et d'un environnement de « recherche de rendements ». En effet, même si les taux d'intérêt et taux de rendement obligataires devraient inverser leur tendance baissière de manière durable, la hausse sera probablement très graduelle. La première phase de la remontée des taux directeurs des banques centrales reste en général assez bénéfique pour les marchés boursiers. Ceci est moins vrai pour

Une progression des taux de rendement implique une baisse d'attractivité des obligations existantes et devrait mener à des baisses de prix

les marchés émergents qui sont à risque surtout par rapport aux taux américains. Certaines études¹ suggèrent que l'environnement pourrait toutefois se détériorer une fois que les taux directeurs auront dépassé le taux « naturel » ou taux d'équilibre.

Ce taux est un concept théorique et difficile à calculer. Il représente le taux qui serait approprié dans un contexte de taux d'utilisation des capacités de productions élevés mais compatible avec la stabilité des prix. Aux États-Unis, différentes estimations récentes suggèrent un niveau de taux d'intérêt naturel réel (en excluant l'inflation attendue) aux environs de 0,5 pour cent. Dans l'hypothèse où l'inflation serait de deux pour cent, le taux naturel nominal serait de 2,5 pour cent contre un taux directeur actuel à 1,25 pour cent. Si l'on suit cette logique, il resterait donc encore une certaine marge à ce stade.

Au vu de cette analyse et de la valorisation actuelle, les marchés actions ayant le meilleur potentiel de hausses sont l'Europe et le Japon (avec couverture de la devise). Nous sommes toutefois d'avis que la volatilité sur les marchés boursiers devrait augmenter au cours des prochains mois et que des corrections temporaires restent probables.

L'or offre toujours des opportunités de diversification dans un contexte d'incertitude géopolitique. Il est vrai qu'une hausse de taux d'intérêt réduit l'attractivité de l'or, car elle fait augmenter le coût d'opportunité d'être détenteur du métal jaune (investir en or implique de renoncer au revenu de taux d'intérêt). Il faut toutefois distinguer si la hausse de taux proviendra d'une hausse de l'inflation attendue ou d'une hausse des taux d'intérêt réels. Dans un contexte de hausse de taux d'intérêt via l'inflation, l'or devrait rester attractif.

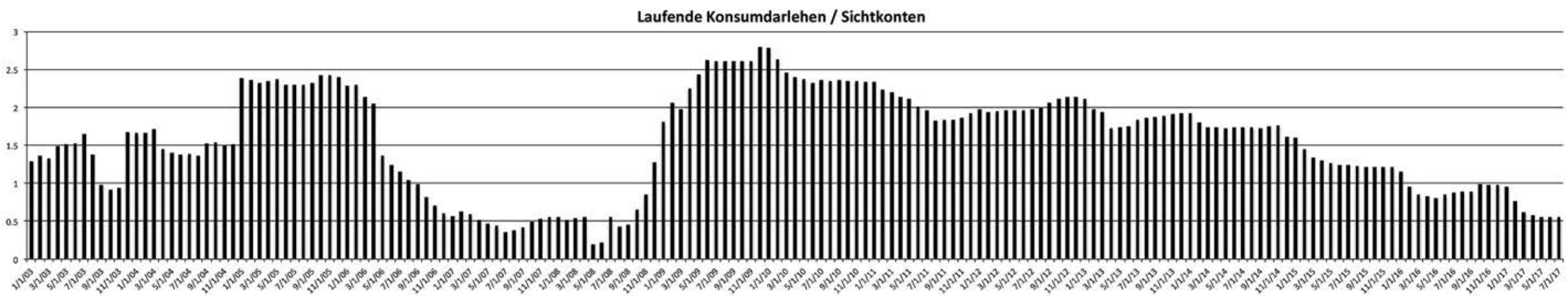
Un argument similaire est de mise pour les investissements dans l'immobilier. Si la hausse de taux d'intérêt est principalement liée à l'inflation, cette classe d'actif devrait continuer à bien performer. En effet, les loyers sont souvent indexés et ceci permettrait de couvrir au moins partiellement le risque d'inflation. Le risque principal est une forte hausse des taux d'intérêt réels. Ceci semble néanmoins peu probable dans le contexte actuel, surtout en Europe. La sélectivité reste importante dans le contexte actuel.

*L'auteur est *chief investment officer* pour la gestion de fortune auprès de BGL BNP Paribas

¹ BCA Research (2013): *Stocks And The Fed Funds Rate Cycle, US Investment Strategy, Special report*

Verbraucherzinsen

Die scharfe Schere zwischen Soll und Haben



Die Zinsmarge der Banken zwischen den laufenden Konsumdarlehen und den laufenden Sichtkonten 2003 bis 2017 nach Daten der Zentralbank

Romain Hilgert

Am 5. Juli überreichte der Verbraucherschutzverein ULC dem Kammerpräsidenten Mars Di Bartolomeo (LSAP) und dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Marco Schank (CSV), eine Liste von fast 10 000 Bankkunden, die eine Senkung und eine gesetzliche Beschränkung der Bankgebühren verlangten. Ältere und behinderte Kunden, die nicht imstande seien, ihre Bankgeschäfte über Internet zu erledigen, gehörten von den Banken und der Post kostenlos oder wenigstens zu ermäßigten Gebühren bedient, heißt es weiter. Außerdem müsste die Bankenaufsicht CSSF dafür sorgen, dass die Gebührentabellen der Banken verständlich und vergleichbar veröffentlicht werden, damit die Kunden vom Wettbewerb zwischen den Banken profitieren könnten.

Offenbar verdächtigen Tausende im Land die Banken, niedrigere Zinseinnahmen durch die Erhöhung der Bankgebühren und die Erfindung immer neuer Gebühren auszugleichen, und die durch das Internet-Banking entstandenen Produktivitätsgewinne nicht an die Kundschaft weiterzureichen. Tatsächlich hat seit der Finanz- und Wirtschaftskrise vor zehn Jahren das Ansehen der Banken

stark gelitten. Sie bekommen nicht nur von breiten Teilen der Öffentlichkeit vorgeworfen, sich verspekuliert und dann mit Steuergeldern sanieren gelassen zu haben. Auch ihre Zins- und Gebührenpolitik steht seit längerem in der Kritik.

Die Kunden, von denen manche sich noch an die hohen Zinsen aus den Zeiten hoher Inflation erinnern, werfen ihnen vor, so gut wie keine Zinsen mehr auf den Sparguthaben zu zahlen und stattdessen mit der Erhebung von Negativzinsen zu drohen. Um in Zeiten niedriger Zinsen ihre Zinsmargen zu erhöhen, werden die Banken verdächtigt, die Sollzinsen der Kunden umgehend zu erhöhen und sich mit den Habenzinsen Zeit zu lassen, beziehungsweise die Habenzinsen umgehend zu senken und sich mit den Sollzinsen Zeit lassen.

Für Banken stellen Zinsen nicht nur den Preis des Geldes, sondern zuerst ihre Gestehungskosten dar. Zieht man die monatlich von der Luxemburger Zentralbank bei 54 Kreditinstituten erhobenen Daten über die Zinsniveaus zu Rate, lässt sich verfolgen, wie es den Banken gelungen ist, auch in als

ungewohnt und atypisch bezeichneten Zeiten von Null- und Negativzinsen ihre Zinsmarge, das heißt ihren Bruttoertrag, schnell zu rekonstruieren und lange zu erhalten. Während das Zinsniveau von der Inflation und der Nachfrage nach Kapital abhängt und zumindest kurz- bis mittelfristig von den Zentralbanken beeinflusst wird, versuchen die Banken, die Differenz zwischen den auf Kundeneinlagen gezahlten Zinsen und den für Darlehen verrechneten Zinsen so groß wie möglich zu halten, indem sie die einen möglichst niedrig und die anderen möglichst hoch festsetzen.

Die Zinsmarge beispielsweise zwischen den von der Zentralbank monatlich ermittelten neuen Verbraucherdarlehen und den neuen Terminkonten zeigt eine deutliche Entwicklung: Sie erreichte im Sommer 2004 einen Höchststand von fast vier Prozentpunkten und begann dann ab dem Jahr 2005, lange vor dem offenen Ausbruch der Finanzkrise, geringer zu werden. In der Krise schmolz sie auf einen Tiefstand von einem halben Prozentpunkt im Mai 2008. Danach gelang es den Banken, ihre Zinsmarge sehr schnell wieder zu vergrößern, bis zu einen

Es gelang den Banken, auch in Zeiten von Null- und Negativzinsen ihre Zinsmarge, ihren Bruttoertrag, schnell zu rekonstruieren und lange zu erhalten

Höchststand von mehr als 4,5 Prozentpunkten im Herbst 2009. Ab Mitte 2014 begann die Zinsmarge dann wieder geringer zu werden und lag im Sommer dieses Jahres um die 2,5 Prozentpunkte.

Ähnlich entwickelte sich die Zinsmarge zwischen neuen Verbraucherdarlehen und neuen Immobiliendarlehen, nur dass sie geringer ist, weil die langfristigen Hypothekenkredite niedriger ver-

zinst sind als Konsumkredite. Auch die Marge zwischen den Zinsen auf laufenden Konsumdarlehen und laufenden Sichtkonten entwickelte sich ähnlich. Sie war im Krisenmonat Mai 2008 sogar auf 0,19 Prozentpunkte gesunken, schnellte hoch und geht seit 2014 wieder zurück.

Allerdings verfügen die Banken über Margen anderer Zinseinkünfte und über Gebühren aus anderen Geschäften. Sie verweisen auch darauf, dass die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank sowie die strengeren Auflagen, mit denen der nächste Bankenkrach verhindert werden soll, ihnen hohe Kosten verursachen, und dass die Einführung des Internet-Bankings teure Investitionen darstelle.

Die Kritiken an den Zinsmargen der Banken werden aber nicht zuletzt durch exorbitante Dispozinsen geweckt. In Zeiten von Negativzinsen werden oft zweistellige Debitzinsen in Rechnung gestellt, wenn die Kunden ihre Sichtkonten oder ihre Kreditkarten überziehen. Gar nicht zu reden von den beinahe als Almosen dargestellten, noch höheren Mikrokreditzinsen.

Wssn S gntlch, ws hr Bnk mt hrm Gld mcht?
Svz vs vrmnt c q vtr bnq ft vc vtr rgnt?

www.etika.lu

Mobile Bankanwendungen haben das Verbraucherverhalten verändert. Nun müssen die Banken nachziehen und die Funktionalitäten anpassen, wenn die Kunden treu bleiben sollen

Aufstehen, duschen, Kontostand prüfen



Michèle Sinner

Glaubt man den Verantwortlichen der BCEE, beginnt der Tag von 80 Prozent ihrer aktiven Kunden, die ihre Konten tatsächlich nutzen, in etwa so: Sie stehen auf, duschen, frühstücken und prüfen dabei ihren Kontostand auf dem Smartphone. Spätestens wenn sie auf dem Weg zur Arbeit im Stau stehen, so Claude Hirtzig und Roger Krämer, loggen sie sich ein. Vielleicht ist es zur Gewohnheit geworden, zum gleichen Automatismus wie das Prüfen der Sozialnetzwerke beim Kaffeetrinken oder Bus- und Bahnfahren?

Auf plus minus die Jahrtausendwende lassen sich die Anfänge des Webbankings in Luxemburg zurückführen, erste Websites, auf denen sich der Kontostand abrufen ließ. Aber irgendwann in den letzten zwei bis drei Jahren, da sind sich die Luxemburger Bankiers ziemlich einig, hat es einen Ruck gegeben und die Kunden haben angefangen, in großen Zahlen aufs Webbanking umzusteigen. Worauf genau es zurückzuführen ist, weiß so genau niemand. Wahrscheinlich ist es eine Kombination vieler Faktoren. Da ist zum Beispiel die anhaltende Immigration, die Hirtzig anführt. Einwanderer, die von den Banken in ihren Herkunftsländern einen breiten Online-Service gewohnt sind, verlangen nach dem Umzug nach Luxemburg von ihrer Bank hier die gleichen Dienstleistungen. „Die Zuwanderung aus Portugal hält an. Die portugiesischen Banken haben aufgrund der Krise ihr Webbanking stark ausgebaut, deshalb fragen die Kunden hier: Warum geht das hier nicht?“, erklären Hirtzig und Krämer.

Die Nutzung von Bankanwendungen auf dem Telefon, mobile Apps, spielen beim Umstieg der Kunden mit Sicherheit eine wichtige Rolle. Da ist zum

Facebook checken, Instagram und den Kontostand. Durch mobile Apps auf dem Smartphone ist dies zum Automatismus geworden

einen die hohe Marktpenetration von hochwertigen Smartphones auf dem lokalen Markt, in dem die Mobilfunkanbieter den Kunden ermöglichen, teure Geräte via Abo abzustottern und die notwendigen mobilen Daten auf schnellen Netzen bieten, damit die Internetanwendungen funktionieren. Der Umgang mit dem Smartphone an sich hat sich verändert, durch Apps aller möglichen Arten, von Sozialnetzwerken über Musik- und Video-Streamingdienste, ist das Smartphone zum ständigen Begleiter geworden, das Gerät, auf dem sich alle möglichen lebenswichtigen und intimen Informationen befinden, Kontakte und private Fotos beispielsweise. Warum also nicht die Bankinformationen darauf abrufen? „60 Prozent aller Verbindungen im Webbanking, die wir registrieren, entstehen über die mobile App“, sagt Didier Richter von der Bil. Die „Digitalisierungsrate liegt bei 60 Prozent“, erläutert er, „das heißt auf hundert Kunden, die sich am Schalter vorstellen, nutzen 60 die Webbanking-Dienste.“ Im Schnitt loggen sich die Bil-Kunden 40 Mal im Monat ein. „Das ist mehr als einmal täglich.“

Nicht ganz unwichtig bei den steigenden Nutzerzahlen dürfte auch der erleichterte Zugang sein. Konnte es vor zehn Jahren noch passieren, dass Kunden die nervenaufreibenden Prozeduren zur Beantragung von Codes und Zertifikaten – entweder von Luxtrust oder wie früher bei ING bank-eigene – erduldeten, nur um nach stundenlangen Versuchen, das Ganze auf dem Rechner zu installieren, von einer Helpline zu erfahren, dass auch relativ neue Betriebssysteme bereits nicht mehr unterstützt würden, fallen solche Hürden heute größtenteils weg. Besonders auf den Smartphones ermöglichen die meisten Banken ihren Kunden einen besonders leichten Zugriff, indem sie ihr Luxtrust-Token nur einmal brauchen, um die App zu aktivieren und sich danach zum Einloggen mit einem Pin-Code, beziehungsweise ihrem Fingerabdruck identifizieren können. So kann sich da sogar noch einloggen, wer seine Zugangsdaten und Passwörter vergessen, beziehungsweise sein Token verlegt hat.

Bequemlichkeit in der Anwendung ist aber nicht die einzige Ursache. Wovon die Bankiers nicht so gerne reden, die eher auf die Möglichkeit hinweisen, dass man seine Kontoauszüge aus dem Webbanking heraus ausdrucken kann, gibt man bei der Post offen zu: Dass die Kunden durch allerhand Maßnahmen aktiv ermutigt werden, aufs Webbanking umzusteigen. Die 160 000 Kunden der Post haben 240 000 CCP-Konten. Monatlich erledigen sie 200 000 Transaktionen über ihr CCP-Connect. „2016 gab es einen Zuwachs von 20 Prozent“, erklären Chérif Omrani und Chantal Bucari von Post Finance, die bestätigen, dass das eine direkte Folge der Gebührenanhebungen im vergangenen Jahr ist.

Zweigstellenschließungen, Einstellung des Versands von wöchentlichen Auszügen – in den vergangenen Jahren haben sich die Finanzdienstleistungsanbieter durch die Bank so manches einfallen lassen, um Kosten zu sparen. Wenn aber die Kunden angehalten werden, ihre Bankoperationen selbst durchzuführen, statt sie am Bankschalter einem Bankbeamten in Auftrag zu geben, wenn die Webbanking-Anwendungen immer mehr zum Hauptinstrument der Kommunikation zwischen Kunden und Bank werden, wird die Frage umso dringender, wie gut diese Apps sind. Obwohl sich die Konkurrenten gegenseitig genau im Blick haben, sich ein Wettrennen liefern, wer wann welche Funktionalität anbietet, und jedem Anbieter mindestens eine Besonderheit einfällt, von der er sagen kann: „Wir sind die einzigen, die das können“, gibt es noch ganz erhebliche Unterschiede.

„Customer experience“, Kundenerlebnis, heißt dabei das erste Zauberwort, „mobile first“, mobile Anwendung zuerst, das zweite. Übersetzt soll das heißen, dass beim Design von neuen Webbanking-Umfeldern zuerst überlegt wird, wie sie auf dem Smartphone funktionieren, und sie dann 1:1 für den Desktop übernommen werden, damit die Benutzeroberflächen auf allen Geräten die gleichen sind und sich der Kunde nicht verliert, wenn er zwischen Geräten wechselt. Auf Basis dieser Prinzipien wurden beispielsweise die Webbanking-Anwendungen von Raiffeisen und ING entwickelt, die erst seit ein paar Monaten freigeschaltet und die neuesten auf dem Markt sind.

Dass die App von ING brandneu ist, lässt sich am Design erkennen. Es ist den Funktionalitäten nach-

gebildet, die Benutzer vom Smartphone bereits kennen. Das Kontoinhaberverzeichnis ähnelt beispielsweise stark dem der Chat-App Telegram – minus die Profilbildfotos –, Überweisungen können von diesem Verzeichnis aus gestartet werden, mit einem Fingerstreich, wie im I-Phone Mailprogramm Mails weiterverschickt werden können. Durch das Antippen von drei kleinen Punkten, wie bei Instagram, werden weitere Menüoptionen sichtbar. 76 Prozent der ING-Kunden haben einen Webbanking-Zugang, 57 Prozent nutzen ihn aktiv. Bei den seit 2016 gewonnenen Neukunden ist die Digitalisierungsrate wesentlich höher: 96 Prozent haben Zugangsdaten und 81 Prozent nutzen das E-Banking-Angebot aktiv. „In den letzten drei Jahren“, bestätigt auch Sabrina Bedouda, Digital Marketeer bei ING, „fand eine wichtige Wende statt.“ Seither gebe es eine richtige Bekenntnis zum mobilen Banking, erklärt sie, und weitaus weniger Sicherheitsbedenken. Nachdem sie das Einkaufen im Internet geübt haben, so Bedouda, „haben die Kunden akzeptiert, dass auch ihre Bank nur einen Klick weit entfernt ist“. Hauptverkehrszeit im ING E-Banking-Netz ist montagsmorgens zwischen 9 und 10 Uhr. Die Kreditsimulatoren werden abends nach 21 Uhr am häufigsten benutzt.

Guy Hoffmann, CEO der Banque Raiffeisen, ist stolz darauf, dass R-Net ein völlig integriertes System ist, was heißen soll: Der Kunde hat die gleichen Informationen vor sich wie der Raiffeisen-Mitarbeiter, und alle Transaktionen erfolgen unmittelbar und ohne Verzögerung. Aber, räumt er ein, auch nach dem Relaunch der neuen, durchaus benutzerfreundlichen Oberfläche kann R-Net nicht mehr als vorher. Beim Ausbau der Funktionalitäten gibt es Nachholbedarf, weil sich die Raiffeisen erst einmal auf die Erneuerung der IT-Systeme der Bank konzentriert hat. Im R-Net können Überweisungen durchgeführt werden, Auszüge ausgedruckt werden, es gibt Zugriff auf die Börsen und eine interne Mailbox für den Austausch mit der Bank. Auch wer sich in die mobile R-Net einloggen will, muss derzeit sein Luxtrust-Token zu Hand haben. Das soll sich in den nächsten Monaten ändern, dann soll auch hier der Login via Fingerabdruck auf iPhones möglich werden.

So bietet die Raiffeisen mit ihren Partnern von der Post derzeit vielleicht die einfachsten Systeme, einfach in der Nutzung, aber auch in den Funktionalitäten eingeschränkt. Bei der Post können ebenfalls die Kontostände abgerufen, Transaktionen nachgeschickt werden, Zahlungsbescheide ausgedruckt und die Kartenlimits angepasst, beziehungsweise, die Karten aufgeladen werden. Die Kunden können Benachrichtigungen auf ihr privates E-Mail-Konto oder per SMS erhalten, wenn es im internen System eine Kommunikation vom CCP-Team gibt. Die Möglichkeit für die Kunden, via CCP-Connect Unterlagen an ihre Bank zu schicken, sowie überhaupt neue Konten einzurichten, soll irgendwann nächstes Jahr zur Anwendung hinzugefügt werden.

Diese zwei Elemente: Die Benachrichtigung der Kunden, sowie die Möglichkeit, Unterlagen in beide Richtungen auszutauschen, sind die Voraussetzung dafür, dass die Anwendungsmöglichkeiten im Webbanking weiter steigen.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Bezahlen von Rechnungen beim Hausbau oder für Renovierungsarbeiten, für die ein Immobiliendarlehen aufgenommen wurde. Viele Banken erlauben es den Kunden nicht, Rechnungen selbst vom Baukonto abzubuchen, aus Angst, dass sie die Kredite für andere Ausgaben gebrauchen könnten. Deshalb müssen die Kunden der Bank jeweils die Rechnung vorlegen, damit ein Bankangestellter sie begleicht und abbucht. Wie der Kunde das digital bewerkstelligen



Die Bank weiß alles über ihre Kunden, gibt ihnen aber nicht die Möglichkeiten, die Daten zu nutzen, um ihre Ausgaben zu planen



soll, wenn sein Webbanking, beziehungsweise die vielbenutzte mobile App es nicht ermöglicht, Dokumente hochzuladen? Ist sein Filialeiter flexibel, kann er einen Scan der Rechnung oder ein Foto via separate E-Mail an die Filiale schicken und parallel im Luxtrust-gesicherten Umfeld der App eine Nachricht mit der Bitte zum Bezahlen schicken, die dann als „unterschiedene“ Auftragsbestätigung gilt. Oder er legt die Rechnung aufs Fax, beziehungsweise gibt eine Kopie in der Filiale ab, und fragt sich, wo da das „Tech“ in Fintech bleibt.

Nicht nur für solche Fälle ist der Austausch von Unterlagen im gesicherten Umfeld wichtig. Zur Eröffnung neuer Konten beispielsweise, zur Beantragung von Krediten, zum Kauf und Verkauf von Anlageprodukten muss der Kunde nicht nur Kopien des Ausweise, und seiner Lohnzettel vorlegen, sondern im Prinzip Unterlagen unterschreiben und deshalb persönlich am Schalter vorstellig werden. Soll das in Zukunft anders sein, alle diese Schritte digital durchführbar werden, muss es eine Möglichkeit geben, Kopien, Unterlagen, Verträge innerhalb der App, in der Kunden mit ihrem Luxtrust-Zertifikat ihre Identität bestätigen, zu schicken.

Was, wenn dem Sachbearbeiter noch etwas fehlt, er eine Frage hat oder es sonst etwas zu klären gibt? Alle Anbieter können ihre Kunden über die App-internen Benachrichtigungsdienste innerhalb der Webbanking-Anwendungen anschreiben. Doch die Kunden von BCEE und Raiffeisen können derzeit nur entdecken, dass sie eine neue Nachricht haben, wenn sie sich in die App einloggen. Ein Push-Nach-

richt, eine Mail an die gebräuchliche E-Mail-Adresse mit dem Hinweis, dass in der App wichtige Post wartet, bieten sie aktuell nicht.

Die BCEE will in den kommenden Wochen eine neue Version ihrer Anwendungen lancieren, die auf diese Fragen Antworten gibt. Auch die Raiffeisen will ihr R-Net mittelfristig mit neuen Funktionalitäten ausbauen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind ING und vor allem die Bil am weitesten fortgeschritten. Die ING, weil ihre App, wie die von Zeitungen oder Sozialmedien, Push-Nachrichten verschickt mit dem Hinweis, dass es in der Bank-App Post vom Sachbearbeiter gibt. Die Bil, weil ihr Bil-Net nicht nur das kann, sondern schon seit vier Jahren die offensichtliche Lösung in der Dokumenten-Upload-Problematik bietet: Ihre Mobil-App kann, wie es Nutzer von Instagram, Whatsapp oder Telegram gewohnt sind, auf die im Telefon eingebaute Kamera zugreifen. Der Kunde mit dem Hypothekendarlehen, der seinen Bauunternehmer bezahlen muss, fotografiert seine seine Rechnung mit dem Smartphone und schickt sie an seinen Bankier, ohne das Luxtrust gesicherte-Umfeld der Bank-App je zu verlassen.

Bil-Net ist auch deshalb so fortschrittlich, weil die Mobil-App auf dem Smartphone mit der neuen Luxtrust-Mobil-App kommuniziert. Für die Kunden heißt das: Ist die Luxtrust-App erst einmal auf dem Smartphone installiert – wobei ihnen Bil-Hostessen in den Filialen und bei Strafenverkäufen helfen –, wird das Telefon selbst sozusagen zum Token, das einen Code generiert, was nicht nur das Login in die

mobile App vereinfacht, sondern das Token zum Login auf dem Desktop ersetzt. Vorbei die Sorge, dass man das Token verlegt oder verliert, beziehungsweise die Zugangscodes vergisst.

Dabei ist Bil-Net aber auch das Beispiel dafür, dass zu viele Anwendungsmöglichkeiten verwirrend werden. Als Didier Richter vorführen will, wie sich innerhalb von Bil-Net ein neues Konto eröffnen lässt, findet selbst der Senior Vice President und Head of Digital Banking das richtige Untermenü nicht mehr...

„Man muss die Nachfrage ein wenig antizipieren, einen kleinen Vorsprung auf die Kundenvorstellungen haben“, meinen deshalb die Verantwortlichen von der BCEE, „aber nicht zu viel.“ Sonst wird das Angebot entweder nicht angenommen oder ist technisch schnell überholt. Man denkt an gesonderte mobile Apps zum Bezahlen und Überweisen von kleinen Beträgen. Seit es die kontaktlosen Bankkarten gibt, lassen sich auch kleinste Beträge in Sekundenschnelle mit der Karte zahlen. Schneller kann kein Geschäftsmann Wechselgeld abzählen. Und für diese Dienstleistung ist noch nicht einmal das Installieren einer neuen App auf dem Smartphone notwendig, die einer externen Firma Zugriff auf Bankkonten gibt.

Durch das Bezahlen kleiner Beträge mit der Bankkarte werden die Informationen, die Banken über das Konsumverhalten ihrer Kunden sammeln, immer detaillierter und vielfältiger. Dennoch gibt keine der bestehenden digitalen Bankanwendungen, von einzelnen Abfragen abgesehen, den Kun-

den die Möglichkeit, diese Daten selbst wirklich zu verwerten. Beispielsweise zur Verwaltung des Haushaltsgeldes. In den App-Stores gibt es dazu eine Vielzahl von externen Apps zum Herunterzuladen. Sie heißen Home Budget, Spending Tracker oder ähnlich, bieten alle verschiedene Möglichkeiten, sich einen Überblick über die Ausgaben zu verschaffen, um eine Antwort auf die Frage zu finden, die sich viele Bankkunden am Monatsende stellen: „Wo ist mein Geld hin?“ Sie alle haben allerdings den Nachteil, dass die Kunden selbst in die App eingeben müssen, was sie ausgegeben haben, um die einzelnen Ausgaben zu kategorisieren. Dabei wissen die Banken genau, was ihre Kunden in Supermärkten, im Restaurant, beim Friseur, im Schuhgeschäft oder bei Streamingdiensten ausgegeben haben, nur erlauben es ihre Web-Banking-Programme nicht, die Daten einzuordnen und sie nach Ausgabenkategorien darzustellen, statt nach Konto und Kreditkarte. „Für eine solche Anwendung sehen wir eine große Nachfrage“, sagt Guy Hoffmann von der Raiffeisen, „das wäre sehr nützlich.“ Die neuen BCEE-App soll, wenn sie in ein paar Wochen kommt, neue Möglichkeiten bieten, was die Planung der persönlichen Finanzen angeht, Details sollen aber bis dahin keine genannt werden.

Ohnehin werden sich alle Banken beeilen müssen, die Kunden mit nützlichen Anwendungen an sich zu binden, also die Kundentreue zu stärken, sagt Didier Richter von der Bil. Denn innerhalb der nächsten zwei Jahre, wenn die Umsetzungsbestimmungen der zweiten EU-Zahlungsverkehrsrichtlinie kommen, wird das Eis für die Banken dünn.

Durch „PSD II“ werden sie einerseits gezwungen, den Kunden eine Aggregatübersicht über ihre Konten zu bieten. Was dann beispielsweise heißt, dass ein Kunden mit Konten bei BCEE und Raiffeisen alle seine Konten bei beiden Banken einsehen können muss, egal ob er sich ins S-Net oder ins R-Net einloggt. Die Banken müssen darüber hinaus informatische Schnittstellen einrichten, um externen Zahlungsanbietern, wie beispielsweise Amazon oder auch sonstigen Fintech-Firmen, die unter der Richtlinie einen neuen juristischen Spezialstatus erwerben können, auf Kundenwunsch Zugang zu den Konten zu geben. Sie können Zahlungsdienste anbieten, aber nicht nur. Wenn deren Anwendungen besser, nützlicher sind, warum sollte die Kundschaft dann noch die App der Bank benutzen? So steigt nicht nur der Konkurrenzdruck innerhalb der Bankenbranche, sondern auch der Druck von außen nimmt zu, da die Banken fürchten, künftig auf die Rolle der Kontenaufbewahrung reduziert zu werden, die mit regulatorischen Kosten verbunden ist, denen das Fintech-Start-Up um die Ecke nicht ausgesetzt ist.

So werben beispielsweise ING und BCEE damit, dass sie den Kunden, die derzeit auf ihren Spareinlagen kaum Zinsen erhalten, schon jetzt oder in Kürze komplett digitale Anlageprodukte bieten können, bei denen Registrierung, Erstellung des Investorenprofils, Zeichnung und Verwaltung übers Webbanking erfolgen, und das schon ab Beträgen von 50, beziehungsweise 500 Euro. So dass morgens im Stau via Mobiltelefon die Rendite zu maximieren, kein Ding der Unmöglichkeit mehr ist.

ACQUISITIONS | SALES | RENTALS | VALUATIONS | INSURANCE | REAL ESTATE CONSULTING

DO YOU WANT
YOUR SALE OR RENTAL
TO CLOSE SUCCESSFULLY?

GET STARTED WITH
A REALISTIC VALUATION *
OF YOUR PROPERTY.

OUR VALUATIONS ARE ACCURATE & RELIABLE,
FREE & NON-BINDING. NO OVER-, NO UNDERRATING.
NO DECEPTIVE CLIENT PITCHING. NO STORYTELLING.
* NO BULLSHIT ASSESSMENTS.

PAUL FABECK
OWNER & FOUNDER

BRICKS REAL ESTATE SOLUTIONS
SOLUTIONS IMMOBILIERES
EXCELLENCE IN REAL ESTATE

2, PLACE DE NANCY | L-2212 LUXEMBOURG | T : 26 44 11 61 | INFO@BRICKS.LU | WWW.BRICKS.LU

Haushaltsbilanz II

Einnahmen/Ausgaben

Michèle Sinner

Die Struktur der Haushaltsausgaben hat sich in den vergangenen Jahrzehnten besonders bei den weniger gut situierten Haushalten stark verändert. Wie die verschiedenen Auswertungen der durch das Statec regelmäßig wiederholten Umfrage über die Haushaltsbudgets zeigen, sind in den vergangenen 50 Jahren die Ausgaben für Lebensmittel und Bekleidung im Verhältnis zu anderen Ausgaben stark gefallen. Gaben die Haushalte Mitte der Sechzigerjahre noch 35 Prozent ihres Budgets für Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren aus, waren es 2009 nur noch 13,3 Prozent. Wurden in den Sechzigern noch 17,3 Prozent des Haushaltsbudgets in Kleider und Schuhe investiert, fiel dieser Ausgabeposten 2009 um über die Hälfte auf acht Prozent.

Stark angestiegen sind hingegen die Ausgaben fürs Wohnen und für den Transport. Der Kostenpunkt Wohnen ist zwischen 1964 und 2009 von 18,7 auf 34,4 Prozent angestiegen, worin Ausgaben für Mieten (reale oder fiktive, für diejenigen, die Wohneigentum besitzen), für Wartungsarbeiten und Reparaturen, Strom, Gas oder Heizöl, sowie Gebühren zur Müllentsorgung und verwandte Kosten eingeschlossen sind. Die Transportausgaben haben sich in der gleichen Zeitspanne von 9,6 auf 18,2 Prozent fast verdoppelt.

Die reichsten 20 Prozent der Bevölkerung geben jährlich 2,4 Mal so viel aus wie die einkommensschwächsten 20 Prozent

In *La consommation des ménages depuis les années 60*, führt das Statec dies auf „l'essor de l'automobile et en règle générale une plus grande mobilité des individus“ zurück. In *Regards 14 sur les inégalités de la consommation au Luxembourg en 2014* untersucht das Statistikamt die sozioökonomisch bedingten Unterschiede in der privaten Haushaltsaufstellung und teilt dazu die Bevölkerung in fünf Gruppen von den ärmsten bis zu den reichsten 20 Prozent ein. Dabei fällt auf, dass die Haushalte in der niedrigsten Einkommensgruppe 11,7 Prozent ihres Budgets in die Lebensmittelversorgung investieren, während die wohlhabenden 20 Prozent nur 6,8 Prozent für ihre Lebensmittel ausgeben. Im ersten, dem finanziell schwächsten Quintil, belaufen sich die Unterkunftskosten auf 41,2 Prozent des Budgets, während es im fünften Quintil nur 33,1 Prozent sind. Die reicheren Haushalte geben dafür mit 14,4 Prozent einen größeren Teil ihres Einkommens für den Transport aus als die weniger gutbetuchten mit 12,3 Prozent, und sie lassen außerdem deutlich mehr Geld in Hotels und Restaurants (9,6 Prozent im Vergleich zu 4,9).

Wie groß die Unterschiede sind, zeigen die tatsächlichen Zahlen, die Summen, um die es geht. Während die unteren 20 Prozent 2014 über ein Jahresbudget von 35 591 Euro verfügten, waren es bei den oberen 20 Prozent 84 647 Euro. Bei ersteren beliefen sich die Wohnkosten auf 14 676, bei letzteren auf 27 994 Euro. Während die Transportausgaben sich in der unteren Einkommensklasse auf 4 384 Euro beliefen, gaben die oberen 20 Prozent fast dreimal so viel für Autos aus und 4,6 Mal soviel für Flug- und Bahntickets und für Hotel- und Restaurantrechnungen. Wie viel Geld die oberen 20 Prozent danach noch für Finanzanlagen übrig haben, oder ob sie den Großteil ihres Einkommens in Autos, Design-Möbel und Reisen investieren, geht aus der Studie nicht hervor.

Malgré les avancées technologiques constantes

La relation humaine reste au cœur du conseil financier

Georges Canto



Le 30 août dernier, la société américaine de gestion d'actifs Legg Mason a publié la cinquième édition de son enquête annuelle « Global Investment Survey » menée sur un vaste échantillon de 15 300 personnes dans le monde entier (lire encadré). Elle portait cette année sur l'impact de la technologie sur le comportement des investisseurs particuliers, avec deux résultats intéressants.

Le premier est que les habitants des pays émergents sont bien plus enclins que les Européens, les Nord-américains et les Japonais à utiliser les nouvelles technologies pour gérer leurs finances (lire encadré). Le second est qu'une majorité de sondés, tous pays confondus, considèrent que malgré les apports indéniables de la technologie, le contact humain doit rester prépondérant en matière financière, notamment quand le besoin de conseil se fait sentir.

Ainsi soixante pour cent des répondants estiment qu'un service rendu par une personne ne pourra jamais être totalement remplacé par une machine. Il existe naturellement des différences selon l'âge, mais elles sont moins marquées que prévu, puisque les membres de la génération Y, pourtant nés dans « l'ère digitale », sont d'accord à 53 pour cent tandis que les baby-boomers le sont à 65 pour cent. On note également que cette opinion est davantage partagée par les femmes (65 pour cent) que par les hommes (55 pour cent), et plus à l'ouest qu'à l'est : le pourcentage culmine à 76 pour cent aux États-Unis, mais il n'est que de 52 pour cent en Asie-Pacifique, l'Europe occupant une position intermédiaire (64 pour cent) proche de la moyenne mondiale.

Dans le même esprit, deux tiers des membres de l'échantillon considèrent que la technologie est « un formidable outil », qui leur donne une grande autonomie, mais ils désirent néanmoins « qu'un expert soit présent pour les guider » : une opinion partagée par 61 pour cent des jeunes et 71 pour cent des plus âgés, ce qui n'est pas un écart important. La différence est plus nette sur le plan géographique, cette position étant défendue par 79 pour cent des sondés aux États-Unis et 74 pour cent en Amérique latine, bien plus que dans la région Asie-Pacifique (59 pour cent).

Le besoin de contact humain se manifeste davantage pour réaliser un audit patrimonial complet (64 pour cent), financer sa retraite (61 pour cent) ou encore optimiser sa fiscalité (58 pour cent) car la dimension conseil est très importante. Dans ces domaines, à peine quinze pour cent des investisseurs préféreraient une solution majoritairement en ligne.

En revanche, pour la recherche d'opportunités d'investissement sur les marchés et l'exécution d'opérations en bourse, un peu moins de la moitié des sondés déclarent privilégier le contact humain. Finalement il ressort de l'étude que si les investisseurs particuliers utilisent couramment les nouvelles technologies pour la gestion de leurs finances et en apprécient les avantages, ils ne souhaitent pas qu'elles deviennent envahissantes et restent majoritairement favorables à une intervention humaine, surtout pour les aspects les plus délicats et les plus complexes.

Ce résultat est plutôt une bonne nouvelle pour les professionnels. La « touche personnelle » est un facteur de différenciation et joue un rôle-clé dans la fidélisation. Les domaines où les clients plébiscitent le conseil sont ceux qui sont à plus forte valeur ajoutée, ce qui a une incidence positive sur la rentabilité au travers de la facturation de commissions. L'emploi est aussi favorablement impacté car les conseillers en chair et en os ne semblent pas près d'être remplacés par des robots.

Même dans des activités comme la recherche d'informations et l'exécution d'ordres, une grande partie des clients continue de privilégier le contact humain

D'un autre côté, comme le reconnaît Legg Mason, « certains progrès technologiques semblent plus populaires que d'autres » avec comme conséquence que « l'automatisation de nombreux aspects du secteur de l'investissement risque de laisser les clients indifférents ». En tous cas certains d'entre eux, qui, bien que sensibles aux apports des nouvelles technologies, ne sont pas prêts à s'y remettre entièrement. Même dans des activités comme la recherche d'informations et l'exécution

d'ordres, une grande partie des clients continue de privilégier le contact humain. De façon inattendue c'est également vrai pour la génération Y. De ce fait les nouveaux systèmes technologiques risquent d'être sous-utilisés alors qu'ils nécessitent des investissements lourds.

Certains choix stratégiques pourraient être revus, comme celui de mettre la technologie à la disposition directe des clients finaux. L'exemple des *robo-advisors* est révélateur. Plusieurs années après leur apparition et en dépit d'améliorations constantes, ces dispositifs peinent à convaincre les investisseurs, ce qui a conduit certaines start-ups comme la belge Gambit (cinquante salariés), avec son robot Birdee créé en 2015, à préférer se positionner sur le créneau du B-to-C, c'est-à-dire la fourniture de solutions à des professionnels, comme Keytrade Bank au Luxembourg. Dans ce cas la technologie intervient plus en amont et aide les collaborateurs des établissements financiers à fournir au client final un conseil humain qui s'appuie sur des solutions techniques de haut niveau. On a appris début septembre que BNP Paribas Asset Management avait pris une participation majoritaire dans la société liégeoise qui fête ses dix ans. « Gambit va devenir le partenaire privilégié pour la fourniture de solutions de *robo-advisory* aux réseaux de la banque de détail et de banque privée du groupe BNP Paribas » indique la société. Cette acquisition devrait permettre à la banque française de combiner harmonieusement les apports de la technologie et la délivrance « in vivo » d'un conseil personnalisé.

L'Europe à la traîne

Même si une majorité de répondants dans le monde se prononcent pour une intervention humaine dans le conseil financier, ils utilisent couramment la technologie pour prendre ou mettre en œuvre des décisions d'investissement. La surprise de l'étude est que les habitants de certains pays d'Asie et d'Amérique latine sont nettement plus portés à le faire que les Européens ou les Nord-américains. Ainsi 76 pour cent des Taïwanais, 72 pour cent des Mexicains et 71 pour cent des Brésiliens disent gérer leurs finances personnelles via un site Internet, loin devant les Français (42 pour cent), les Belges (49 pour cent) et les Britanniques (52 pour cent). Mais les Japonais, avec 33 pour cent, sont atypiques en Asie.

Selon Vincent Passa, directeur de Legg Mason France, « les investisseurs des marchés émergents ont souvent sauté l'étape des ordinateurs de bureau et des connexions fixes pour passer directement à l'accès Internet via leurs smartphones, particulièrement chez les Millennials des pays émergents, qui, au contraire de leurs homologues des pays développés, n'ont pas hérité des habitudes liées à la bureaucratie traditionnelle. »

En Europe même, tous les pays n'évoluent pas au même rythme. Les Suédois se distinguent, non seulement par leur propension à utiliser Internet pour accéder à des informations sur leurs finances personnelles, sur des produits d'investissement ou pour obtenir des conseils (64 pour cent le font, contre 59 pour cent mondialement) mais aussi parce qu'ils sont très enclins à utiliser des applications mobiles (41 pour cent contre 29 pour cent en Europe et 35 pour cent dans le monde). Les Français se situent à l'autre extrême : ce sont les investisseurs européens les moins portés sur les outils digitaux avec à peine 42 pour cent qui vont chercher des informations financières en ligne. Seuls 19 pour cent utilisent des applications mobiles, le taux le plus bas de tous les pays étudiés, à part le Japon, douze pour cent tandis que la Belgique et le Royaume-Uni, 26 pour cent chacun, sont proches de la moyenne européenne.

Méthodologie

15 300 personnes réparties dans 17 pays ont participé à l'enquête, réalisée début 2017 par le cabinet britannique Cicero Research. Toutes étaient âgées de plus de 18 ans, actives occupées ou en retraite, avec au moins un revenu personnel, décisionnaires ou co-décisionnaires en matière d'investissement. L'Europe était représentée par huit pays : Allemagne, Belgique, Espagne, France, Italie, Royaume-Uni, Suède, Suisse. Au total 7 200 personnes y ont été interrogées (soit 47 pour cent de l'échantillon mondial). Par âge, l'échantillon mondial était composé de 5 116 membres de la génération Y (18-35 ans, appelés aussi *millennials*), de 4 898 membres de la génération X (36-52 ans) et 4 925 membres de la génération du baby-boom (âgés de 53 à 71 ans). Un segment de ménages à hauts patrimoines, composé de 3 442 personnes (22,5 pour cent du total), a été isolé dans l'échantillon, avec des limites spécifiques par pays : aux États-Unis le seuil a été fixé à plus de 225 000 dollars d'actifs à investir (y compris l'investissement immobilier, mais hors résidence principale ou secondaire). En Europe ce segment ne pesait que 19 pour cent des sondés contre 30,6 pour cent outre-Atlantique. gc



L'argent de poche et sa valeur

The kids are all right

josée hansen

Fin de l'alerte : les « jeunes d'aujourd'hui » ne sont pas plus cons que ne le furent leurs aînés. Ils ne passent pas toute leur journée scotchés à leur portable et ne dépensent pas tout leur argent de poche en jeux et applications pour leur ordinateur ou leur *smartphone*. La *Kinder-Medien-Studie* que viennent de faire réaliser une série de médias allemands comme le *Spiegel* et *Die Zeit*, basée sur des interviews avec un panel représentatif d'enfants et jeunes âgés entre quatre et treize ans en Allemagne, révèle que pour la très grande

majorité d'entre eux, jouer avec des amis, être dehors, faire du sport ou ne rien faire, glander, restent leurs activités favorites. Et elle affirme que leur argent de poche, ils l'investissent surtout dans de la nourriture (sucreries, *fast-food*, chips, glaces...), mais aussi qu'ils adorent lire et achètent des magazines, des bandes-dessinées ou des journaux. Et cet argent est disponible : entre l'argent de poche régulier et les petits dons par-ci, par-là des grands-parents par exemple, les enfants allemands reçoivent entre une ving-

taine et une cinquantaine d'euros par mois, selon leur âge. Et, fait marquant : les garçons reçoivent toujours quelques euros de plus que les filles.

On a voulu en savoir davantage sur la situation au Luxembourg : Nos enfants sont-ils de petits Crésus ? De combien d'argent disposent-ils et comment le dépensent-ils ? Est-ce que cet écart entre les sexes existe aussi ici, et est-ce que les différences sociales s'expriment également dans le porte-monnaie, dès le plus jeune âge ? Au pays



INVESTIR DEVIENT PLUS SIMPLE

lux | funds



Choisir parmi nos fonds d'investissement n'aura jamais été aussi simple. Ils ont été élaborés pour vous correspondre. Que vous investissiez en nos fonds mixtes ou de façon ciblée en nos fonds d'actions, obligataires ou monétaires : vous trouverez celui qui convient le mieux à vos objectifs.

lux | funds, faites de votre argent une source de revenus.

lux | cash

lux | bond

lux | croissance

lux | pension

lux | portfolio

lux | equity

Plus d'informations sur www.luxfunds.lu ou en agence.



BANQUE ET CAISSE D'ÉPARGNE DE L'ÉTAT
LUXEMBOURG

Banque et Caisse d'Épargne de l'État, Luxembourg
Établissement public autonome - 1, Place de Metz
L-2954 Luxembourg - R.C.S. Luxembourg B 30775
Tél. (+352) 4015-1 - www.bcee.lu

Au Luxembourg, l'argent de poche n'est pas valorisé pour ses qualités récréatives, mais comme outil d'apprentissage de la valeur de l'argent

qui porte le secret bancaire dans son ADN, il n'y a que très peu de données factuelles sur le sujet. Le Liser (Luxembourg institute of socio-economic research) renvoie vers une enquête réalisée en 2014 par la banque ING dans treize pays européens pour savoir combien les enfants reçoivent d'argent de poche, pourquoi et ce qu'ils en font. Si, selon cette enquête, les enfants européens reçoivent en moyenne deux euros par semaine en-dessous de cinq ans, mais atteignent vingt euros par semaine à quinze ans. Les Luxembourgeois, oh surprise, y sont en tête de peloton, avec plus du double, cinquante euros, pour les quinze ans et plus. La majorité des parents affirment donner de l'argent de poche à leurs enfants parce qu'ils en avaient reçu eux-mêmes, pour leur apprendre à gérer un budget, être responsable avec l'argent (54 pour cent) ou en connaître la valeur. Travailler pour recevoir cet argent, ne serait-ce qu'en réalisant de petites tâches à la maison comme tondre la pelouse ou faire la vaisselle – ce concept semble s'être perdu (moins de dix pour cent des enfants et jeunes le font).

Les chercheurs et sociologues disposent en outre d'indicateurs de privation, qu'ils appliquent dans l'analyse des ménages vivant en-dessous du seuil de pauvreté (16,4 pour cent des ménages au Luxembourg en 2014, selon le Statec), une liste qui comporte des facteurs comme : acheter de nouvelles chaussures et des vêtements aux enfants ; manger des fruits et légumes, de la viande ou du poisson tous les jours, leur acheter des

livres ou pouvoir inviter leurs amis à la maison. Le fait de pouvoir donner un peu d'argent de poche aux enfants ne fait pas partie de cette liste.

Pourtant, estime l'ULC (Union luxembourgeoise des consommateurs) dans un texte sur le sujet, publié en début d'année sur son site, « posséder ton propre argent est pour toi *importantissime* ». Et de continuer : « Ce l'est aussi pour tes parents car cela t'apprend à gérer un budget ». Pour l'ULC, l'âge classique auquel les parents commencent à donner de l'argent de poche est de douze ans, celui du passage à l'enseignement secondaire. Le site *droitsetdevoirs.lu*, co-réalisé par le Centre de médiation et le Service national de la jeunesse, note que, s'il n'y a pas d'obligation légale pour les parents de donner de l'argent de poche à leurs enfants, on pourrait estimer que cela ferait intrinsèquement partie des obligations que leur confère l'article 372 du Code civil, celles « d'entretenir et d'élever » leurs enfants de manière à ce qu'ils soient capables de mener une vie autonome et indépendante à l'âge adulte. Là encore, cet argent de poche n'a pas avant tout une valeur récréative, mais ferait partie d'un apprentissage, plus concrètement celui « de la gestion d'un budget adapté à l'âge et aux besoins de l'enfant ». Douze ans, c'est aussi l'âge à partir duquel les banques commencent à offrir des services spécifiques aux jeunes, avec une première carte de paiement ou encore un accès au *webbanking*.

Pourtant, on sait (pour avoir entendu des récits de telles expériences maintes fois en privé ou par des travailleurs sociaux), à quel point l'argent et ce qu'il représente comme liberté de consommer, est un moyen de pression entre les enfants : dans la cour de récréation, il y aura toujours un gouffre entre les enfants qui peuvent tout s'acheter – la dernière Barbie ou le dernier accessoire de mode – et ceux qui ne peuvent pas le faire. Et dans les couples, surtout les parents séparés, il y aura toujours des querelles sur combien il faut donner d'argent aux enfants, combien il faut leur acheter, entre la mère monoparentale qui doit retourner deux fois chaque centime d'euro et le père qui veut acheter l'amour de ses enfants en leur donnant les ressources nécessaires pour dévaler le magasin de jeu (ou l'inverse). Mais de cela, aucune étude réalisée pour ou par une banque ne tiendra compte.

700 Milliarden mit Pepp

Peter Feist

„Die europäischen Verbraucher werden, wenn sie für ihren Ruhestand sparen wollen, schon bald aus einer breiteren Produktpalette auswählen können“, versprach die EU-Kommission am 29. Juni in einer Pressemitteilung. An jenem Tag wurde „Pepp“ vorgestellt, das „Pan-european pension product“. Finanzmarkt-Kommissar Valdis Dombrovskis und Wettbewerbsfähigkeits-Kommissar Jyrki Katainen gaben eine Pressekonferenz, und auf der Webseite der Kommission erschien ein ganzes Pepp-Dossier aus Stellungnahmen und Empfehlungen, Impact-Analysen und Schaubildern, einer 260 Seiten langen Machbarkeitsstudie der Unternehmensberatung Ernst & Young Frankreich und einem 88 Seiten langen Entwurf für eine europäische Pepp-Verordnung. Offenbar handelt es sich dabei um ein bedeutsames Vorhaben.



Pepp zielt auf die „dritte Säule“ der Alterssicherung, neben den öffentlichen Rentenversicherungen (Säule eins) und betrieblichen Zusatzrenten (Säule zwei). 700 Milliarden Euro ist in der EU der Markt der privaten Altersvorsorge heute schwer, hat Ernst & Young für die Kommission ermittelt. Denn Altersvorsorgeverträge, die mit einem Versicherer oder einer Bank abgeschlossen werden, sind an sich nichts Neues. Sie mit einem Anbieter abzuschließen, der nicht im Wohnsitzland des Kunden ansässig ist, ist ebenfalls schon möglich.

Die Kommission möchte aber mehr davon. Einerseits, weil der politische Konsens in der EU darin besteht, öffentliche Rentenversicherungen für schwerkrank und die Altersvorsorge zu einer immer individuelleren Aufgabe zu erklären: „Nur 27 Prozent“ der EU-Bürger zwischen 25 und 59 Jahren hätten derzeit eine private Altersvorsorge abgeschlossen, schreibt die Kommission.

Andererseits soll mehr privates Kapital in die Wirtschaft geschleust werden. Wie das European Political Strategy Centre der Kommission herausgefunden hat, bewahren „zu viele Haushalte ihre Ersparnisse weiterhin in unverhältnismäßig hohem Maße in Bankkonten oder sogar in bar“ auf. 34 Prozent der Ersparnisse seien das im dritten Quartal 2016 im EU-Durchschnitt gewesen, in den USA dagegen waren es nur 13 Prozent. Damit entgingen den Leuten höhere Erlöse, die institutionelle Anleger – wie etwa Pensionsfonds – für sie erzielen könnten, und der „breiten Wirtschaft“ entgingen Investitionen, die solche Anleger tätigen könnten: sei es in Forschung und Entwicklung, in Infrastrukturen oder in neue Technologien. Bis 2030, so die Schätzung, könne durch das pan-europäische Angebot der Markt der privaten Rentenversicherungen sich von den derzeitigen 700 Milliarden Euro um weitere 700 Milliarden vergrößern. Noch einmal 700 Milliarden Euro Zuwachs könnten sich außerdem von selbst ergeben, weil der Markt auch dadurch wachse, dass die Renten aus den öffentlichen Pensionskassen „nicht mehr sicher“ seien.

Noch ist nicht entschieden, ob für Pepp-Verträge in Luxemburg dieselben Steuervorteile gewährt werden wie für nationale Verträge nach Artikel 111bis L.I.R.

Doch ob es das Pepp „schon bald“ geben wird, wie die Kommission vor drei Monaten versprochen hat, ist nicht so sicher. Angekündigt hat sie es als eine „einfache Standard-Anlagenoption“, bei der „zumindest das eingesetzte Kapital garantiert ist“. Alle fünf Jahre würden Pepp-Sparer ihren Anbieter wechseln können; die Kosten dafür wären gedeckelt und es wäre egal, ob der neue Anbieter sich im Wohnsitzland des Kunden befindet oder im EU-Ausland. Außerdem wären Pepp-Verträge „mitnahmefähig“, so dass Sparer auch nach einem Umzug in einen anderen Mitgliedstaat weiter in ihren Altersvorsorgevertrag einzahlen könnten. Würde der Vertrag fällig, also die Auszahlung des angesparten Kapitals möglich, sollen „unterschiedliche Optionen“ zur Verfügung stehen. Und schließlich sollen die Pepp-Produkte derart „einfach, transparent und mit einem hohen Maß an Verbraucherschutz“ versehen sein, dass die Verträge per Internet und ganz ohne Beratung abgeschlossen werden könnten.

Je mehr Leute das täten, desto stärker könnten die Pepp-Anbieter von Skaleneffekten profitieren, die den Kunden als Effizienzgewinne zugute kämen, verspricht die Kommission. Um zu zeigen, welch „hohen Verwaltungskosten“ private Rentenversicherungssysteme unterliegen und wie „gut dokumentiert“ das sei, führt das Politische Strategiezentrum der Kommission in seinem Pepp-Bericht das Beispiel der Niederlande an. Dort habe im Jahr 2012 die Administration der privaten Altersvorsorgeverträge ein Fünftel der Beiträge der Versicherten aufgezehrt, mehr als fünf Milliarden Euro. Wären die Overhead-Kosten längerfristig nur um einen Prozentpunkt kleiner, hätte das für die Kunden nach 40 Versicherungsjahren eine um 27 Prozent höhere Kapitalsumme zur Folge. Ein dank Pepp größerer Markt soll dafür sorgen, dass diese Tendenz sich bald schon überall einstellt.

Manche dieser Versprechen und Argumente lassen Anbieter der klassischen Altersvorsorgeverträge auf eine gewisse Distanz zum Pepp-Vorhaben gehen. „Das ist noch ein Projekt, das muss alles erst noch gründlich diskutiert werden“, betont Marc Hengen, Direktor des Luxemburger Versichererverbands Aca. Dass das Strategiezentrum der Kommission suggeriert, alle Altersvorsorgeprodukte könnten Overhead-Kosten von 20 Prozent haben, sei ein Missver-



ständnis: „Diese Kosten sind nicht generell so hoch, auf jeden Fall sind sie unterschiedlich hoch.“ Dass die Kommission damit wirbt, Pepp-Verträge würden besonders einfach und transparent und könnten online und ohne Berater abgeschlossen werden, sei „nicht die beste Ausgangsbasis für eine Diskussion“. Die derzeit bestehenden Angebote der „dritten Säule“ seien nicht etwa allesamt intransparent oder schwer verständlich, und „die beste Garantie“ für gute Kundeninformation sei „das persönliche Beratungsgespräch, in dem man Fragen stellen kann“.

Interessant findet die Luxemburger Branche die Pepp-Initiative aber trotzdem. Einem Problem wie der zurzeit schlechten „Mitnahmefähigkeit“ eines Altersvorsorgevertrags beim Umzug in einen anderen EU-Staat begegnen Luxemburger Versicherer mit ihrer internationalen Kundschaft immer wieder. Je nachdem, wohin ein Kunde umzieht, kann es vorkommen, dass der hierzulande abgeschlossene Vertrag im Ausland keine oder nur eine eingeschränkte Absetzbarkeit der Beiträge von der Einkommensteuer ermöglicht. Marc Hengen nennt keine Zahlen, aber „es kommt vor, dass Kunden umziehen und in ihren Vertrag hier weiter einzahlen oder dass sie ihn hier schlafen lassen“. Inhaber von in anderen EU-Staaten abgeschlossenen Verträgen können nach einem Umzug nach Luxemburg dem gleichen Problem hier begegnen. Dass mit dem Pepp solche Probleme überwunden werden sollen, sei fürs Geschäft der Versicherer auch deshalb interessant, „weil Luxemburg ein internationaler Versicherungsstandort ist und wir schon heute wissen, welche Regeln im Ausland gelten“. Luxemburg habe das Potenzial, sich zu einem „Pepp-Kompetenzzentrum“ zu entwickeln. In diese Richtung gehen zu wollen, habe die Branche sich kürzlich vorgenommen, sagt der Aca-Direktor.



Ganz ähnlich sieht das auch Anouk Agnes, die stellvertretende Direktorin des Verbands der Fondsbranche (Alfi). Sehen die Pepp-Pläne der EU-Kommission doch vor, den Anbieterkreis zu erweitern. Zurzeit noch können Altersvorsorgeverträge nur Versicherer und Banken abschließen. Pepp-Verträge dagegen sollen auch Vermögensverwalter und Fondsmanager anbieten können. Auch die Luxemburger Fondsbranche verfüge über eine „langjährige Expertise“, die Regeln in anderen Staaten betreffend. „Das kann ein Wettbewerbsvorteil für uns sein.“ Die Alfi habe Pepp deshalb zu einer ihrer Prioritäten für die nächsten Monate erklärt.

Dass europaweit von Land zu Land unterschiedliche Regeln für private Altersvorsorgeverträge bestehen, ist allerdings der Umstand, der am stärksten darüber entscheidet wird, ob das Pepp so zustande kommt, wie das der EU-Kommission vorschwebt. Und: ob es überhaupt zustande kommt.

Mag das Vorhaben auch Teil der „Kapitalmarktunion“ sein, jenes Aktionsprogramms, das Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vor zwei Jahren vorgestellt hatte. Es soll die Kapitalfrei-



zügigkeit in der EU verbessern, und es will unter anderem über einen „Juncker Plan“ öffentliche Investitionen einsetzen, um damit zusätzliche private Mittel zu „heben“, zum Beispiel aus Pensionsfonds. Altersvorsorgeanbieter sollten sich eines „auf einem angemessenen Verbraucherschutz basierenden Regulierungsmodells zum EU-weiten Vertrieb von Rentenversicherungen“ bedienen können, steht im Aktionsprogramm, und: „Ein größerer europäischer Markt für Vorsorgeprodukte der dritten Säule würde auch die Bereitstellung von Mitteln für institutionelle Anleger und Investitionen in die Realwirtschaft fördern.“

So sah das im Januar 2016 auch das Europaparlament. In einer Entschließung erklärten die Abgeordneten, es müsse „ein Umfeld gefördert werden“, das „Anreize für innovative Finanzprodukte“ setze, dadurch „Vorteile für die Realwirtschaft schaffe“ und „auch zu angemessenen, sicheren und nachhaltigen Renten beitragen kann“. Der Europäische Rat forderte im Juni 2016 von der Kommission, „zügige und entschlossene Fortschritte, damit Unternehmen leichter Zugang zu Finanzierungen erhalten und Investitionen in die Realwirtschaft gefördert werden, indem die Agenda der Kapitalmarktunion weiter vorangebracht wird“.

Doch ob der politische Konsens weit genug reicht, damit das Pepp „zügig durchstarten kann“, wie die EU-Kommission Ende Juni hoffte, muss sich zeigen. Dass sie klagt, „der europäische Markt für die private Altersvorsorge ist derzeit zersplittert und uneinheitlich“, und ihr Politisches Strategiezentrum feststellt, „eine Vielzahl von Barrieren“ führe dazu, dass private „Rentenanbieter dazu neigen, klein zu bleiben, und die grenzüberschreitende Aktivität sehr niedrig“ sei mit nur vier Prozent am Umsatz, liegt nicht zuletzt an der Vielzahl nationaler Besteuerungsregeln für schon bestehende nationale Regimes zur privaten Altersvorsorge. Steuerpolitik aber ist Sache der Mitgliedstaaten, sie auf EU-Ebene zu regeln, erfordert Einstimmigkeit im Rat. Für das Pepp den Rechtsrahmen für private Rentenverträge in allen Mitgliedstaaten im Konsens mit den Regierungen zu harmonisieren, hält die EU-Kommission trotz aller Bekenntnisse zur Kapitalmarktunion für politisch so gut wie undurchführbar. Deshalb soll das Pepp ein Angebot parallel zu allen bestehenden nationalen Formeln sein und an den Rechtsvorschriften der Staaten nichts ändern.

Aber auch das sagt sich leichter, als es sich in die Praxis umsetzen lässt. Ernst & Young Frankreich hat in seiner Machbarkeitsstudie für die Kommission ermittelt, dass EU-weit 49 unterschiedliche Regimes für private Altersvorsorgeverträge bestehen, die Unterschiede sind vor allem steuerliche. In Luxemburg besteht nur ein Regime, das über die steuerliche Begünstigung von Altersvorsorgeverträgen laut Artikel 111bis des Einkommensteuergesetzes. In Deutschland, Frankreich und Belgien dagegen hat Ernst & Young jeweils mehrere Regimes gezählt.

Unter den 49 in der gesamten EU gelten mal steuerliche Anreize in der Sparphase (wie etwa auch in Luxemburg), mal bei der Auszahlung des Kapitals. Mal wird die Auszahlung besteuert, falls sie nicht als monatliche Rente, sondern als Kapitalblock genommen wird, mal nicht. Mal schlägt die Einkommensteuer zu, wenn ein Altersvorsorgevertrag in ein anderes Land „mitgenommen“ werden soll, mal, wenn ein Kunde nicht das Wohnsitzland wechseln will, sondern den Vertragsanbieter.

Um das Pepp mit dieser Vielfalt an Regeln nicht kollidieren zu lassen, hat die Kommission „Flexibilitäten“ vorgeschlagen. Beispielsweise jene, einen Wechsel des Vertragsanbieters alle fünf Jahre und gegen eine gedeckelte Gebühr generell zu erlauben; das würde dann steuerfrei. Sämtlichen nationalen Regelungen aus dem Weg zu gehen, würde aber wahrscheinlich schwierig: „Die nennenswertesten Unterschiede von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat bestehen in der ‚Dekumulationsphase‘, wenn ein Vertrag entweder als Kapital ausgezahlt oder in eine Rente umgewandelt werden soll“, sagt Vincent Natier, Partner bei Ernst & Young Frankreich. „Manche Staaten lassen beides zu oder eine Mischform. Andere erlauben nur die Auszahlung als Rente. Und immer können unterschiedliche steuerliche Regeln gelten.“

Weil die Art der Auszahlung und ihre Besteuerung den Kerngedanken der Altersvorsorgeverträge enthält und sie entweder zur reinen Rentenversicherung erklärt oder zum Teil auch zum Kapital-sparprodukt, schreibt die EU-Kommission lediglich, sie „ermutige“ die Staaten, Pepp-Verträgen dieselben Steuervorteile zu gewähren wie nationalen Produkten, „selbst wenn das Pepp die hierfür auf nationaler Ebene geltenden Kriterien nicht gänzlich erfüllt“. Denn nur dann könnten sich die 700 Milliarden Euro Marktzuwachs ergeben.

Womit der Ball bei den Regierungen liegt. Wie das in Luxemburg gehandhabt werden soll und ob die mit der Steuerreform zum 1. Januar in Kraft getretenen zusätzlichen Vorteile für Altersvorsorgeverträge auch für Pepp-Verträge gelten würden, sei noch nicht entschieden, erklärt das Finanzministerium: „Pepp ist im Moment nur ein Projekt.“



Die pan-europäischen Verträge „parallel“ zu allem anzubieten, was es schon gibt, würde für Versicherer, Banken oder Fondsmanager aber auch technisch nicht so leicht, wie es die Mitteilungen der Kommission suggerieren: Um nicht mit nationalen Regeln in Konflikt zu geraten, müsste, wer Pepp verkaufen will, in allen Mitgliedstaaten separate „Sektionen“ betreiben, so steht das im Pepp-Verordnungsentwurf. Spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung müsste das so sein. „Machbar“, sagt Aca-Direktor Marc Hengen, „ist das, aber es wird eine Riesenbaustelle.“ Und wahrscheinlich wird es am Ende nicht nur ein „Pan-european pension product“ in der EU geben, sondern sehr viele.

Die EU-Kommission will „pan-europäische“ private Rentensparpläne einführen. Ob das klappt, ist nicht sicher: Die Vorhaben rührt an die Steuerhoheit der Mitgliedstaaten

Le Luxembourg vient d'introduire le « droit au compte », mais sans en plafonner les coûts pour les plus vulnérables

« Mir gleewen un d'Konkurrenz »



Bernard Thomas

Depuis le début de cette année, la Poste facture trois euros aux clients retirant de l'argent à ses guichets. Dans une réponse à une question parlementaire, les ministres de l'Économie et des Finances estimaient que ceci était nécessaire pour garantir que la structure tarifaire reste « compétitive ». Si ces trois euros peuvent sembler dérisoires, ils ne le sont pas pour les demandeurs de protection internationale (DPI) qui touchent actuellement 26,27 euros d'« argent de poche » par mois (cette somme avait été de 108 euros, avant d'être réduite par le gouvernement CSV-LSAP en 2013). Cet argent transite obligatoirement par les CCP de la Poste. Or, jusqu'à récemment, un DPI n'avait pas droit à une carte bancaire. Depuis ce mois d'août, le groupe Post a distribué quelque 800 cartes de débit « MyCash » aux DPI, afin de leur éviter de devoir payer les frais d'agence.

Mais les trois euros ont également une charge symbolique, car ils posent la question du « droit au compte ». Depuis fin 2000, la Poste est légalement obligée de mettre à disposition des services financiers de base à toute personne, également aux plus démunis (des sans abri aux sans-papiers). La loi prévoit que « toutes les personnes, physiques ou morales, sans égard à leur nationalité, ont le droit d'ouvrir un compte courant auprès de l'entreprise. » (Un droit qui n'inclut pas les cartes de crédit.)

Il aura fallu attendre une directive européenne pour que le gouvernement élargisse cette obligation aux grandes banques de détail luxembourgeoises. Depuis le 13 juin, elles ne pourront plus refuser à un client les services bancaires élémentaires tels que la perception du salaire et des prestations sociales, les virements et ordres permanents, les retraits en espèces ou l'utilisation d'une carte de paiement.

Alors que le gouvernement se vante de la rapidité avec laquelle il transpose les directives tou-

chant à la place financière (généralement dans le sens le plus *business-friendly* possible), la directive sur le droit au compte aura été adaptée avec presque une année de retard.

Pour éviter que les *high-net-worth individuals*, cette nouvelle clientèle visée par la banque privée, ne se mélangent avec les sans-papiers, sans domicile fixe ou sans-emploi, le législateur luxembourgeois a pris des précautions. « Il est approprié dans le contexte luxembourgeois, notamment en raison de la diversité des modèles d'affaires des banques de la place, d'imposer l'obligation d'offrir des comptes de base [...] à un certain nombre d'établissements concernés au lieu de couvrir l'intégralité des banques de la place, notait ainsi la Commission des Finances et du Budget (Cofibu) en mai. Imposer cette obligation par exemple aux banques privées à guichet fermé est en effet peu approprié et disproportionné en l'occurrence. »

Comme l'expliquait un fonctionnaire du ministère des Finances aux membres de la Cofibu, seules la BCEE, la BGL BNP Paribas, la Bil, la Poste et la Raiffeisen seront finalement obligées à proposer des « comptes de paiement de base ». La loi introduit deux critères cumulatifs : la banque doit détenir au moins 2,5 pour cent du total des dépôts garantis et compter au moins 25 agences. Devant la Cofibu, le fonctionnaire du ministère en convenait : il ne serait pas à exclure « que le critère du nombre d'agences minimal pourra être révisé ou remplacé à l'avenir par un critère tenant compte de la présence bancaire sur internet. Il pourra également être tenu compte du fait que de plus en plus d'agences ne seront plus qu'équipées de machines et fonctionneront sans personnel. » À l'heure où les banques luxembourgeoises réduisent leur présence physique à travers le pays, ce critère risquera en effet

La BCEE, la BGL BNP Paribas, la Bil, la Poste et la Raiffeisen doivent dorénavant respecter le « droit au compte de base » des résidents luxembourgeois

de s'avérer peu durable. Depuis 1996, la BCEE a ainsi réduit de 101 à 65 le nombre de ses agences. Quant aux autres banques actives dans le segment de la clientèle de détail (BGL, Bil, Raiffeisen), elles comptent aujourd'hui environ quarante agences chacune. Avec seize agences, l'ING ne tombera pas sous la nouvelle loi et ne sera donc pas obligée d'offrir des services de base.

Le Luxembourg a opté pour une transposition assez timide de la directive. C'est ce qu'on remarque en faisant une petite analyse comparative. La directive note que « pour encourager les consommateurs vulnérables non bancarisés à prendre part au marché de la banque de détail, les États membres devraient pouvoir prévoir que des comptes de paiement assortis de prestations de base doivent être proposés à ces consommateurs à des conditions avantageuses, par exemple à titre gratuit. » Certains pays ont opté pour un plafonnement des frais. L'Autriche a ainsi fixé

un maximum de quarante euros par an pour les consommateurs tombant sous la catégorie de « sozial und wirtschaftlich besonders schutzbedürftig ». L'Irlande a prévu la gratuité des services de base pour une durée initiale.

Le gouvernement luxembourgeois a repris la formulation vague de la directive, qui indique que les services liés au compte de base devront être proposés « à titre gratuit ou moyennant des frais raisonnables ». Ce que « frais raisonnables » veut dire, n'est pas spécifié, sauf qu'ils doivent être calculés « en tenant au moins compte des niveaux des revenus nationaux ». Or ceux-ci, comme le rappelle l'Union luxembourgeoise des consommateurs (ULC) dans son avis, « restent élevés et souvent inabornables pour les consommateurs vulnérables, voire non résidents ».

La Chambre de Commerce félicitait par contre le gouvernement du « fait que le projet de loi permette aux établissements d'offrir un compte de paiement assorti de prestations de base moyennant des frais raisonnables, compte tenu du fait que l'ouverture d'un tel compte engendre des frais de gestion, de fonctionnement ainsi que de contrôle et de reporting imposés par la loi. »

Le jeudi, 1^{er} juin, lors du bref débat à la Chambre des députés sur la transposition de la directive, le ministre des Finances (et ancien directeur de la Chambre de Commerce), Pierre Gramegna (DP), plaidait pour « un équilibre nécessaire » entre accès aux services pour les consommateurs et contrôle des coûts pour les banques. « An ech mengen, déi beschte Protektioun, déi de Konsommateur ka kréien, ass en fait wat fir eng? Ma dass d'Konkurrenz spillt ». Puis, d'ajouter : « Mir gleewen un d'Konkurrenz. D'Konkurrenz ass dat, wat d'Präisser no ënne bréngt. Et ass dat, wat d'Effikassitéit bréngt fir de Konsommateur. »

Manage your Future put your Capital at Work

UNE GESTION D'ACTIFS QUI ATTEINT SES OBJECTIFS

www.capitalatwork.com

Anvers - Breda - Bruxelles - Courtrai - Gand - Luxembourg

capitalatwork
Wealth Management  Foyer Group

Studie zum Lohnvergleich

Und was verdienst Du so?

Ines Kurschat

Bei Donald Trump sind es die zu kleinen Hände und andere Körperteile, die wir lieber nicht kennen wollen – Menschen vergleichen sich ständig mit ihren Mitmenschen. Besonders häufig vergleichen Erwerbstätige ihren Lohn. Davon leben inzwischen Plattformen im Internet, wo Neugierige ihren Beruf eintippen können und sodann Referenzlöhne erhalten. Einige Aufschlüsselungen sind raffinierter gemacht; da werden neben dem Beruf Alter, Region und Land als Rechengrößen hinzugezogen. Gehaltsrechner heißt das, oder etwas ehrlicher: Neidrechner.

Das Luxembourg Institute of Socio-economic Research (Liser) hat gemeinsam mit der Universität Kent in Ohio/USA untersucht¹, mit wem sich ArbeitnehmerInnen hierzulande vergleichen. Dafür wurden zwischen März und Juni 2013 eine repräsentative Stichprobe von 3 606 Luxemburgern, 462 Einwanderern und 9 240 Grenzgängern, die mindestens sechs Monate ununterbrochen in einem Unternehmen gearbeitet haben, zu ihren Vergleichsvorlieben befragt. Zur Auswahl standen Kollegen und Kolleginnen, Mitarbeiter aus anderen Unternehmen mit vergleichbaren Berufen, Familienmitglieder, Nachbarn oder Freunde. Auch die Antwort, sein Gehalt gar nicht zu vergleichen, konnte man ankreuzen.

Frühere Studien hatten ergeben, erklärt Laetitia Hauret, Leiterin der Studie bei Liser auf *Land-Nachfrage*, dass demografische Faktoren eine Rolle spielen, wenn sich Arbeitnehmer untereinander vergleichen. In der Regel tun sie das nicht mit Kollegen, wenn unter ihnen viele nicht dieselbe Herkunft haben, also der Anteil unterschiedlicher Nationalitäten hoch ist.

In der sehr heterogenen Stichprobe der Luxemburger Studie, die auf der Liser-Webseite nachzulesen ist, war dies gleichwohl nicht der Fall: Ein Großteil gab an, sein Gehalt gar nicht mit anderen zu vergleichen. Bei denen, die ihren Lohn mit anderen verglichen, stieg die Wahrscheinlichkeit, sich im direkten Arbeitsumfeld zu vergleichen, wenn es einen höheren Anteil an älteren Kollegen im Unternehmen gab. „Es ist anzunehmen, dass die Arbeitnehmer ihre Lohnsituation mit der älterer Kollegen vergleichen, weil diese ihnen einen Hinweis über potenzielles Lohnwachstum in Zukunft bieten“, sucht Hauret nach einer Erklärung. Nach Geschlecht aufgeschlüsselt wurden diese Ergebnisse nicht weiter.

Zudem nahm das Interesse, das eigene Gehalt mit dem von Mitangestellten zu vergleichen ab, wenn das Betriebsklima als gut beschrieben wurde. Eine Erklärung für diesen Zusammenhang lieferten Hauret und ihr Team nicht. Auch diese Ergebnisse waren nicht weiter nach Geschlecht aufgeschlüsselt.

Dabei ist Geschlecht als Untersuchungsgegenstand durchaus relevant, und zudem nicht ohne politische Brisanz: Männer scheinen ihre Entlohnung eher nicht mit der ihrer weiblichen Kollegen zu vergleichen, vorausgesetzt, ihr Anteil im Betrieb ist hoch. Offenbar interessierte es sie nicht, sich mit der Lohnhöhe von Frauen zu messen. Bei den Frauen war es umgekehrt: Sie verglichen ihre Entlohnung mit der männlicher Kollegen. Die Wissenschaftler



analysierten und interpretierten das Ergebnis nicht weiter, doch es überrascht nicht wirklich: Frauen bekommen heutzutage oft immer noch für die gleiche Arbeit weniger Lohn gezahlt als ihre männlichen Kollegen, obwohl das Arbeitsrecht Lohndiskriminierung verbietet. Da lohnt es sich für sie, genauer hinzugucken.

Lohnvergleich: jetzt wird's politisch

In Deutschland ist die sozialdemokratische Familien- und Gleichstellungsministerin Manuela Schwesig wegen der anhaltenden Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern aktiv geworden. Im März dieses Jahres verabschiedete die schwarz-rote Koalition in Berlin das Entgelt-Gleichstellungsgesetz, wonach Mitarbeiter einer Firma über den Betriebsrat Informationen zum Lohnniveau des jeweils anderen Geschlechts anfordern können. Mit dem anonymen Lohnvergleich bekommen insbesondere Frauen (Männer können bei Verdacht auf schlechtere Entlohnung ebenfalls Informationen über den Lohn des anderen Geschlechts anfordern) ein Instrument an die Hand, mit dem sie Lohndiskriminierung aufdecken und beheben können. Allerdings gilt dies nur für Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten, das sind in Deutschland rund 18 000 Firmen mit 14 Millionen ArbeitnehmerInnen (insgesamt sind in Deutschland rund 43,6 Millionen Menschen erwerbstätig).

Anfragen für einen – anonymisierten – Lohnvergleich können seit dem 6. Juli an den Betriebsrat gestellt werden, der wiederum die Daten von der Firmenleitung bekommt. Das hat den Vorteil, dass die Chefin/der Chef nicht erfährt, wer den Lohnvergleich beantragt hat. Dabei geht es nicht um individuelle Gehälter, sondern Daten zu einer Gruppe von Angestellten mit vergleichbarer Tätigkeit, aus denen dann ein Durchschnittsgehalt errechnet wird. Liegt die Zahl der vergleichbaren Kollegen unter sechs, kann die Unternehmensleitung den Vergleich jedoch verweigern.

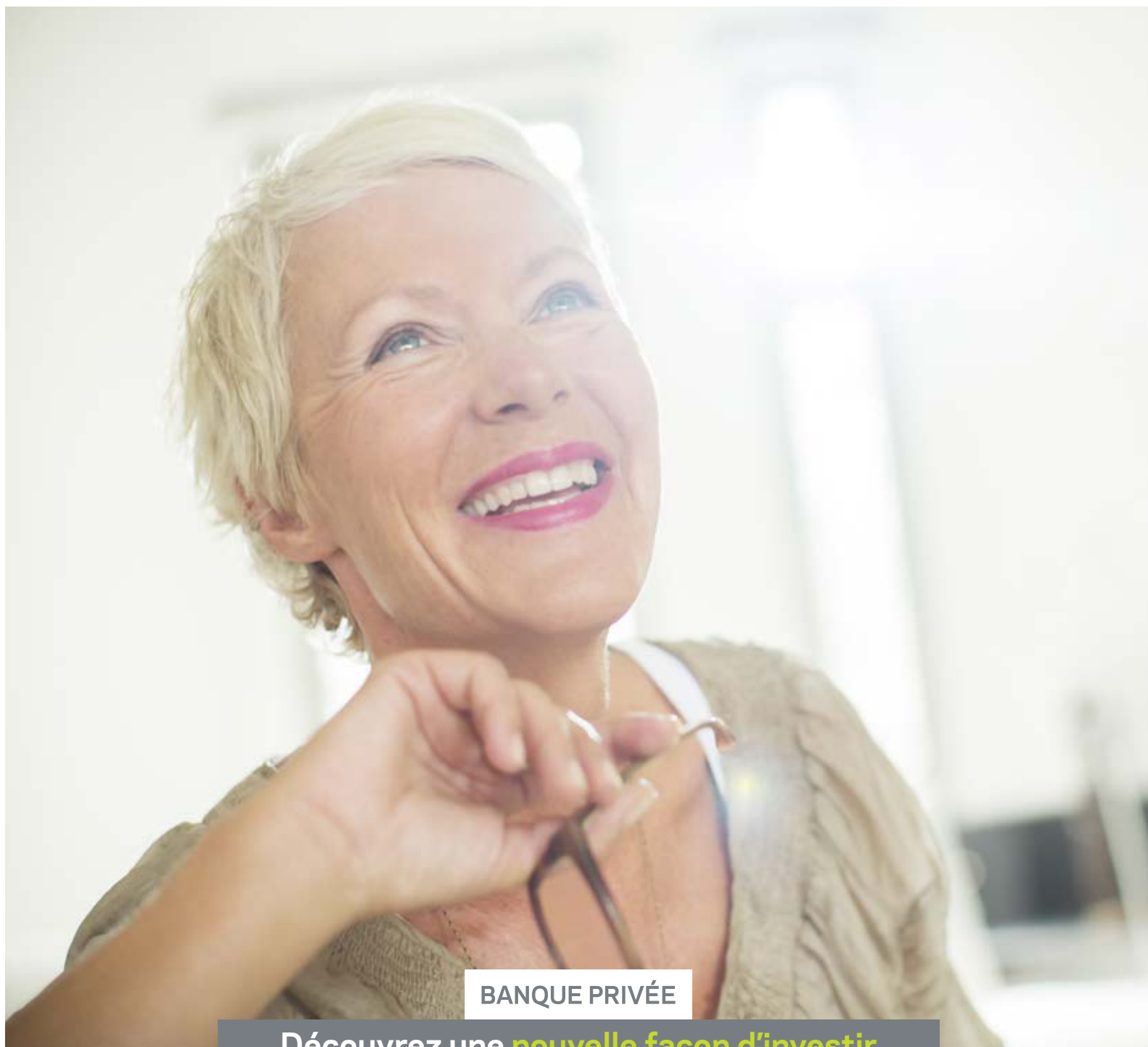
Um das Gesetz war erbittert gerungen worden, vor allem die Unternehmensverbände waren strikt dagegen. Laut Statistischem Bundesamt beträgt der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen beim deutschen Nachbarn pauschal 21 Prozent, Frauen verdienen dort durchschnittlich knapp 4,50 Euro die Stunde weniger als ihre männlichen Kollegen. Ursache hierfür sind Teilzeitarbeitsverhältnisse oder geringer entlohnte Vollzeitsjobs, die häufiger von Frauen besetzt werden. Auch arbeiten sie öfters in kleineren Unternehmen. Rechnet man diese Faktoren heraus, ergibt sich allerdings immer noch eine Lohnlücke von bis zu sieben Prozent.

Ob jedoch das Gesetz den *Gender pay gap* wird schließen können, bleibt abzuwarten: Zum einen gibt es keine Sanktionen für Unternehmen, die für die gleiche Arbeit ungleiche Löhne bezahlen, sondern lediglich, wenn sie sich weigern, Auskunft zu geben. Zum anderen gilt nach wie vor: Frauen müssen sich trauen, den Lohnvergleich

aktiv einzufordern – und dann, sollten sie ein Gefälle feststellen, selbst bessere Konditionen aushandeln... das kann ihr männlicher Kollege natürlich ebenfalls tun.

Übrigens hatte eine andere Studie vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft in Köln herausgefunden, dass vieles dafür spräche, dass die Offenlegung von Vergleichslöhnen viele Beschäftigte unzufrieden und nur wenige glücklich machen würde. Demnach riskierten Mitarbeiter, die weniger verdienen als der Median (also die Gehaltsschwelle, die von der Hälfte der Beschäftigten in dem Job überschritten wird, während die andere Hälfte darunter bleibt), dass sie danach unzufriedener sind als vorher. Nicht auszudenken, wenn sie gegen ihre Unzufriedenheit auch noch etwas unternehmen würden.

¹ Laetitia Hauret und Donald R. Williams, *Choice of colleagues as reference group for wage comparison: does group composition matter?*, Juni 2017; Liser Working Papers Nr. 2017-10; 17 Seiten.



Raiffeisen
Naturellement ma banque

Raiffeisen est une banque coopérative. Et ça change tout! Du conseil en placement ponctuel ou régulier à une gestion discrétionnaire complète, votre conseiller vous guide dans tous vos choix. Grâce à notre méthodologie innovante, nous sélectionnons avec vous les meilleurs placements selon des critères rigoureux, objectifs et transparents.

Découvrez une nouvelle façon d'investir et faites de votre banque coopérative votre banque privée.

www.raiffeisen.lu

Einer Studie zufolge vergleicht ein Großteil der Arbeitnehmer in Luxemburg das Gehalt nicht mit dem von Kollegen. Und wenn doch, dann eher mit älteren Arbeitnehmern